

Stenographisches Protokoll

11. Sitzung des Kärntner Landtages – 29. Gesetzgebungsperiode
Donnerstag, 3. Feber 2005

Inhalt

Fragestunde (S. 929)

Aktuelle Stunde (S. 945)

Antragsteller: SPÖ-Klub

Thema: „Großprojekte in Kärnten – See-
bühne, Stadionbau etc.“

Redner: Markut (S. 945), Ing. Scheuch (S. 947), Tauschitz (S. 948), Holub (S. 949),
Mag. Cernic (S. 950), Dörfler (S. 951),
Lutschounig (S. 953), Mag. Lesjak (S. 954),
Köfer (S. 956), Dr. Haider (S. 956), Ing.
Hueter (S. 958), Dr. Ambrozy (S. 959),
Gunzer (S. 960)

Erweiterung der Tagesordnung (S. 962)

Tagesordnung (S. 962)

Zur Geschäftsordnung: Dr. Strutz (S. 962)

Zur Geschäftsordnung: Mag. Grilc (S. 962)

Unterbrechung der Sitzung und Einberu-
fung einer Obmännerkonferenz (S. 962)

Fortsetzung der Sitzung um 11.55 Uhr (S. 963)

Zur Geschäftsordnung: Mag. Grilc (S. 963)

Zur Geschäftsordnung: Dr. Strutz (S. 963)

Einstimmige Annahme über den Antrag der
Einsetzung eines Untersuchungsausschusses
(S. 963)

Wahl der Mitglieder des beschlossenen Un-
tersuchungsausschusses (S. 964)

Durchführung der Wahl der Mitglieder des
Untersuchungsausschusses (S. 964)

Verlesung des Wahlergebnisses (S. 965)

1. Ldtgs.Zl. 83-6/29:

**Anfragebeantwortung von Landes-
hauptmann Dr. Haider zur schriftli-
chen Anfrage von Abgeordneten der
Grünen betreffend geplante Kündi-
gung der Art. 15a B-VG Grundver-
sorgungsvereinbarung**

Anfragebeantwortung durch Landeshaupt-

mann Dr. Haider (S. 965)

Zur Geschäftsordnung: Holub (S. 968)

Der Antrag zur GO gem. § 23 Abs. 1 K-
LTGO bleibt in der Minderheit

(FPÖ nein, SPÖ nein, ÖVP ja, Grüne ja) (S. 968)

2. Ldtgs.Zl. 76-6/29:

**Anfragebeantwortung von Landesrat
Dörfler zur schriftlichen Anfrage von
Abgeordneten des ÖVP-Klubs betref-
fend 2. Variante B 100**

Anfragebeantwortung durch Landesrat
Dörfler (S. 969)

3. Ldtgs.Zl. 125-2/29:

**Bericht und Antrag des Ausschusses
für Budget und Landeshaushalt, Tou-
rismus und Bauwesen betreffend Er-
haltung von Bad Saag als öffentliches
Bad**

Berichterstatter: Schlagholz (S. 970)

Redner: Vouk (S. 970), Mitterer (S. 971),
Lutschounig (S. 972), Holub (S. 973), Ing.
Rohr (S. 974)

Einstimmige Annahme (S. 975)

4. Ldtgs.Zl. 76-7/29:

**Bericht und Antrag des Kontroll-
ausschusses betreffend den Bericht
des Landesrechnungshofes über das
Ergebnis der Kostenüberprüfung
gem. § 10 K-LRHG betreffend Baulos
Landesstraße B 100, Abschnitt
„Lengholz – Radlach/West“ von km
57,420 bis km 65,430**

Berichterstatter: Mag. Grilc (S. 976)

Redner: Schober (S. 976), Ing. Haas (S. 977),
Holub (S. 978), Ing. Hueter (S. 979),
Ing. Scheuch (S. 980)

Einstimmige Annahme (S. 981)

5. Ldtgs.Zl. 92-2/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr zur Regierungsvorlage betreffend den Bericht des Wirtschaftsförderungsfonds gem. § 33 Abs. 4 Kärntner Wirtschaftsförderungsgesetz für das Jahr 2003 und Jahresabschluss zum 31.12.2003

Berichterstatter: Willegger (S. 981, S. 987)
 Redner: Köfer (S. 981), Gunzer (S. 982), Ing. Hueter (S. 982), Mag. Lesjak (S. 983), Markut (S. 986)
 Einstimmige Annahme (S. 987)
 Gemeinsame Generaldebatte von TOP 6 und TOP 7 (S. 987)

6. Ldtgs.Zl. 90-3/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr zur Regierungsvorlage betreffend den Wirtschaftsbericht Kärnten 2002

Berichterstatter: Willegger (S. 988)
 Einstimmige Annahme (S. 991)

7. Ldtgs.Zl. 90-4/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr zur Regierungsvorlage betreffend den Wirtschaftsbericht Kärnten 2003

Berichterstatter: Willegger (S. 988)
 Gemeinsame Generaldebatte der TOP 6 und 7: Gunzer (S. 988), Markut (S. 989)
 Einstimmige Annahme (S. 991)

8. Ldtgs.Zl. 118-2/29:

Anfragebeantwortung durch Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy zur schriftlichen Anfrage von Abgeordneten der Grünen betreffend retardierte Morphine; gesundheitliche Gefährdung durch intravenösen Konsum

Verlesung der Anfragebeantwortung durch

den Schriftführer (S. 991)

Zur Geschäftsordnung: Holub (S. 994)
 Der Antrag zur GO gem. § 23 Abs. 1 K-LTGO bleibt in der Minderheit
 (FPÖ nein, SPÖ nein, ÖVP ja außer Abg. Mag. Grilc, Grüne ja) (S. 994)

9. Ldtgs.Zl. 134-1/29:

Anfragebeantwortung von Landesrat Ing. Rohr zur schriftlichen Anfrage von Abgeordneten der Grünen betreffend Vollzug Wasserrechtsgesetz

Verlesung der Anfragebeantwortung durch den Schriftführer (S. 994)

Mitteilung des Einlaufes (S. 995)

A. Dringlichkeitsanträge (S. 995)

1. Ldtgs.Zl. 187-1/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Erhaltung der Bezirksgerichte

Zur Begründung der Dringlichkeit: Mag. Ragger (S. 995)
 Zur Dringlichkeit: Mock (S. 996), Mag. Grilc (S. 996)
 Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 997)
 Einstimmige Annahme (S. 997)

2. Ldtgs.Zl. 188-1/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Kelag-Strompreissenkung

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (FPÖ nein, SPÖ nein, ÖVP ja, Grüne ja) (S. 997)
 Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr (S. 997)

B. Dringlichkeitsanfrage (S. 997)

Mehrheitliche Zuerkennung der Dringlichkeit (FPÖ nein, SPÖ ja, ÖVP ja, Grüne ja) (S. 997)
 Zuleitung an den Befragten (S. 997)

C. Anträge von Abgeordneten (S. 998)

D. Petitionen (S. 999)

Beginn: Donnerstag, 3.2.2005, 09.02 Uhr**Ende:** Donnerstag, 3.2.2005, 15.08 Uhr**Beginn der Sitzung: 09.02 Uhr**

V o r s i t z: Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**, Zweiter Präsident **Ferlitsch**, Dritter Präsident **Ing. Scheuch**

A n w e s e n d: 36

M i t g l i e d e r d e s B u n d e s r a t e s: **Ing. Kampl, Molzbichler, Zellot, Blatnik**

A m R e g i e r u n g s t i s c h: Landeshauptmann **Dr. Haider**, Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger**, Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy**, Landesrat **Dörfler**, Landesrat **Ing. Rohr**, Landesrätin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**, Landesrat **Mag. Dr. Martinz**;

Landesamtsdirektor-Stellvertreter **Mag. Dr. Platzer**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie zur 11. Sitzung des Kärntner Landtages und eröffne diese. Ich begrüße auch die anwesenden Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne. Es sind heute Schülerinnen und Schüler der HAK I Klagenfurt, 4. BTH, unter Begleitung von Frau Dr. Steinthaler hier. Ebenso Schülerinnen und Schüler des Europagymnasiums unter Begleitung von Professor Aigensberger. Ich begrüße Sie herzlichst hier im Hohen Haus!

Ich begrüße die Presse, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes der Kärntner Landesregierung, sowie auf der Regierungsbank eingetroffen Herrn Landesrat Gerhard Dörfler und Herrn Landesrat Dr. Seppi Martinz. Entschuldigt für die heutige Sitzung hat sich Landesamtsdirektor Dr. Reinhard Sladko.

Ich komme am Beginn unserer Sitzung zur

Fragestunde

Die 1. Anfrage

1. Ldtgs.Zl. 72/M/29:

Anfrage des Abgeordneten Mag. Grilc an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Pfeifenberger

kann ich nicht aufrufen, da der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger nicht anwesend ist.

Ich komme zur 2. Anfrage

2. Ldtgs.Zl. 73/M/29:

Anfrage des Abgeordneten Lutschounig an LR Mag. Dr. Martinz

Ich ersuche, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Sehr geschätzter Herr Präsident! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen im Kärntner Landtag! Sehr geehrter Herr Landesrat Dr. Martinz! Meine geschätzten Damen und Herren auf der Tribüne! Meine Anfrage lautet wie folgt:

Wie ist der derzeitige Stand der Ausschöpfung und Umsetzung der INTERREG und LEADER-Projekte, die von der EU-Programmgeschäftsstelle in der Abteilung 20 verwaltet werden? Herr Abgeordneter ... äh, Herr Landesrat Dr. Martinz, bitte! (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Willst ihn degradieren!*)

Landesrat **Mag. Dr. Martinz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Geschätzte Zuhörer! Einen recht schönen Guten Morgen! Ich darf sehr umfangreich das Ergebnis bekannt geben, was an Ausschöpfungsgrad bzw. Auszahlungsgrad von allen EU-Töpfen, von allen EU-Strukturmitteln nach Kärnten geflossen ist bzw. welche Programme hier umgesetzt wurden.

Es ist im Rahmen der EU-Programmgeschäftsstelle in der Abteilung 20 abgewickelt worden oder werden immer noch INTERREG und LEADER Plus-Mittel – und es gibt dann immer wieder unterschiedliche Erfahrungsstände, wie groß der Ausschöpfungsgrad ist bzw. der Unterschied zwischen Ausschöpfungsgrad und Auszahlungsgrad. Fest steht eines, dass der Ausschöpfungsgrad insgesamt ein sehr hoher ist und bis zum Ende der Periode 2006, solange geht diese jetzt laufende Periode, jedenfalls die Mittel zu hundert Prozent ausgeschöpft sein werden. Mit Ende Dezember 2004, also jetzt aktueller Stand, ergibt sich im Einzelnen folgender Stand: Für die gemeinschaftlichen Initiativen INTERREG III A - das ist also Österreich, Italien – ergibt sich ein Ausschöpfungsgrad von 103,01 Prozent, bei insgesamt zur Verfügung stehenden Mitteln von 8,7 Millionen Euro. Davon stammen also 4,4 Millionen aus EU-Mitteln. Der Rest ist kofinanziert aus Bundes-, Landes- und Privatmitteln. Die Überbindung von derzeit 103 ergibt sich deswegen, weil es auch nach den Erfahrungswerten der letzten Jahre so ist, dass viele oder einige Programme oder Projekte nicht verwirklicht werden, und daraus man im Vorfeld mehr genehmigt als dann im Endeffekt letztlich zur Umsetzung kommen. Und damit wir vermeiden, dass Geldmittel verfallen oder nicht ausgeschöpft werden, werden also im Vorfeld mehr als 100 Prozent zugesichert. Man geht bis 120 Prozent. Letztlich geht sich das dann so aus.

Der Auszahlungsgrad bei diesem Projektfeld ist derzeit knapp bei 17 Prozent. Das ist sehr wenig, heißt aber nur, dass viele Projekte ja jetzt mitten in der Umsetzungsphase sind. Und letztlich werden doch laut Erfahrung der EU-Programmgeschäftsstelle diese hundert Prozent leicht erreicht werden. Nur einige als Beispiel: Es gibt 53 Projekte die hier im Laufen sind; zum Beispiel das Bio-Alpen-Adria, das AGRINET, Bildung Landwirtschaft, die Via Julia Augusta, die

grenzüberschreitende Patientenversorgung, der Friedensweg oder das jetzt in diesem Jahr beginnende Weinbauprojekt für Weinbau in Berggebieten, wo wir in Kärnten gemeinsam mit Venedo hier eine Initiative gestartet haben. Das Programm Österreich-Slowenien hält mit Ende des Jahres 2004 mit einem Ausschöpfungsgrad von 75 Prozent, von insgesamt Mitteln von 20 Millionen. Auszahlungsgrad ist hier bei 26,29 Prozent. Wir haben hier also noch etwas möglich für Projekte. Ich lade immer wieder Interessierte ein, sich hier entsprechende Projekte zu überlegen. Von den 79 Projekten, die hier laufen, folgendes als Beispiel: Servus-Srecno-Ciao; Kulturraum Karawanken, das Business-Network Kärnten-Slowenien, Urlaub „Grenzenlos“ das mit Urlaub am Bauernhof gemacht wird; die Hängebrücke Santa Lucia beim Drauradwanderweg als Beispiel.

Für die transnationalen Programme INTERREG III B „Alpenraum und Cades“ und das interregionale Programm INTERREG III C, werden über die Abteilung 20, Landesplanung, insgesamt 5,9 Millionen abgewickelt. Genannt seien hier Projekte wie das Alpinet, das Neprovalter und verschiedenste Projekte, das „VILLAS“ – das ist also Burgen und Schlösser und war das Letzte was hier in Gang gesetzt wurde, was hier sicher auch auf großen Zuspruch stößt. Für die Gemeinschaft gibt es die Initiative LEADER, das heißt, die Entwicklung des ländlichen Raumes wird dort im Wesentlichen gefördert und sind von den für diese Periode vorhandenen 20,34 Millionen (*Es kommt zu lauten Nebengeräuschen durch das schadhaft gewordene Mikrofon des Vorsitzenden.*) bereits 98,88 Prozent ausgeschöpft. Das sind also 8,82 Millionen. Der Auszahlungsgrad beträgt 16,5 Prozent. Beispielfür diese LEADER-+-Projekte die ja ganz wesentlich im ländlichen Raum ... (*Es kommt ständig zu Unterbrechungen durch das schadhafte Mikrofon am Präsidentenpult.*) ... diese Projekte hier angestoßen haben oder überhaupt erst beginnen haben lassen, wären Herbstzeit bei Freunden, die Rosentaler Messe ... (*Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend: Herr Martinz, die Redezeit ist abgelaufen! Die Redezeit ist abgelaufen! Mein Mikrofon ebenfalls!*) Danke! (*Es kommt zu einer kurzen Unterbrechung, da das schadhafte Mikrofon beim Präsidentenpult ausgetauscht wird.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

(Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)
Meine Damen und Herren! Der technische Fehler ist behoben. Wir können die Fragestunde fortsetzen.

Die 1. Frage wurde vom Herrn Landesrat bereits beantwortet. Ich frage nun die FPÖ-Fraktion, ob sie eine Zusatzfrage hat? – Die ÖVP? – Die SPÖ hat eine Zusatzfrage. Herr Mag. Dr. Kaiser, ich bitte sie zu stellen!

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Herr Landesrat! Es gibt immer wieder Debatten darüber, ob Kärnten Nettoempfänger oder Nettozahler als Bundesland gesehen in der EU ist. Ich ersuche Sie, wenn Sie es können, uns diesbezüglich eine Antwort zu geben!

Landesrat **Mag. Dr. Martinz** (ÖVP):

Dieses Missverständnis das immer wieder auch in den Medien auftaucht, dass Kärnten kein Nettoempfänger von EU-Mitteln sei, möchte ich hier noch einmal ganz klar darlegen. Ich habe das auch das letzte Mal schriftlich dem Herrn Abgeordneten Schwager überreicht. Wir haben insgesamt in der vergangenen Periode 751 Millionen Euro an Nettobezug für unser Bundesland aus EU-Mitteln präliminiert oder vorgesehen. Das wären bei sieben Jahren über 100 Millionen pro Jahr. Davon abzuziehen sind die im Zuge des Finanzausgleiches vom Land Kärnten und von den Gemeinden beizutragenden Finanzierungen die Richtung EU hinausgehen. Das sind knapp 30 Millionen. Das heißt, es bleiben netto für Kärnten pro Jahr an die 70 Millionen Euro an EU-Mitteln übrig. Das heißt, Kärnten ist ein Nettoempfänger. Ich möchte das auch deswegen unterstreichen, weil natürlich bei den Verhandlungen Österreich oder überhaupt bei den EU-Verhandlungen über die zukünftige Finanzierung des EU-Haushaltes, wir wahrscheinlich eine gespaltene Stellung einnehmen werden.

Österreich hat sich ja insgesamt auf 1 Prozent festgelegt oder strebt dieses Ziel an. Für uns selbst, für uns Kärntner heißt es, wenn mehr

nach Brüssel gezahlt wird, werden wir auch mehr für Kärnten bekommen. Also von uns aus, das Hemd ist uns in dem Sinn in der Diskussion und auch in der Umsetzung näher als der Rock, würde ich selbst dafür plädieren, dass wir mehr in die EU einzahlen. Kärnten würde dann mehr zurückbekommen. Bei nur einem Prozent ist damit zu rechnen, dass die Mittel natürlich auch als Nettoempfänger nicht mehr in dieser Höhe in der nächsten Periode vorhanden sein werden. Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hat der Anfrager noch eine Zusatzfrage? – Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Herr Landesrat, die Zusatzfrage: Wie hoch ist dann die Gesamtsumme aller landwirtschaftlichen Projekte, bitte?

Landesrat **Mag. Dr. Martinz** (ÖVP):

Aus der EU-Agrarpolitik gibt es im Prinzip vier große Töpfe. Es gibt die Marktordnungsprämie. Hier sind von den 285 Millionen, die von der AMA verwaltet werden, mit Juni des vergangenen Jahres rund 59 % der Mittel, das heißt 167 Millionen, bereits ausbezahlt worden.

Der zweite große Topf ist der ÖPUL. Der wird von AMA und Abteilung 10 L hier bei uns im Haus verwaltet. Von den 138 Millionen insgesamt wurden knapp 80 Millionen bereits ausbezahlt.

Das Dritte sind die Ausgleichszulagen und die nationalen Beihilfen. Hier gibt es gemeinsam eine Verwaltung von der AMA (der Agrarmarkt Austria) und der Abteilung 10 L. Ausgezahlt wurden hier von insgesamt 129 zur Verfügung stehenden Millionen bis jetzt (Juni vergangenen Jahres) 63 Millionen.

Dann gibt es noch das Programm „Ländlicher Raum“. Von den 40,6 Millionen, die von der Abteilung 10 L verwaltet werden, sind bis Juni rund 22 Millionen an unsere Landwirte für alle Projekte im ländlichen Raum ausbezahlt worden.

Dr. Martinz

Insgesamt ergeben sich somit für die landwirtschaftlichen Mittel eine Gesamtsumme von 593 Millionen und ein Auszahlungsgrad von 55,8 %.
(Abg. Lutschounig: Danke!)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit, Hohes Haus, ist die 2. Anfrage beantwortet und erledigt. – Bevor ich zur 3. Anfrage komme, möchte ich die eingetroffenen Mitglieder der Kärntner Landesregierung begrüßen, an der Spitze Herrn Landeshauptmann Dr. Haider sowie Herrn Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Pfeifenberger, den Herrn Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Peter Ambrozy, Landesrätin Dr. Gabriele Schaunig-Kandut und Herrn Landesrat Ing. Rohr!

Ich komme nun zur 3. Anfrage:

**3. Ldtgs.Zl. 74/M/29:
Anfrage der Abgeordneten Dr. Prettnner an Landesrat Dörfler**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Dr. Prettnner** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Regierungsmitglieder! Geschätzte Besucher auf der Tribüne! Meine Anfrage richtet sich an Herrn Landesrat Dörfler. Es wurde im November die „Gender-Studie“ veröffentlicht. Dabei wurde bei Erhebungen unter Eltern festgestellt, dass in Kärnten noch Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen von 7- bis 10.000 bestehen würde.

Wie werden Sie dieses Manko beheben?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Liebe Regierungskollegen! Hohes Haus! Liebe Besucher! Allein schon, dass man eine „Gender-Studie“ darstellt, die auf völlig falschen Zahlen aufbaut, denn wenn Sie heute von 7- oder 10.000 Kinderbetreuungsplätzen, muss ich mich schon fragen: Reden Sie von 7-, von 10-, von 8- oder 9.000? Das beweist mir einfach, dass die

Frage völlig an der aktuellen Situation vorbeigeht.

Vielleicht ganz kurz zur Situation in Kärnten zum Thema „Kinderbetreuung“. Wir haben in Kindergärten 12.879 Kindergartenplätze bewilligt und 11.382 Plätze genutzt. Wir haben im Bereich der Hortgruppen 3.562 Plätze im Land Kärnten bewilligt, 3.219 Plätze sind genutzt. Bei den Kinderkrippen sind 160 Plätze bewilligt und 152 genutzt. Bei den Kindergruppen sind 1.404 Betreuungsplätze bewilligt und 1.400 genutzt, also eine relativ gute Auslastung. Bei den altersübergreifenden Kinderbetreuungseinrichtungen sind 142 genehmigte Plätze vorhanden und 123 Plätze genutzt. Das heißt von 18.147 Kinderbetreuungsplätzen, die das Land Kärnten oder die Fachabteilung bewilligt hat, sind 16.276 Plätze genutzt. Das bedeutet, wir haben über 2.100 Plätze frei verfügbar. Das zur Marktsituation oder zur Betreuungssituation.

Aber speziell im Bereich der Entwicklung kann ich Ihnen auch noch einige Zahlen sagen. 1999 hat die FPÖ das Ressort übernommen, wurde die Anzahl der Kinder im Betreuungsbereich, im Bereich der Hortgruppen um 100 % erhöht, das heißt im Jahr 1999 gab es 43 Gruppen – im Jahr 2004 88 Gruppen. Es ist auch so, dass derzeit ein sehr massiver Ausbau der Hortbetreuungsgruppen stattfindet. Zwei bis drei Gruppen pro Woche werden bewilligt.

Bei den Kindergruppen sind wir in Österreich überhaupt an 3. Stelle. Ich kann Ihnen berichten, dass die aktuelle Statistik-Austria-Studie beweist, dass es im Bundesländervergleich bei der Betreuung aller 0- bis 14-jährigen Kinder in Kärnten an 4. Stelle steht und bis zu den 2-jährigen Kärnten an 3. Stelle liegt.

Ich halte noch einmal fest, dass diese „Gender-Studie“ scheinbar von völlig falschen Fakten ausgeht. Ich halte weiters fest: 7- oder 10.000, Frau Abgeordnete, das ist Tag und Nacht. Das beweist allein schon, fragen Sie mich genau, was Sie wollen: 7 oder 10, dann werde ich Ihnen eine Antwort darauf geben. Aber ich denke, dass die Frage ausreichend beantwortet ist, in einem Land, das 18.000 bewilligte Plätze hat und 16.000 genützte Plätze hat; 2.000 Betreuungsplätze sind frei. Natürlich gibt es immer wieder auch Situationen, wo es kurzfristig zu speziellen Bedürfnissen kommt, aber Sie sollten vielleicht einmal auch die vielen Bürgermeister Ihrer Frak-

Dörfler

tion fragen, wie die Situation in der Tat ist. Es ist leider so, dass man auf Grund der Geburtenentwicklung feststellen muss, dass gerade in kleineren Gemeinden – Jakob Strauß nickt mir zu; Sie sollten ihn vielleicht auch einmal befragen! – die Situation so ist, dass traurigerweise viele Gruppen gefährdet sind, weil keine entsprechende Auslastung vorhanden ist.

Das ist die Situation der Kinderbetreuung in Kärnten. Ich hoffe, dass es natürlich auch – und das ist mir wichtig! – ein entsprechender Beitrag der Wirtschaft ist, vor allem frauenfreundliche Arbeitsplätze anzubieten. Das wird wohl das Wichtigste sein, dass dann auch die Kindergärten in Kärnten wieder einmal gefüllt werden können.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der FPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Bitte, Frau Abgeordnete Warmuth!

Abgeordnete **Warmuth** (FPÖ):

Herr Landesrat, ich frage Sie: Wie sehen Sie die künftige Entwicklung der Kinderbetreuung im Zusammenhang mit den Ergebnissen der „PISA-Studie“?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Ich glaube, die aktuelle Diskussion rund um die „PISA-Studie“ ist eine wichtige Bildungsdiskussion. Und genau dort, denke ich, ist auch die neue Bildungssituation wesentlich zu verbessern. Wir brauchen für Kinder und Jugendliche ein Bildungsganztages- und Betreuungsangebot. Es wäre nicht sinnvoll, jetzt in Kärnten einen massiven Ausbau der Hortgruppen zu installieren, wenn davon auszugehen ist, dass die österreichische Schulpolitik generell gefordert ist. Der Bereich des Angebotes Schule ist Bildung, muss aber auch in Zukunft immer mehr Betreuung sein. Das heißt für mich ganz klar, dass es Ganztagsbildungs- und Betreuungsangebote für die Zukunft in massivem Ausmaß geben wird müssen. Das wird wohl auch eine gemeinsame Aufgabe zwischen Bildungspolitik und auch Kin-

derbetreuungspolitik sein, das hier auch einmal zu definieren. Es gibt ja verschiedene Meinungen. Manche würden ja am liebsten Kinder mit zwei Jahren bereits auf eine Universität schicken. Manche behaupten nicht zu Unrecht, dass Kinder auch Kinder sein müssen und dürfen und dass man davon ausgehen muss, dass sie zumindest bis 6 Jahre Kinder sein müssen in Zukunft, aber dass dann natürlich im gesamten Bildungsbereich neue Angebote zu schaffen sind.

Ich gehe davon aus, dass das die Herausforderung für die nächsten Jahre ist, hier eine Bildungs- und Betreuungsoffensive zu starten, so dass wir wirklich davon ausgehen können, dass Bildung und Kinder- und Jugendbetreuung ein in Zukunft gemeinsames Anliegen sein wird. Das ist auch das Positive an der „PISA-Studie“, behaupte ich.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann hat die Anfragestellerin noch eine Zusatzfrage? – Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordnete **Dr. Prettnner** (SPÖ):

Herr Landesrat, wenn Sie mich fragen, wie viele Kinderbetreuungsplätze wir noch brauchen, dann sage ich Ihnen: 10.000. Mir wäre das am liebsten, wenn Sie mich schon fragen.

Der Bedarf ist vor allem bei den Kindern unter 3 Jahren sehr hoch und bei den über 10-jährigen sehr hoch. Das heißt bei den unter 3-jährigen ist die Finanzierung ein Problem. In diesem Fall sind die Betreuungsplätze zu teuer und für die meisten Kärntnerinnen und Kärntner nicht leistbar. (*Vorsitzender: Ich bitte, die Anfrage zu stellen!*) Das Problem im ländlichen Raum ist, dass die Entfernung zu weit weg ist.

Das Budget für Kinderbetreuungseinrichtungen wurde um 11 % gekürzt, das sind 820.000 Euro. (*Vorsitzender: Ich bitte, die Anfrage zu stellen!*)

Wie werden Sie die Kinderbetreuung in Kärnten leistbar und auch erreichbar machen?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Frau Abgeordnete! Sie wissen wahrscheinlich nicht, wer überhaupt für die Leistbarkeit auch für die Kinderbetreuungseinrichtungen zuständig ist. Nicht nur das Land Kärnten hat seine politischen Aufgaben – die Gemeinden sind ja großteils auch Betreiber von Kinderbetreuungseinrichtungen. Da werden Sie vielleicht auch einmal den Gemeindevorständen in die Diskussion mit einbeziehen müssen. Wir sollten natürlich nicht den Kostenball und den Aufgabenball hin- und herspielen. Noch einmal: Ich frage mich: Welche Kinder wollten Sie dann in diese 10.000 Plätze schicken, die Sie installieren wollen? Das frage ich Sie! Weil ich wüsste nicht, wenn ich 2.000 Plätze zu viel habe, wo ich dann Ihre geforderten 10.000 Kinder hernehmen soll, um diese Betreuungseinrichtungen auch füllen zu können.

Noch einmal: Kärnten liegt eben bei den unter 3-jährigen an 4. Stelle im österreichischen Durchschnitt. Das ist, glaube ich, ein guter Beweis für die Kinderbetreuungspolitik. Ich sage Ihnen auch, weil Sie die Budgetsituation angesprochen haben: 1997 unter einer SPÖ-Referentin 15,414.000 Euro, 1998 unter einer SPÖ-regierten Kinderbetreuung 14,259.000, 1999 19 Millionen, 2000 24,600.000 Euro und 2001 31 Millionen Euro. Das beweist wohl eindeutig, dass freiheitliche Kinderbetreuungspolitik, auch in Zahlen untermauert, nicht nur in Betreuungsplätzen untermauert, sich vom Jahr 1997 von 15,400.000 Euro auf 31,069.000 Euro verdoppelt hat. Also Sie können mir wohl nicht vorwerfen, dass wir hier weder von der Qualität noch vom Angebot an Betreuungsplätzen, noch vom finanziellen Aufwand des Landes Sparsamkeit bewiesen haben. Im Gegenteil! Das war eine Offensive! Die Budgets wurden von 1997 allein bis 2001 verdoppelt. Das ist ein eindeutiges Zeichen, dass Kinderbetreuung in Kärnten sehr ernst genommen wird. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 3. Anfrage erledigt. – Ich begrüße auch herzlich die Bundesräte, Herrn Ing. Kampl und Herrn Zellot, die unsere Sitzung heute verfolgen!

Ich komme zur 4. Anfrage:

4. Ldtgs.Zl. 75/M/29:

Anfrage des Abgeordneten Vouk an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Pfeifenberger

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Vouk** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Zuhörerinnen und liebe Zuhörer! Herr Präsident, vielleicht könnten wir ein bisschen die Heizung aufdrehen. Es ist relativ kalt. Das außerhalb der Tagesordnung, bitte.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger! Seinerzeit wurde die Motorbootsteuer mit der Zweckbindung eingeführt, Ankäufe von Seegrundstücken durch die öffentliche Hand zu ermöglichen. Warum wurde mittlerweile diese Zweckwidmung aufgehoben?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Herr Abgeordneter! Geschätzte Damen und Herren! Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Wenn Sie in den historischen Unterlagen des Landtages recherchiert hätten, dann hätten Sie zur Kenntnis nehmen müssen, dass am 30. Jänner 1997 ein Beschluss von SPÖ und ÖVP zum Thema „Motorboot-Abgabengesetz“ in der Hinsicht gefasst wurde, dass diese Zweckwidmung mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP aufgehoben wurde und diese Mittel dem Bodenbeschaffungsfonds, das heißt nicht für Seegrundstücke, sondern für kommunale Projekte, zur Verfügung zu stellen sind. Das heißt diese legislative Änderung hat dazu geführt, dass auch damit ein Problem für Gemeinden entstanden ist, die an den Kärntner Seen sozusagen keine Möglichkeit mehr gehabt haben, Seegrundstücke mit öffentlichen Mitteln anzukaufen. Es sind das beträchtliche Summen, die in den Jahren 1997 bis 2004 aufgebracht wurden. Wir haben im Jahre 2004 in etwa 823.000 Euro hier eingenommen. Diese Motorbootabgabe wurde ausschließlich dem Bodenbeschaffungsfonds zur Finanzierung von Gemeindegrundstücksankäufen in Kärnten zur Verfügung gestellt.

Ich glaube, dass hier das Land trotzdem eine sehr korrekte Vorgangsweise in den letzten Jah-

Ing. Pfeifenberger

ren gewählt hat. Wir haben erst jüngst ein wichtiges Areal am Ossiacher See – die Weber-Gründe – angekauft. Wir sind damit auch einer Entwicklung zuvor gekommen, die bedeutet hätte, dass dort ein Privater dieses schöne Areal am Ossiacher See erwirbt und damit der öffentlichen und touristischen Nutzung sozusagen nicht mehr zugeführt werden kann. Ich würde empfehlen, dass Sie in Ihrer Fraktion auch darüber Klarheit haben – nachdem ja bei Ihnen der Gemeindereferent die Verantwortung für diese Mittel trägt -, darüber zu befinden, ob eine Zweckwidmung, wie sie seinerzeit war, wieder hergestellt werden sollte. Das heißt ich gehe davon aus, dass es eine Reihe von Gemeinden in Kärnten gibt, die auch dieses Geld für spezielle Ankäufe von Seegrundstücken benötigen würden.

Und sich darüber hinaus auch damit eine Wertschöpfung, eine Zunahme von Einnahmen, eine auch zusätzliche Beschäftigung aus diesen Investitionen durch Dritte einstellen könnte. Das heißt, es würde damit auch eine Vorfinanzierung für zukünftige Einnahmen entstehen und damit dem entsprechen, was wir auch als Tourismusland, als Land mit vielen Möglichkeiten, einer zunehmend attraktiveren, auch Investmentstrategie in Kärnten bräuchten. Das heißt, verfügbare Grundstücke zu haben, die bei geeigneten Nutzungszusagen auch eine Belebung dieser Seenregionen bewirken könnte. Wenn man sich das heute anschaut, haben wir eigentlich im Tourismus dezentral in den Gebieten wo Sommer- und Wintertourismus eine ausgeglichene Rolle spielt, keine Probleme. Wir haben die größten Probleme rund um die Kärntner Seen, dort wo es starke Einsaisonalität gibt, dort wo es keinen Ganzjahrestourismus gibt, dort wo es eigentlich auch die meisten Betten gibt. Das heißt, hier wäre der Vorschlag, glaube ich, wirklich überlegenswert, diese Gelder auch wieder dorthin zu bringen, wo sie hingehören, nämlich zum Ankauf von Seegrundstücken und der Verwendung für eine wirtschaftliche, touristische Nutzung. Ich glaube, hier sollten Sie auch in Ihrer Fraktion eine Diskussion eröffnen, die eine Änderung dieser Gesetzeslage herbeiführt. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der FPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? – Herr Abgeordneter Mitterer, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Mitterer** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter und Finanzreferent! Würden Sie, wenn der Gemeindereferent eine Änderung der Richtlinien des Bodenbeschaffungsfonds in der Regierungssitzung vorlegen würde, damit wieder einer Intention Rechnung getragen wird, nämlich Motorbootsteuer auch für Ankäufe bei Seegrundstücken zu haben. Würden Sie dieser näher treten und mitstimmen?

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Ja, ich befürworte das deshalb, weil ja aktuell ein Thema am Wörthersee in Erledigung steht. Das heißt, wir haben das Bad Saag das ja für viele Wörthersee-Gemeinden hier eine wichtige Grundstücksreserve ist. Dort könnte man auch ein öffentlich zugängliches touristisches Projekt realisieren. Momentan gehört dieses Areal der Stadt Klagenfurt. Sie will es entweder verpachten oder auch in der Wertnutzung besser einsetzen. Aber gerade dieser Vorschlag wäre jetzt geeignet darüber nachzudenken, diese Richtlinien im Bodenbeschaffungsfonds für ganz bestimmte Ankäufe an den Kärntner Seen zweckgewidmet umzusetzen. Das heißt, würde das für die Wörthersee-Gemeinden jetzt verfügbar sein, bräuchte man hier keine öffentliche Diskussion führen und könnte sofort mit Investoren in Verhandlungen treten, die ja bereit sind, am Wörthersee, am Ossiachersee und anderswo zu investieren. Ich glaube, das ist einfach ein Erfordernis, um hier den Ganzjahrestourismus, eine Belebung der Bettenkapazitäten und damit auch eine Attraktivierung der gesamten Seenregionen zu Stande zu bringen. Ich glaube, wir liegen international im absoluten Trend. Unsere Bedingungen mit dem reinsten Wasser, auch mit einer schönen Umgebung und natürlich auch vielen Attraktivitäten im Kulturellen und Eventbereich, haben wir Erlebnisinfrastruktur hier in den letz-

Ing. Pfeifenberger

ten Jahren aufgebaut. Wir sind ja gerade dabei, auch in Pörtschach auch ein großes Projekt zu realisieren. Es ist am Dienstag ein diesbezüglicher Regierungsbeschluss gefasst worden.

Ein Sea-Life-Center am Wörthersee, direkt auf der Halbinsel in Pörtschach ist gerade das Beispiel dafür, dass damit auch zusätzliche Frequenzen nach Kärnten kommen. Wir gehen davon aus, dass dort in etwa 340.000 Besucher jährlich dieses Sea-Life-Center besuchen werden, das auch die Situation der Kärntner Gewässer und des Lebens in den Kärntner Gewässern darstellt. Von der Drau bis in das Rote Meer kann dort alles auch von den Lebewesen (Fischen) dargestellt und erlebt werden. Das wird vor allem viele Kinder, viele interessierte Jugendliche anziehen, wird aber natürlich auch viele Gäste aus Norditalien, aus den umliegenden Nachbarländern hier nach Kärnten an den Wörthersee bringen. Es ist ein Projekt, das ein Konzern, der in England, in London beheimatet ist, hier in Europa betreibt. Er hat insgesamt 26 Projekte dieser Art. Alle sind ein wirklicher Frequenzbringer. Es ist ein Projekt mit einer Investitionssumme von 8 Millionen Euro.

Das Land wird hier einen Beitrag in Form eines Beteiligungskapitals von 1 Million Euro leisten. Damit hat auch der Wörthersee die erste wirklich nachhaltige Ganzjahreserlebnisinfrastruktur. Und gerade Bad Saag, Herr Bürgermeister und Abgeordneter, wäre natürlich auch sehr gut geeignet für weitere touristische Erlebnisinfrastruktur, dort einen Standort festzumachen. Und deshalb bin ich dafür, dass auch die Richtlinien diesbezüglich für spezifische Grundankäufe an den Kärntner Seen geändert werden und damit dieses Geld, das durch die Motorbootabgabe hier aufgebracht wird, wiederum dort eingesetzt wird, wo sie entsteht. Das heißt, die Steuer wird quasi rückgeführt in jene Gemeinden die eigentlich das Geld aufbringen und damit auch erwarten, dass sie aus dieser Einnahme einen Nutzen haben. Das, glaube ich, wäre ein brauchbarer Vorschlag. Darüber sollte auch der Landtag diskutieren. Ich befürworte das als Tourismusreferent auf jeden Fall. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der ÖVP eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann hat der Anfrager noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Vouk** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Sie haben mir die Zusatzfrage ja schon fast beantwortet. Das mit dem Roten Meer, da kann ich Ihnen nur beipflichten. Das war ganz, ganz nett. Nachdem nun einige Seegrundstücke zur Verfügung stehen - Bad Saag haben Sie angesprochen; wir haben das ja heute noch auf der Tagesordnung – möchte ich noch darauf hinweisen, dass mit der Motorbootsteuer 770.000,- Euro in der Region erwirtschaftet werden. Und Sie haben jetzt angedeutet, dass Sie die Initiativen, die in Richtung Einführung der Zweckbindung gehen, dass Sie das auch unterstützen. Deswegen frage ich Sie noch einmal ganz konkret - das werden Sie Ihrem Nachfolger wahrscheinlich auch mitgeben; der Herr Landeshauptmann hört ja sehr aufmerksam zu – dass auch wir dann, ich gehe davon aus, gemeinsam eine Initiative setzen, dass die Zweckbindung bei der Motorbootsteuer für die Ankäufe von Seegrundstücken wieder eingeführt wird.

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter **Ing. Pfeifenberger** (FPÖ):

Ja, ich bestätige noch einmal die Absicht und ich bin überzeugt, dass auch der Herr Landeshauptmann, der sich ja im Tourismus jetzt auch in Zukunft darum kümmern wird, dass vor allem viele neue Investitionen in Kärnten entstehen werden. Es ist eine Reihe von Projekten geplant, es ist ja eine Aufbruchstimmung insgesamt in Kärnten zu verzeichnen. Und ich bin überzeugt, dass uns das auch letztendlich in der Akquisition von neuen Investoren wesentlich unterstützt, wenn wir sagen können, wir haben konkrete Grundstücke, die öffentlich verfügbar sind, die auch mit einer langfristigen Nutzungsvereinbarung für Investitionen dann eingesetzt werden können. Damit hat man sozusagen einen Teil der Gesamtinvestition bereits in Vorlage, in Vor-

Ing. Pfeifenberger

haltung. Das heißt, wir haben dort natürlich nie mehr das Problem, dass wir Anrainerprobleme oder Nutzungskonflikte bekommen, sondern einfach ganz konkret mit Investoren hier verhandeln können. Es war das letztendlich auch in Pörtschach der Auslöser, weil dieses Projekt in Pörtschach hätte eigentlich in einem anderen Land in Europa umgesetzt werden sollen. Nachdem aber dort Grundstücksprobleme aufgetreten sind, hat man gesagt: „Wenn Kärnten bereit ist, in dieses Projekt einzusteigen, dann kann dieses Projekt heuer realisiert werden.“ Das heißt, wir beginnen mit diesem Sea-Life-Center im September dieses Jahres und es wird nächstes Jahr im Mai fertig gestellt. Hat natürlich auch eine enorme Bedeutung, gerade zum Thema „Wasser“, zur Ausstellung „Wasser – Leben“, weil dort natürlich auch die gesamte Perspektive des Lebens im Wasser dargestellt werden kann.

Da glaube ich, dass wir rasch überlegen sollten, natürlich auch den Bodenbeschaffungsfonds mit dieser speziellen Maßnahme zu befassen und hier einfach konkret selektive Grundankäufe an den Kärntner Seen, diese Mittel mit einer neuen Richtlinie ermöglichen sollten. Ich glaube, das wäre eine interessante Strategie, würde uns helfen, dem Land, der – sage ich einmal - Wirkung in der Bewerbung, im Vertrieb, im Verkauf. Würde aber auch den Gemeinden am Wörthersee und an den anderen Seen - sage ich einmal - dazu dienen, auch neue Einnahmen – das heißt, Einnahmen, wie sie jetzt in Pörtschach zu Stande kommen - wo in etwa 66 zusätzliche Arbeitsplätze im direkten und indirekten Einflussbereich dieses Projektes entstehen werden. Das ist eine tolle Sache. Es entsteht hier eine Wertschöpfung von über 4 Millionen Euro. Und dieses Projekt hat natürlich auch eine Signalwirkung weit über die Grenzen Kärntens hinaus. Ich glaube, Herr Bürgermeister, du weißt, dass das eine gute Sache ist und ich nehme an, du wirst auch deine Fraktion dazu bewegen, diesen Schritt zu setzen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 4. Anfrage erledigt.

Ich komme zur 5. Anfrage

5. Ldtgs.Zl. 76/M/29:**Anfrage der Abgeordneten Mag. Lesjak an Landeshauptmann Dr. Haider**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Liebe Gäste auf der Tribüne! Liebe Schülerinnen und Schüler! Letztes Jahr waren im Bereich der Universität im Campus mehrere Erweiterungen geplant. Auf dem Bruchwaldgebiet zwischen Institutsgebäude und diesem Fitness-Center dahinter waren mehrere Projekte, unter anderem eine Sporthalle, geplant. Es hätte dort ja die Sporthalle hinkommen sollen wo ein Bruchwald ist der nach FFH-Richtlinien geschützt ist.

Und meine Frage lautet: Mit welchen Maßnahmen werden Sie die baulichen Maßnahmen im Bruchwaldgebiet zwischen Universität Vorstufengebäude und Universitätsstraße verhindern?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Es gibt sicherlich eine Schutzbestimmung im Kärntner Naturschutzgesetz wonach Bruchwälder entsprechend geschützt werden. Das gilt aber dann nicht, wenn es bereits eine zehnjährige Bauwidmung in einem geschlossenen Siedlungsgebiet gibt. Und dazu zählt die Universität Klagenfurt. Und ich möchte doch noch hinzufügen, dass es mir einfach absonderlich vorkommt, wenn Sie ständig Anfragen an mich stellen, was zu verhindern ist. Denn ich glaube, wir leben in Kärnten davon, dass wir etwas gestalten und dass wir Arbeit schaffen und dass damit die Wirtschaft angekurbelt wird und Sie leben davon, dass die Universität existiert. Und daher bin ich schon der Meinung, *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* dass man auch darüber nachdenken sollte, nicht alles zu verhindern sondern möglich zu machen.

Und gerade der Bereich der Universität Klagenfurt ist einer, den wir auch in der Zukunft entwickeln wollen. Denn im Nahbereich oder im Umfeld der Universität Klagenfurt entwickeln wir das Lakeside-Projekt, den größten Wissenschaftspark Österreichs mit einer recht interes-

Dr. Haider

santen Unternehmensstruktur und der soll auch mit der Universität gekoppelt werden. Dass dort gebaut wird und dass dort Maßnahmen realisiert werden, das ist zwingend erforderlich und daher ist es im Interesse der Stadt, im Interesse des Landes. Wir haben gerade jetzt die erste Baustufe des Lakeside-Parks abgeschlossen. Das heißt, dort sind alle Flächen bereits verkauft und es wird Mitte April eine Eröffnung der ersten Baustufe stattfinden, an der auch der EU-Kommissar für Technologie selbst teilnehmen wird, um diese besondere Einrichtung Kärntens zu gestalten. Denn, Sie wissen, dass gerade unsere Strategie im Umfeld der Universität Klagenfurt, neue Arbeitsplätze durch Technologiebetriebe und Hochtechnologiebetriebe anzusiedeln, recht erfolgreich ist. In Kärnten habe ich in den letzten fünf Jahren fast 20.000 Arbeitsplätze im Bereich der Technologie und Hochtechnologie geschaffen. Das ist doppelt soviel als es derzeit im Tourismus gibt. Das ist sicherlich eine Erfolgsgeschichte und daher verstehe ich es nicht, dass die Grünen ständig erfolgreiche Maßnahmen Kärntens durch Verhinderungsstrategien kaputt machen wollen. Sie sollten sich eher einsetzen, dass hier etwas weiter geht und dass wir auch die Universität, den Lakeside-Park und damit letztlich Beschäftigungsmöglichkeiten für Kärnten schaffen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der Freiheitlichen Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Seitens der SPÖ? – Auch nicht. Seitens der ÖVP? – Auch nicht. Dann hat die Anfragestellerin noch eine Zusatzfrage!

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Die Attraktivierung der Universität ist, einen attraktiven Campus zu haben, und Grünflächen sind ein wichtige Bestandteil von einem Campus, der attraktiv wird und für Studierende interessant wird. Also noch einmal die Frage: Mit welchen Maßnahmen wollen Sie es ermöglichen, dass die Qualität des Campus aufrecht erhalten bleibt, indem das Bruchwaldgebiet geschützt wird?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Ich glaube, ich habe Ihnen schon gesagt, dass die rechtlichen Regelungen eindeutig sind. Mein Beitrag zum Naturschutz war der, dass ich die Verbauung des Lendspitzes verhindert habe. Das ist also jenes Territorium, das über der Straße gegenüber der Universität liegt. Das, glaube ich, war richtig und sinnvoll. Wenn Sie sich dafür einsetzen, dann wäre das sinnvoll. Aber jetzt bei der Universität anzufangen, Baumaßnahmen zu verhindern: Dann verhindern Sie ein Stückchen Zukunft von Kärnten! Das kann ja wohl nicht sein, wenn Sie daran denken, dass es uns sogar gelungen ist, die Firma Infineon nach Klagenfurt in diesen Lakeside-Park zu bringen, mit ihrem Softwarehaus. Das gesamte Softwarezentrum des Weltkonzerns Infineon ist nach Klagenfurt übersiedelt. Von hier aus werden alle Unternehmen und alle Produktionsstätten von Infineon in der ganzen Welt, mit zwei Ausnahmen, gesteuert. Hier werden hoch qualifizierte Arbeitsplätze aufgebaut und entstehen. Hier haben Studenten der Universität die Möglichkeit, praktische Erfahrung zu sammeln, direkt während des Studiums mit beteiligt zu sein. Hier werden neue, kleinere Firmen auch im Umfeld angesiedelt, die im Forschungs- und Entwicklungsbereich tätig sind. Das ist eine tolle Sache! Wir zahlen 6 neue Stiftungsprofessuren im Voraus für die Universität, damit dort im Wissenschaftsbereich und im Technologiebereich etwas entwickelt werden kann! Das wäre ja ein Widerspruch: Einerseits wollen wir Geld ausgeben, um die Zukunftsentwicklung dieses Landes einzuleiten - und andererseits sollten wir der grünen Politik Folge leisten und alles verbieten, nichts mehr zu machen? Wenn Sie also 6 neue Stiftungsprofessuren haben, würden Sie den Herrn Professor dann auf die grüne Wiese setzen oder in ein Zelt oder wo wollen Sie ihn denn sonst unterbringen?!

Ich glaube, man sollte, bevor man solche Anfragen stellt, endlich einmal nachdenken, ob man sich dazu bekennt, dass in diesem Land wirtschaftlicher Aufschwung, Fortschritt, Arbeitsplätze und Zukunft gemacht werden oder ob wir dieses Land zusperren, ein Altersheim daraus machen und langsam alle auswandern müssen! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit, meine Damen und Herren, ist die 5. Anfrage erledigt. – Wir kommen zur 6. Anfrage:

**6. Ldtgs.Zl. 77/M/29:
Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Ing. Rohr**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Werte Regierungsmitglieder! Werter Herr Landesrat Rohr! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Zuhörerinnen und Zuhörer! Die Frage, die jetzt zur Beantwortung steht, habe ich zugegebenermaßen schon einmal gestellt. Ich habe damals schon gesagt, dass die Antwort unbefriedigend war, setze daher heute nach. Dies auch deshalb, weil das Thema weder an Brisanz noch an Aktualität etwas eingebüßt hat. Denn Mülldeponien – in welcher Form auch immer – sind nach wie vor tickende Zeitbomben. Ich erinnere an den Deponiegasunfall in Klagenfurt/Ehrental im Jahre 2001, wo es einen Toten gegeben hat und ein Arbeiter bis heute noch, also faktisch vier Jahre, im Koma liegt. Gerade heute wird in einer Zeitung berichtet, dass es eine Prozessflut aus diesem Anlass gibt.

Ich frage daher, Herr Landesrat Ing Rohr: Warum fehlt in Kärnten ein vollständiges und aussagekräftiges Verzeichnis aller aufgelassenen Mülldeponien?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter! Ich denke, Sie haben die Möglichkeit, im Protokoll der Landtagssitzung vom 30. September 2004 nachzulesen. Dort habe ich Ihnen eine umfassende und aufschließende Antwort gegeben und Ihnen auch damals schon begründet, warum es nicht möglich ist, dass es de facto eine hundertprozentige Auflistung gibt. Es ist im „Altlastenatlas von Kärnten“ die Frage der aufgelassenen Deponien umfassend dokumentiert – nur sind wir halt nicht in der Lage, jedes Loch aufzuspüren, wenn sozusagen auch

von den Gemeinden die entsprechende Information nicht gegeben ist, dass irgendwo Altablagerungen vorhanden sind. Dann können auch wir die entsprechende Information nicht verarbeiten. Aber der „Kärntner Altlastenatlas“ ist der beispielgebend bestgeführte und bestdokumentierte im Vergleich zu den anderen österreichischen Bundesländern! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? – Seitens der ÖVP? – Das ist nicht der Fall. Dann hat der Fragesteller noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Landesrat! Der internationale Trend geht dahin, Industriebrachen als Bauland zu nutzen. In Österreich werden täglich zirka 20 Hektar - täglich! - wertvolles Grünland und Ackerland zersiedelt. Gleichzeitig fallen rund 3 Hektar an Industrie- und Gewerbeflächen brach. Ein wesentliches Hindernis bei der Nutzung stellt die mögliche Existenz von Bodenkontaminationen dar.

Ich frage Sie daher, nachdem Sie das Kärntner Ergebnis so gelobt haben: Welches Flächenausmaß könnte aus Industriebrachen jährlich als Bauland oder als Industriegrund, Gewerbegrund gewonnen werden?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Gallo, ich habe Ihnen schon das letzte Mal gesagt, Sie verwechseln offensichtlich zwei Dinge: Altlasten, die im „Altlastenatlas“ entsprechend verankert sind und zum Zweiten Industriebrachen, die teilweise aus der Vergangenheit belastet sind. Hier, denke ich, haben wir gerade in Kärnten das beste Beispiel, wie man aus einem belasteten Standort in Wahrheit eine neue Zukunftschance entwickeln kann. Wenn ich allein denke, dass im Standort Arnoldstein eine halbe Milliarde an Schilling seinerzeit für die Sanierung des Industriestandortes letztlich investiert wurde und wenn wir heute mit Stolz vermelden können, dass Arnoldstein als

Ing. Rohr

Industriestandort mit neuen Betrieben bereits die Zahl jener Mitarbeiter erreicht hat, die es zum Höchststand der BBU hatte, denke ich, ist das der beste Beweis dafür. Arnoldstein ist aber ein internationales Modell, wie man einen Standort, der sage ich einmal, von der Schwerindustrie belastet war, zu einem Hochtechnologiestandort entwickeln kann. Die Müllverbrennung in Arnoldstein ist also mit Sicherheit auch ein entsprechender Träger und ein entsprechender Ausweis, dass dort Umwelttechnologie als Kompetenzzentrum auch für die Zukunft weiter entwickelt und ausgebaut werden kann. Das hat durchaus Referenzen für gleich gelagerte Situationen in Europa, wo es nicht gelungen ist, in anderen Regionen derartige Standorte wieder fit zu machen und mit neuem Leben zu erfüllen.

Im Übrigen werden alle Altstandorte, die im Bereich der Industrie gegeben sind, von uns ständig kontrolliert und überwacht. Das auch in Abstimmung mit dem Umweltbundesamt. Es wird natürlich auch ständig der Versuch gemacht, dass wir erstens einmal auf Grund der Ergebnisse dann auch diese Flächen wieder für die Verwendung von neuen Ansiedlungen zur Verfügung stellen. Ich denke, dass es auch das Ziel sein muss, derartige Flächen für entsprechende Nutzungsmöglichkeiten auch in der Zukunft zur Verfügung zu haben. Es ist mir allerdings nicht möglich, Ihnen jetzt auf Hektar und Ar genau die entsprechenden Flächen zu nennen, aber ich werde natürlich veranlassen, das zu recherchieren und werde Ihnen die entsprechenden Daten gerne zur Verfügung stellen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 6. Anfrage erledigt. – Wir kommen zur 7. Anfrage:

**7. Ldtgs.Zl. 78/M/29:
Anfrage des Abgeordneten Schwager
an Landesrat Ing. Rohr**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Regierungsmitglieder! Herr Landeshauptmann! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Zuhörer! Sehr geehrter Herr Landesrat Rohr, Herr Gemeindereferent! Der Rat der Gemeinden und Regionen in Europa, mit 75 Delegierten, hat seit Dezember einen neuen Präsidenten. Das ist der Herr Bürgermeister von Wien, Michael Häupl. Vertreten sind drinnen hauptsächlich die großen Hauptstädte Europas: Wien, Paris, Berlin, Rom usw.

Jetzt ist meine Frage an dich: Welches Mitspracherecht in der Europäischen Union haben die kleinen Kärntner Gemeinden, sehr geehrter Herr Landesrat?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Schwager! Abgesehen von der indirekten und lediglich innerstaatlich normierten Beteiligung der Kärntner oder insgesamt der Gemeinden an Vorhaben innerhalb der EU ist der seit 1994 durch den „Vertrag von Maastricht“ bestehende Ausschuss der Regionen, kurz AdR genannt, die offizielle Interessensvertretung der Gemeinden und Regionen.

In Anbetracht dessen haben für das Mitspracherecht der Gemeinden lediglich jene Bestimmungen der neuen EU-Verfassung Bedeutung, die - verglichen mit dem bisherigen Rechtsbestand - eine Änderung des Mitspracherechts dieser Institutionen vorsehen.

Zum AdR vielleicht einige allgemeine Anmerkungen: Es darf festgestellt werden, dass nach dem „Vertrag von Nizza“ die Mitglieder des AdR entweder ein auf Wahlen beruhendes Mandat in einer regionalen oder lokalen Gebietskörperschaft innehaben oder gegenüber einer gewählten Versammlung politisch verantwortlich sein müssen. Nach Art. 1-31 der neuen EU-Verfassung setzt sich der AdR aus Vertretern der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zusammen, die entweder ein Wahlamt in einer regionalen oder lokalen Gebietskörperschaft innehaben oder gegenüber einer gewählten Versammlung politisch verantwortlich sind.

Ing. Rohr

Österreich ist derzeit im AdR mit 12 Mitgliedern vertreten. Nach Art. 23 c Abs. 4 B-VG hat die österreichische Mitwirkung an der Ernennung von Mitgliedern des AdR und deren Stellvertretern auf Grund von Vorschlägen der Länder sowie des Österreichischen Städte- und des Österreichischen Gemeindebundes zu erfolgen. Hierbei haben die Länder je einen, der Österreichische Städtebund und der Österreichische Gemeindebund gemeinsam drei Vertreter vorzuschlagen. Inwieweit sich diese Zahl, in der Folge dessen deren Zusammensetzung ändern wird, kann derzeit nicht gesagt werden, weil nach Art. 3 noch 92 der neuen EU-Verfassung der AdR aus höchstens 350 Mitgliedern bestehen wird und der Ministerrat einstimmig einen Beschluss über die Zusammensetzung zu erlassen hat.

Was die Kompetenzen des AdR betrifft, ist er ein Organ der EU, dem beratende Funktion zukommt, wobei seine Anhörungsbereiche vertraglich festgelegt sind. Die Verträge legen fest, dass die Kommission und der Rat den AdR in sämtlichen Bereichen, in denen Legislativvorschläge der EU Auswirkungen auf die regionale und kommunale Ebene haben könnten, um Stellungnahme ersuchen müssen. Im „Vertrag von Maastricht“ wurden 5 derartige Bereiche genannt. Das sind die Bereiche „wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt“, „Transeuropäische Infrastrukturnetze“, „Gesundheitswesen“, „Bildung und Kultur“. Im „Vertrag von Amsterdam“ wurde diese Liste um 5 weitere Bereiche ergänzt, nämlich den „Bereich der Beschäftigungspolitik“, der „Sozialpolitik“, der „Umwelt“, „Berufsausbildung“ und „Bildung und Verkehr“.

Der AdR kann auch Initiativstellungen abgeben und hat dadurch die Möglichkeit, Themen auf die Agenda der EU zu setzen. Zusätzlich hierzu normiert nunmehr Artikel 1-28 der neuen EU-Verfassung, dass dem AdR ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof bei Verletzung kommunaler und regionaler Rechte eingeräumt wird. Dieses so genannte teilprivilegierte Klagerecht ist sohin auf jene Gesetzgebungspunkte beschränkt, für deren ein Erlass die Verfassung die Anhörung des Ausschusses der Regionen vorschreibt.

Abschließend darf angemerkt werden, dass die EU einerseits auf Grund der unterschiedlichen Strukturen ihrer Mitglieder zwar grundsätzlich keine Rücksicht auf innerstaatliche Kompetenzverteilungen nimmt, dass sie aber andererseits

zum Ausgleich dessen den AdR eingerichtet hat. Hiedurch sollten Vertreter der Gemeinden, Städte und Regionen bei der Konzipierung der neuen EU-Verfassung beteiligt werden.

Dies insbesondere auch unter dem Blickwinkel, dass drei Viertel der EU-Rechtsvorschriften auf lokaler oder regionaler Ebene umgesetzt werden. *(Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluss zu kommen!)* Überdies bestand die Befürchtung, dass die Union ihre Bürger und ihren Weg in die Zukunft nicht mitnimmt. Die Beteiligung der gewählten Mandatsträger, die auf der Ebene mit der größten Bürgernähe tätig sind, wurde als eine Möglichkeit, diese Distanz zu überbrücken, angesehen. *(Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)* Es würde also nunmehr das Klagerecht des AdR vor dem EuGH zu einer Stärkung dieses Organs führen und insofern auch eine Verstärkung der Vertretung der Gemeinden und der Städte innerhalb der EU sicherstellen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? – Seitens der ÖVP? – Das ist nicht der Fall. Dann hat der Anfrager noch eine Zusatzfrage. Ich bitte schön, sie zu stellen!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Ja, einmal danke Herr Landesrat für diesen ausführlichen Bericht. Dann habe ich selbstverständlich noch eine Zusatzfrage. Gestern oder vorgestern ist die Zeitung des Gemeindebundes gekommen, kommunal, und da wird auf diese Fragen wesentlich eingegangen. Und es steht da drinnen, in der Einleitung schon, das was auch du in deiner Anfragebeantwortung schon anklingen hast lassen. Europa besteht, aber seine Bürger wissen es noch nicht. Das heißt, dass 99,999 Prozent der Österreicher über diesen Verfassungsvertrag der EU keine Informationen haben bzw. Desinteresse besteht, obwohl es eine wichtige Sache ist.

Und jetzt meine Anfrage: Im Wissen dieser Tatsache haben wir Freiheitliche in der letzten Landtagssitzung einen Antrag eingebracht, diesen Verfassungsvertrag der EU sowie Frankreich

Schwager

oder Großbritannien, einer Volksabstimmung oder einer Volksbefragung zu unterwerfen, damit die Bundesregierung gezwungen ist, die Bürger besser zu informieren. (*Vorsitzender: Ich bitte, die Anfrage zu stellen!*) Und meine Anfrage ist die, ob du das als Gemeindereferent das auch unterstützen könntest?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Schwager! Nachdem es um die EU-Verfassung geht und die Bundesregierung letztlich die Entscheidung zu treffen haben wird, ob man diese Verfassung letztlich einer Volksabstimmung oder einer Volksbefragung unterziehen wird, denke ich, wird die FPÖ auch die Möglichkeit haben, in der Koalition auf Bundesebene diese Frage entsprechend mitzugestalten. Ich als Gemeindereferent der Kärntner Gemeinden sehe aber natürlich auch eine entsprechende Notwendigkeit der Aufklärung. Ich werde alles dazu beitragen und auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister dieses Landes animieren und bitten, mit in ihren Amtsblättern und bei Veranstaltungen entsprechende Informationen zu geben, damit dieses Wesen EU und die entsprechenden Verfassungsbestimmungen der Bevölkerung näher gebracht werden zumindest dort, wo es sich um wesentliche Auswirkungen auf den einzelnen Bürger handelt. Und daher werde ich dieser Information da auch meine volle Unterstützung angedeihen lassen. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! In diesem Zusammenhang möchte ich mitteilen, dass der Kärntner Landtag am 1. April eine Enquete zur EU-Verfassung abführen wird, um auch in der Öffentlichkeit über die Stellung der Regionen innerhalb dieser neuen EU-Verfassung zu besprechen. Es haben Frau Kommissarin Dr. Ferrero-Waldner sowie und der Präsident des Ausschusses der Regionen, Präsident Dr. Straub, ihr Kommen zugesagt. Und natürlich werden die Abgeordneten zur EU der österreichischen Abgeordneten hier anwesend sein. Und dann ist Gelegenheit, sich ausführlich über dieses Thema zu unterhalten. (*Abg. Schwager: Danke, Herr Präsident!*) Bitte schön!

Wir kommen zur Anfrage

8. Ldtgs.Zl. 79/M/29:**Anfrage des Abgeordneten Köfer an Landesrat Dörfler**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Köfer** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Die zweite Tunnelröhre im Katschberg ist mittlerweile beschlossen. Damit verbunden natürlich auch ein erhebliches Mehr an Verkehrsaufkommen und auch ein erheblicher Zuwachs an Lärm und Feinstaubbelastung im Liesertal.

Herr Landesrat, wann ist mit der Errichtung der versprochenen Verkehrssicherungsmaßnahmen, wie zum Beispiel der zugesagten Luftgütemessstellen, der zugesagten Section-Control und die notwendigen Lärmschutzmaßnahmen, ausgenommen der Bereich Trebesing, zu rechnen?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

(*Der Vorsitzende braucht ein wenig Zeit, um das Mikrophon freizuschalten.*) Ja, die Technik ist nicht so flott wie unsere Recherchen und Aufgaben. Herr Abgeordneter Köfer, ich darf dir berichten, dass grundsätzlich einmal festzuhalten ist, dass es einen Landtagsbeschluss gibt, wo seinerzeit eigentlich nur der Bau des Katschbergtunnels gefordert wurde, aber mir immer klar war, dass es das wesentliche Gesamtpaket geben muss, nicht nur Verkehrssicherheit durch die zweiten Tunnelröhren, erreichbare Sicherheit für das Land Kärnten als Tourismus- und Wirtschaftsstandort, sondern vor allem auch eine wesentlich verbesserte Situation, Lebenssituation im Liesertal. Und dieser einmalige Pakt, 300 Millionen für den Lärmschutz ist, wie du weißt, das größte Lärmschutz- und Umweltschutzmaßnahmenpaket das überhaupt in Europa jemals geschnürt wurde, das sich natürlich in einige spezielle Aufgabenteile teilt.

Erstens einmal die Luftgütemessstationen. Da kann ich dir mitteilen, dass hier der Umweltreferent Reinhart Rohr dafür zuständig ist, ich aber

Dörfler

bereits von der ASFINAG eine Zusage habe – das war mir wichtig – dass diese Messstellen auch seitens der ASFINAG, des Autobahnbetreibers, finanziert werden. Das heißt, hier geht es um die fachliche Umsetzung des Umweltreferenten. Da gibt's aber durchaus auch Meinungen, weil – das muss man ja erfreulicherweise festhalten; ich zitiere auch den Bürgermeister Eder von Rennweg der einmal gemeint hat: Ja eigentlich haben wir die Luftkurortqualität im Liesertal. Faktum ist, dass wir froh sind, dass derzeit die Luftwerte wesentlich unter den Grenzwerten sind. Faktum ist, dass eben diese Zusage der ASFINAG vorliegt und ich gehe davon aus, dass der Umweltreferent in seinem Aufgaben- und Kompetenzbereich entsprechende Messstellen auch umsetzen wird.

Zum Thema Section-Control ist zu sagen, ich kann da auch zitieren aus einem Schreiben vom 26. Jänner, in dem Vizekanzler Hubert Gorbach bestätigt, dass für diese Section-Control jetzt die technische Machbarkeit und Untersuchung auf der A10 gemacht wird, sodass dann im Rahmen der Baustellenabfolge auch eine entsprechende Section-Control installiert werden kann. Ich muss dazu auch festhalten, dass noch am Wechsel auf der A2 noch durchaus gesetzliche Vorbereitungsmaßnahmen notwendig sind, seit die Section-Control im Probebetrieb ist. Wichtig auch für die A10. Man muss auch festhalten, dass es aus gesetzlichen Gründen noch notwendig ist, dass österreichischen System der Section-Control zu verbessern, weil in Deutschland ja das Kennzeichen vorne und rückwärts am Fahrzeug festgehalten werden muss. Das würde bedeuten, dass wir hier nur österreichische Lenker sanktionieren könnten. Das heißt, es muss – und ich habe selbst mit der Firma, die diese Systeme in Wien, Kaisermühlen und auch am Wechsel installiert hat, Verhandlungen geführt – und die Firma hat jetzt das System adaptiert, dass eben auch deutsche Lenker die Geschwindigkeitsbeschränkungen in Zukunft produzieren möchten, auch entsprechend bestraft werden können. Ich gehe davon aus, dass die Zusage vom Vizekanzler bzw. entsprechende Untersuchungen 2005 abgeschlossen sind, sodass es 2006 zu den entsprechenden Installationen derartiger technischer Verbesserungen kommt.

Zum Thema „Lärmschutz“. Ich bin schon ein bisschen erstaunt, was noch nicht passiert ist. Das was man tut interessiert dann niemand. Ich

muss schon festhalten, dass wir heuer im Rahmen des 110 Millionen-Euro-Sanierungspaketes, Knoten Lieserhofen – Abschnitt Gmünd, auch das Projekt Einhausung in Trebesing, 900 Meter und die Lärmschutzmaßnahmen im Bereich Trebesing, insgesamt circa 3 Kilometer, baulich umsetzen. Das ist ein sehr interessantes Bauprojekt. Das größte Autobahnbauprojekt überhaupt derzeit in Österreich mit 110 Millionen Euro und es soll in zweimal 10 Monaten abgewickelt werden. Das heißt, der Baubeginn ist im September dieses Jahres. Und zwei Jahre danach soll und wird diese Baustelle abgeschlossen sein und dann wird Trebesing geschützt sein.

Der ganze Bereich der Umwelt- und Lärmschutzinvestitionen bildet sich in 3 Teile. Teil 1 eben bis 2008; Teil 2 bis 2014 und der 3. Teil bis 2020. Es ist Ihnen ja bekannt, dass wir gemeinsam mit den Bürgermeistern des Liesertales versuchen, die letzte Etappe noch vorzuziehen, damit wir 2015 den Gesamtbereich abinvestiert haben. Ich kann auch mitteilen, dass zum Beispiel in der Tranche für 2008 im Rahmen des Tunnelbaues Katschberg die Projekte Rennweg enthalten sind. Das sind circa 3 Millionen Euro und dass im Bereich Krems drei Projekte bis 2008 abgeschlossen sind. Da ist eines mit 2,2 Millionen Euro, eines mit 2,5 und ein weiteres Projekt mit 2,5 Millionen Euro. Um Gmünd werden investiert; ab 2005 im Rahmen des Sanierungsprojektes 2,5 Millionen Euro. (*Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluss zu kommen!*) Und Gmünd, Gmünd Süd, 2,6 Millionen Euro und die Einhausung Trebesing, wie gesagt, circa 25 Millionen Euro. Ich hoffe, es gelingt uns noch den letzten Abschnitt 2015/2020 vorzuziehen, damit wir tatsächlich in der Lage sind, bis 2015 für das Liesertal eine neue Verkehrs- und Lebensqualität herzustellen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Jetzt ist die Zeit abgelaufen. Danke! Ist eine Zusatzfrage seitens der Freiheitlichen Fraktion gewünscht? – Herr Dritter Präsident Ing. Scheuch, ich bitte sie zu stellen!

Dritter Präsident **Ing. Scheuch** (FPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Herr Präsident! Herr Landesrat! Nun ist es ein Faktum, ein Faktum, dass es Ihnen gelungen ist, in zähen Verhandlungen für sämtliche Ortschaften im Lieser-, Maltatal eine Zusage von der ASFINAG zu verhandeln, dass Sie die Messstationen, die Hardware sozusagen finanziert. Immerhin kostet eine dieser Messstationen meines Wissens rund 200.000,- Euro.

Ist Ihnen, Herr Landesrat, auch das ... oder können Sie sich erklären, Herr Landesrat, warum sich der zuständige Landesrat Rohr hartnäckig weigert, diese Stationen letztendlich auch durch seine Beamten zu betreiben und somit dieses für das Lieser-/Maltatal wichtige und auch dieses politische Versprechen das den Leuten gegeben wurde, zu realisieren?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Ich kann keine Antwort für den Kollegen Rohr geben, ich gehe aber davon aus, dass der Umweltreferent - genauso wie der Verkehrsreferent - dieses Aufgaben entsprechend motiviert wahrnimmt. Nachdem die Finanzierungssicherheit gegeben ist, muss ich festhalten, dass sich ja ein Ausschuss - Umwelt und Verkehr - auch damit beschäftigt hat. Es ist ja bekannt, dass auch die Umweltexperten meinen, dass unter Umständen eine Messstation reichen könnte. Es gibt aber eine Beschlusslage des Landtages, dass es mehrere sein sollten. Und ich denke, wenn ich als Verkehrsreferent von der ASFINAG eine schriftliche Finanzierungszusage habe, dass es dem Umweltreferenten leicht sein wird, diese auch umzusetzen. Und ich orte da absolutes Interesse vom Kollegen Rohr. Aber ich hoffe, dass eben auch, wie im Bereich des baulichen Tempos, auch die entsprechenden Messstationen eingerichtet werden. Ich denke, es ist besser eine zu viel und eine Überinformation über eine gute Luftqualität, die wir derzeit haben, als eine zu wenig und eine Unsicherheit die eigentlich niemand will. Und, wie gesagt, nachdem das Geld vorhanden ist, das ich sicherstellen konnte, gehe ich davon aus, dass im Laufe des Jahres auch die Messstationen vom Kollegen Rohr eingerichtet werden.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Gibt es seitens der ÖVP eine Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall. Dann hat der Anfragersteller noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Köfer** (SPÖ):

Herr Landesrat, eine kurze Zusatzfrage. In Anbetracht der schwierigen finanziellen Situation in der sich der Bund und das Land befindet, meine Frage: Ist es daher notwendig auf dieser Einhausung in Trebesing einen Kinderspielplatz auf einer Autobahn zu errichten?

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Herr Abgeordneter Köfer, es ist, glaube ich schon sinnvoll, dass ein Nutzer, die ASFINAG die aus Nutzergebühren, Road-Pricing und Bemaßung finanziert wird, auch etwas zurückgibt. Erstens wird diese Einhausung - es wäre ja schlimm, wenn es ein Betonklotz im Liesertal wäre; es gibt größtes Interesse deines Parteikollegen und Bürgermeisters und der Bevölkerung, dass diese Einhausung so gestaltet wird, dass das Bauwerk in der Natur nicht sichtbar ist. Das war der Teil 1. Und es ist ja auch bekannt, dass Trebesing - das Babydorf Europas - eine besondere touristische Auslage Kärntens ist. Und ich denke, dass das auch eine Wiedergutmachung für dieses Dorf ist, das doch Jahrzehnte von einem Verkehrsterror geplagt wurde. Und immerhin ist einer der Paradetourismusunternehmer, Sigi Neuschitzer, nicht unwesentlicher Meinungsbildner und erfolgreicher Unternehmer. Und es ist auch die Kindergruppe der Gemeinde Trebesing in unmittelbarer Nähe der Einhausung. Das heißt, es wird eine touristische Einrichtung sein, es wird aber auch eine Einrichtung für die Kinder im Bereich der Kinderbetreuung sein. Und ich glaube, dass es sinnvoll ist, dass Nutzergebühren soviel wie noch nie in Kärnten investiert werden.

Wir haben ja auch dafür gesorgt, dass in den letzten Jahren wesentlich höhere Investitionen im A-Netz in Kärnten getätigt werden. Wenn ich an den Vollausbau Pack denke, wenn ich eben an die A10 denke, wenn ich an die Raststätte Wörthersee denke, wenn ich an die Sanierung

Dörfler

Klagenfurt – Pörschach denke, zum Beispiel der LKW-Kontrollplatz in Hainburg, dann ist das auch ein Zeichen, dass wir es einfach verstehen, Geld nach Kärnten zu holen. Und ich glaube, das erste Babydorf Europas, das nun auch eine Kinderspieleinrichtung für die heimische Bevölkerung, aber auch für den Tourismus an dieser oder auf dieser Einhausung hat – es wird übrigens auch beweidet werden können von den Tieren der Landwirte nebenan. Es ist einfach ein durchaus positiver Aspekt und ich denke, dass das einfach stimmig, wichtig und richtig ist.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Danke schön! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mit der Beantwortung der 8. Anfrage ist die Fragestunde zu Ende gegangen. Es verbleiben noch 9 Anfragen als unbeantwortet, die wir in der nächsten Landtagssitzung auf die Tagesordnung nehmen werden.

Ich frage den Herrn Abgeordneten Kaiser zur Anfrage 9, wie er sie beantwortet haben möchte? (*Abg. Mag. Dr. Kaiser: Mündlich, in der nächsten Sitzung!*) Ich frage den Herrn Abgeordneten

Vouk, wie er seine Anfrage beantwortet haben möchte? (*Abg. Vouk: Mündlich, nächste Sitzung, beim neuen Referenten?*) Beim neuen Referenten wird es ja nicht gehen. (*lachend:*) Wenn der alte noch hier ist, kann er das machen. Anfrage 11 des Abgeordneter Holub an Landesrat Dörfler? (*Abg. Holub: Mündlich!*) Mündlich! Anfrage 12 der Frau Abgeordneten Mag. Lesjak an Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger? (*Abg. Mag. Lesjak: Mündlich!*) Anfrage 13 des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Ing. Rohr? (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo : Mündlich, bitte!*) Anfrage 14 des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landesrat Ing. Rohr? (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Auch mündlich!*) Mündlich. Anfrage 15 des Abgeordneten Schwager an Landesrat Dörfler? (*Abg. Schwager: Mündlich an den Herrn Landesrat!*) Anfrage 16 der Abgeordneten Mag. Lesjak an Landeshauptmann Dr. Haider? (*Abg. Mag. Lesjak: Mündlich!*) Mündlich. Anfrage 17 des Abgeordneten Tauschitz an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger? (*Abg. Tauschitz: Schriftlich!*) Schriftlich. Ich werde entsprechend vorgehen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde.

Aktuelle Stunde

Es liegt ein entsprechender Antrag des SPÖ-Klubs vor. Nach dem Rotationsprinzip ist die SPÖ an der Reihe. Das Thema lautet: „Großprojekte in Kärnten – Seebühne, Stadionbau etc.“ Ich erteile dem Redner der Antragsteller als Erstem das Wort! Fünf Minuten!

Abgeordneter **Markut** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Regierungsmitglieder! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuhörertribüne! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! „Großprojekte in Kärnten“ – ein wahrhaft aktuelles Thema angesichts der letzten Tage der besonderen Entwicklung von einigen Großprojekten. Insgesamt gibt es in Kärnten viele dieser Projekte, die geeignet sind, einen Wirtschaftsaufschwung in Kärnten zu gewährleisten, Arbeitsplätze zu schaffen, zu sichern, Beschäftigung und Einkommen von

Kärntnerinnen und Kärntner zu erhöhen, nämlich die zentralen Ziele der Kärntner Sozialdemokraten für die nächsten, kommenden Jahre. Ob dies das Großprojekt um den Neubau des LKH Klagenfurt ist, mit einer Investitionssumme von insgesamt 356 Millionen Euro oder 5 Milliarden an guten alten österreichischen Schilling, für vier Jahre in diesen nächsten Jahren nahezu 2.000 Beschäftigte allein in diesem Bereich, wo hier auf alle Fälle eines gewährleistet ist: dass eine Neuausrichtung dieses Projektes die Gesundheitsversorgung der Kärntnerinnen und Kärntner sicherstellt, aber damit auch gewährleistet ist, dass die regionale Gesundheitsversorgung, die Spitäler in den Bezirken, auf lange Zeit abgesichert ist.

Ein weiteres großes Projekt, das auf uns in Kärnten zukommt, ist der Bau der Koralmbahn, eine wichtige verkehrsmäßige Infrastruktur in unserem Bundesland, zu dem es ein klares Bekenntnis der Kärntner Sozialdemokraten gibt, eine

Markut

wichtige Verbindung zwischen Kärnten und dem großen Zentralraum Graz mit seinem Autocuster, wo hier eine wirklich große Wirtschaftsbelebung österreichweit stattfindet, der Neubau des Bahnhofes Lavanttal, in der Mitte gelegen zwischen der wichtigen und historischen Verbindung zwischen Wien und Venedig, ein Investitionsvolumen, das in den nächsten Jahren mehr als 6.000 Arbeitsplätze sicherstellen wird und von 2008 bis 2015 einen wirtschaftlichen Aufschwung in einer Region Kärntens gewährleisten wird, die es ohnehin nicht leicht hat, hier zu bestehen.

Wir diskutieren schon seit einigen Tagen und Wochen über den Zukunftsfonds in Kärnten, mit einem Geld gespeist aus dem Börsengang der Hypo Alpen-Adria-Bank in Kärnten, die eindeutig hier auch die sozialdemokratische Handschrift trägt und wo wir in den letzten Tagen versucht haben, diesem Fonds eine deutliche Struktur zu geben, um Projekte (deren es in Hülle und Fülle in Kärnten gibt) auch entsprechend zuzuordnen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

So sollen aus unserer Sicht, geschätzte Damen und Herren, im Mittelpunkt dieser nächsten Jahre die Forschung und Entwicklung stehen. Es sollten 20 % im Gesamten dieses neuen Zukunftsfonds dafür eingesetzt werden. Investitionen für Technik und Infrastruktur ebenfalls in einer Größenordnung von 20 % und aus unserer Sicht eine sehr wesentliche Entscheidung und Investition in die Zukunft, nämlich für die regionale Entwicklung eine Größenordnung von 30 % der zur Verfügung stehenden Mittel sowie für Kärnten als wirklich zukunftsträchtiges Tourismusland, die ebenfalls eine deutliche Dotation erfahren soll, auch der Bereich des Sozialen, der Familien, der Bildung, der Kultur, auch aus diesem Fonds für zukunftsträgliche Projekte gespeist werden soll. Ziel ist es, auch hier Arbeit und Einkommen für die Kärntnerinnen und Kärntner zu sichern und vor allem nachhaltig Arbeitsplätze zu schaffen, die gewährleisten, dass die Kärntnerinnen und Kärntner in ihrer unmittelbaren Wohngegend, in der Heimat Kärntens, Arbeitsplätze finden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Dies sind die zentralen Ziele, geschätzte Damen und Herren! Deshalb reden wir heute von Großprojekten. Es gibt viele weitere Projekte im Zentralraum Kärntens, deren Dynamik, deren positive Dynamik geeignet ist, hier auf ganz

Kärnten eine Strahlkraft zu entwickeln, wie zum Beispiel die dringende Neuausrichtung rund um den Flughafen in Kärnten, der eine europäische Dimension erfahren muss, dass er vom regionalen Flughafen zu einem international anerkannten Flughafen wird, wie etwa der Bau des Konferenz- und Kongresszentrums hier in der Landeshauptstadt. Aber, wenn wir von der Landeshauptstadt sprechen, von deren Projekten, die in den letzten Jahren hier getätigt worden sind, die diskutiert sind, so begleitet uns heute bei dieser Aktuellen Stunde aber auch große Sorge, ob dies in Klagenfurt alles stattfinden kann. Denn wenn man die brisante aktuelle Entwicklung der Situation und die Diskussionen rund um die Seebühne am Wörther See oder rund um den Neubau des Stadions in Kärnten betrachtet, so ist hier berechtigte Sorge gegeben.

Ich möchte zur Seebühne eines sagen: Es rächt sich hier die Vorgehensweise der vorhergehenden Regierung, der FPÖ und der ÖVP, die letztlich alle Schritte mitgetragen hat und die sich heute nicht als der Oberkontrollor in diesem Zusammenhang aufspielen kann; es rächt sich hier das Ausgliedern und das Ausgrenzen der Sozialdemokraten, die zu Veranstaltungen im Zentralraum Kärntens *(Der Vorsitzende, das Glockenzeichen gebend: Ich bitte, zum Ende zu kommen!)* am Wörther See gestanden sind. Ich muss Ihnen hier eines sagen: Auch die Letztentwicklung rund um den Stadionneubau in Klagenfurt ist gewährleistet, zu sagen: Klagenfurt bringt es nicht zusammen, mit einem ÖVP-Bürgermeister mit FPÖ-Unterstützung. In keiner Bezirksstadt Kärntens würde so etwas passieren – aber dort tragen ja auch Sozialdemokraten die Verantwortung. *(Der Vorsitzende gibt nochmals das Glockenzeichen.)* Gutachten folgen Obergutachten. Die Vorgehensweise, Herr Präsident, ist dazu geeignet, dass man heute hier von dieser Stelle aus, und ich werde es im Laufe des Tages heute tun, in meiner Verantwortung als Wirtschaftssprecher und Finanzsprecher unserer Partei werde ich eine Sachverhaltsdarstellung der Staatsanwaltschaft Klagenfurt übermitteln, die auch die strafrechtlichen Tatbestände rund um die Vorgehensweise beim Stadionneubau in Klagenfurt begleiten soll. *(Abg. Lutschounig: Ist schon von der ÖVP gemacht worden! – Der Vorsitzende gibt nochmals das Glockenzeichen.)* Eine Schlagzeile soll es nicht geben in Kärnten: „Über Kärnten lacht die Sonne und über Kla-

Markut

genfurt ganz Europa“! (*Heiterkeit und Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Herr Abgeordneter, Sie haben zwei Minuten überzogen. Ich bitte, das nächste Mal zwei Minuten kürzer zu sein, damit wir wieder in der Summe zusammenkommen. – Als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Präsident Ing. Scheuch gemeldet. Ich bitte ihn, zu sprechen!

Dritter Präsident **Ing. Scheuch** (FPÖ):

Meine Sehr geehrten Damen und Herren! Hoch geschätzte Landesräte! Herr Präsident! Wenn man heute hier über das Thema „Großprojekte in Kärnten“ spricht, dann hat das Ganze nur einen einzigen Wermutstropfen: dass wir nur eine Aktuelle Stunde dazu Zeit hätten. So viele Großprojekte wie durch Landeshauptmann Dr. Jörg Haider und Finanzreferent Karl Pfeifenberger hier nach Kärnten gebracht worden sind, würden wahrscheinlich zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen. Nachdem Bürgermeister Kollege Mock hier zustimmend nickt, glaube ich, sollten wir dieses Thema auch noch vertiefen. Wir werden auch zukünftige Sitzungen (*in den einsetzenden Applaus sprechend:*) - ja, das ist einen Zwischenapplaus durchaus wert – dafür nützen, um wirklich auch klarzustellen, dass Kärnten auf der Überholspur ist, dass Kärnten wirklich ein Vorzeigebundesland geworden ist, unter dieser Führung!

Es freut uns auch, dass es eine große politische Zustimmung zu diesen Projekten gibt! Ich werde nur ein paar vorlesen, weil, wie gesagt, die Zeit wird drängen und letztendlich wird mir wahrscheinlich der Präsident nicht so großzügig gegenüber kommen und mich zwei Minuten länger sprechen lassen, sondern wird mich abdrehen. Somit sei ein kurzer Streifzug durch Großprojekte gegeben: ob das die B 100, ob das Katschbergtunnel, der Ausbau A 10 ist, ob das die letztendlich 1,2 Milliarden-Schilling-Investition in die Tauernbahn ist, die Schigebiete, Flughafen wurde heute hier schon genannt. Besondere Pikanterie am Rande: Ich würde die Journalisten bitten, das einmal nachzulesen! Vor nicht allzu

langer Zeit hat der jetzige Bundeschef der ÖVP mir als damaligen Bundesrat damals noch erklärt: „Der Flughafen in Klagenfurt wird zugesperrt! Laibach wird das Zentrum sein.“ Mitnichten! Der Einsatz von Karl Pfeifenberger hat dazu beigetragen, hier wirklich auch diesen Flughafen europaweit zu positionieren! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Aber es ist ja nichts Besonderes, dass die ÖVP beim Lichtlausblasen stärker ist als beim Lichtlanzünden. Bestes Beispiel: LKH-neu. Das wurde auch schon gesagt. Hier werden immerhin 365 Millionen Euro in eines der modernsten Krankenhäuser Europas investiert. (*2. LHStv. Dr. Ambrozy: In die Krankenanstalten!*) Natürlich! Hier hat er ja auch unsere Unterstützung und ein bisschen unsere Führung letztendlich auch gehabt. (*1. LHStv. Dr. Ambrozy: Sonst wäre es schon kaputt gewesen! – Heiterkeit von der ÖVP-Fraktion.*) Gemeinsam, mein lieber Freund, gemeinsam werden wir das schaffen. Ich habe auch eher davon gesprochen, dass wir Gegnerschaften auch hier gehabt haben. Das darf man dann auch nicht vergessen, bei den vielen Eröffnungsfeierlichkeiten! Das ist aber bei Gott noch nicht das Ende der Fahnenstange, weil wir sprechen über Sozialbauten, die wir jetzt um 35 Millionen Euro errichten werden. Auch hier gute Arbeit!

Wir sprechen über das Verwaltungszentrum. Wir sprechen über das Jahrhundertprojekt Lakeside-Park, im Endeffekt 3.000 Arbeitsplätze, wurde heute hier schon gesagt. Und wir sprechen über das Mega-Mega-Projekt, um in jugendlicher Sprache hier auch noch etwas zu sagen, die Koralmbahn, letztlich unglaubliche 160 Millionen Euro Wertschöpfung in einer Region! Da kann ich meinem Vorredner Markut Recht geben: Das brauchen wir, das braucht die Unterkärntner Region wie einen Bissen Brot!

Lassen Sie mich aber – weil zwar für mich nicht auf diesen Bereich gehörend – die zwei noch im Antrag genannten Großprojekte streifen, nämlich die Seebühne und das EM-Stadion. Zum EM-Stadion kann man sagen, als Oberkärntner schlagen da zwei Seelen in meiner Brust. Aber jetzt könnte ich es mir einfach machen, wie der eine oder andere Bürgermeister aus meinem Bezirk, und sagen: Ich bin da dagegen, dass in Kärnten europaweit Fußball gespielt wird. – Nein, das mache ich nicht! Ich sage: Wir werden beide Projekte in die Höhe heben können. Wir

Ing. Scheuch

werden sehr wohl das Stadion bauen können, und wir werden auch sehr wohl in den Regionen draußen Impulse über den Zukunftsfonds Kärntens installieren können. Die Seebühne ist auch ein ganz besonderer Fall, der hier noch angeführt wird, (*Zwischenruf*) als Zwischenruf schon, keine Frage! Man muss dazu schon sagen, dass zehn Jahre politisch dazu gequatscht worden ist. Niemand hat es umgesetzt! Es hat einen Landeshauptmann von Kärnten gebraucht, der letztendlich diese Seebühne installiert hat. (*Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluss zu kommen!*) Nicht böse sein: Wir werden bei diesem Thema letztendlich auch andere Verantwortungsbereiche mitkommunizieren. Es liegt hier auch ein Antrag vor, der letztendlich in der nächsten Kontrollausschusssitzungen von unserem Abgeordneten Ragger eingebracht werden wird, in dem auch einmal überprüft wird, was sozusagen der Herr Intendant Dietmar Pflegerl so verdient. Ich denke, das wird auch das eine oder andere ins richtige Licht rücken. Die Seebühne wird man nicht versenken können. Die Seebühne (*Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) hat nur einmal im Jahr eine Gefahr. (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!*) Ich bin schon beim letzten Satz, Herr Präsident. Es gibt nur einmal im Jahr eine Gefahr. Die wiederholt sich allerdings jedes Jahr: dass die Seebühne kentert. (*Abg. Lutschounig: Das ist der Empfang bei den Freiheitlichen!*) Das ist, wenn unsere politischen Mitbewerber mit Anhang letztendlich bei den Premieraufführungen dann die Seebühne stürmen und mit Freikarten in erster Reihe fußfrei sitzen, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion. – Abg. Lutschounig: Ja, das macht eure Partei!*)

Somit schließend, ein Danke an Dr. Jörg Haider und ein Danke an den scheidenden Finanzreferenten Karl Pfeifenberger, der wirklich, glaube ich, Großes für dieses Land geleistet hat! Und Kärnten wird es dir danken, Karli! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Tauschitz das Wort.*)

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Es fällt mir heute leichter als sonst, zu dem Aktuellen-Stunden-Thema Stellung zu nehmen, weil

meine beiden Vorredner mir einiges vorgelegt haben und ich gerne darauf Bezug nehmen werde. Wenn mein Vorredner, mein lieber Kollege Kurt Scheuch, gemeint hat: „Mega-Mega-Mega“ und von der Eröffnungen gesprochen hat im Zusammenhang mit den Großprojekten hier in Kärnten, dann hat er genau das angesprochen, was es bei Großprojekten in Kärnten gibt, nämlich Mega-Mega-Mega-Ankündigungen, Mega-Mega-Mega-Eröffnungen, aber leider sehr Mini-Mini-Mini-Umsetzungen.

Wenn mein Vorredner davon spricht, dass auch das LKH als Großprojekt zukunftsweisend dargestellt wird, dann bin ich auch hier durchaus bei ihm – aber ich möchte nur sagen: Reden wir da in zehn Jahren weiter! Denn wenn ich mir ansehen muss, wie andere Großprojekte in Kärnten über die Bühne laufen, wenn ich mir ansehen muss, wie teilweise ja fast dilettantisch hier an die Umsetzung herangegangen wird, dann fürchte ich mich auch um die anderen großen, teilweise auch wichtigen Großprojekte, die in Kärnten sind und um deren Umsetzung. (*3. Präs. Ing. Scheuch: Gott sei Dank hat nicht der Sablatnig das umgesetzt! – Lärm im Hause.*)

Die unendliche Geschichte zum Thema „Seebühne“, die ja vom primitiven Nudelbrett zu einer Geldvernichtungsbühne avanciert ist, ist ja auch eine Geschichte für sich. Da sind ja einige Dinge in den letzten Wochen zu Tage getreten, die einen erschauern lassen! Auch wenn man versucht, hier jetzt die Verantwortung abzuwälzen auf irgendwelche Geschäftsführer, die wiederum politisch gesteuert sind, dann sage ich: Das wird so nicht funktionieren, weil ich kann mich noch ganz genau erinnern, wo ranghohe Politiker unseres Landes überall gestanden sind, die Verantwortung dafür übernommen haben, wie toll die Seebühne ist, was die Seebühne alles liefern wird und wie gut die Seebühne und die Organisation funktionieren. Vor wenigen Tagen hat der Landeshauptmann die volle Verantwortung für die Seebühne übernommen. Zur vollen Verantwortung gehört nämlich auch die Tatsache, dass es Gutachten gibt, die der Seebühne ein vernichtendes, ich sage das vernichtendste Gutachten, was ich überhaupt gelesen habe, ausstellen. Wenn ich hier ein paar Kleinigkeiten herauslesen darf, dann steht da zum Beispiel drinnen, dass kein Kassabuch geführt wurde bei den beiden Hauptkassen, und teilweise befanden sich bis zu 70.000 Euro in der Kasse.

Tauschitz

Da steht drinnen, dass der Vertrag vom Herrn Zanella sehr mangelhaft sei, weil die Auflösungskriterien so gestaltet sind, dass eine Auflösung sehr schwer zu Stande kommen kann. Da sind Förderungen falsch verbucht worden, Steuern nicht abgeführt worden, et cetera, et cetera. Es ist Personal bezahlt worden, aber nicht mit 100,- Euro für irgendwelche Dienste, sondern mit bis zu 60.000,- Euro das überhaupt nie eine Leistung erbracht hat. Wenn so mit Großprojekten umgegangen wird in Kärnten, dann muss ich ganz ehrlich sagen, dann fürchte ich mich. Und, wenn wir gestern und heute die Zeitungen gelesen haben, dann haben wir sowieso das Horrorthema schlechthin, das Stadion (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ja!*) überall auf den Titelseiten. Und ich kann mich noch erinnern, vor wenigen Wochen gabs da so einen Streit mit Gutachten, Obergutachten. Da ist man draufgekommen, dass das Gutachten dass das Stadion vernichten sollte ja gar nicht korrekt ist und, dass doch eigentlich das Vergabeverfahren weiter geführt werden kann. Und jetzt hat man es offensichtlich nicht geschafft, auf legalem Weg das Stadion abzdrehen und plötzlich passiert - sowie gestern - so eine Sabotageaktion, wo meiner Meinung nach der Eindruck entsteht, dass es absolut bewusst passiert ist, hier einfach mit Gewalt versucht wird, das Stadion abzdrehen.

Was passiert draus, was resultiert daraus? (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ja, der Geschäftsführer von der WOCHEN ...*) Es hat der Herr Klubobmann Markut vorhin gemeint, über Kärnten lacht die Sonne, über Klagenfurt Europa. (*3. Präs. Ing. Scheuch: Über Scheucher!*) Denn es tut mir inzwischen im Herzen weh, wenn ich ständig von Kolleginnen und Kollegen und von Bekannten aus der Kulturszene in Wien, von Philharmonikern, von wem auch immer angesprochen wurde: „Achja, du bist ja jetzt da unten und mit der Seebühne, – mah, wie’s bei euch zugeht! Das tut mir einfach weh! (*Mehrere Zwischenrufe aus der FPÖ-Fraktion. – 3. Präs. Ing. Scheuch: Keine Ahnung! Gejammere!*) Ganz egal, ob das die Seebühne ist. Mit dem Stadion passiert dasselbe. (*Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluss zu kommen!*) Wir werden zum Gelächter, wir werden zum Gelächter – danke, Herr Präsident – der ganzen Nation, weil es offensichtlich Kärnten nicht zu Stande bringt, Großprojekte abzuwickeln. Und dieser Imageschaden ist nicht korrigierbar und dieser Imageschaden tut mir weh!

Und dieser Imageschaden wird – und das muss ich wieder einmal als jüngstes Mitglied dieses Hauses sagen - von der nächsten Generation ausgebadet werden! Denn ich frage mich, wenn in Kärnten ein Großprojekt (*Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) nach dem anderen baden geht, wer da noch (*Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend: Die Redezeit ist abgelaufen!*) in Kärnten investieren will. Ich sage, herzlichen Dank! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Holub das Wort.*)

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren auf der Tribüne! Immer wenn ich den Ausdruck „Großprojekte“ in Kärnten höre, kriege ich so ein leichtes Zucken im Aug`. Und ich weiß aber auch nicht warum. Mir kommt das irgendwie vor, wie zu Zeiten des Kaiser Nero: Brot und Spiele! Nur, dass in Kärnten leider Gottes das Brot langsam ausgeht und die Spiele übrig bleiben. Wenn der Kollege Scheuch meint, Kärnten ist auf der Überholspur. Naja, mir wäre es auch recht, nur leider Gottes sind wir drei Spuren weiter rechts. Wir sind auf dem Pannestreifen. Und das Hauptproblem bei den Großprojekten ist, dann man einfach mehr mit den Baufirmen redet als mit den Bürgerinnen und Bürgern. Man fährt bei vielen Großprojekten über die Menschen drüber und deswegen werde ich heute eine Petition einbringen, die da andenkt, Volksbefragungen zu organisieren bei Großprojekten, bei Projekten, die über 1 Milliarde Schilling drübergehen. Und dann kann man sich auch die Legitimation vom Bürger und von der Bürgerin holen. Und dann weiß man auch, wie die Stimmung ist. Bei vielen Großprojekten sind die Bürgerinnen und Bürger nicht informiert und sie sind auch dagegen. Ich traue mich zu sagen, dass in Kärnten mehr als 50 Prozent der Kärntnerinnen und Kärntner gegen das Fußballstadion sind.

Aber, schauen wir es uns einmal an, die Großprojekte einzeln. Die Idee der Seebühne ist ja keine schlechte, nur hat man von Anfang an eben verschiedene Sachen falsch gemacht. Man hat die Bühne von Haus aus samt dem Publikum auf den See gesetzt. Wenn man sich das in Brezgenz anschaut, dann gibt’s dort die Bühne die

Holub

den See miteinbezieht und nicht, wie in Klagenfurt, ein Guckkasten wo man eigentlich nur ein schwarzes Loch sieht und den See gar nicht mehr. Dann, in Bregenz sind die Zuschauer am Land und nicht auch auf See, (*3. Präs. Ing. Scheuch: Das ist eine Landbühne dann!*) was auch natürlich bei der Belastung von der Bühne, jetzt kann man wirklich nur Schauspieler und Sänger nehmen, die weniger als 50 Kilo haben. Das muss man auch bedenken. Wenn sich einer einmal überlegt hätte, wie stark ein Quadratmeter auf der Seebühne belastet werden kann, dann könnte man auch den Spielplan danach richten.

Weiters. Bei der Seebühne, wenn man nicht wirklich ein, zwei Jahre vorher die Planung angeht mit einem Gremium, dass das künstlerisch betreut, dann kann man den Tourismus nicht informieren. Ich selber habe im Stadtsenat erlebt, wie die Touristiker gekommen sind händeringend und haben gesagt: „Bitte, sagts mir endlich, was auf dieser Bühne gespielt wird!“ Das wissen wir selber nicht und deswegen wollen wir wahrscheinlich auch einen Untersuchungsausschuss. Ich hoffe, dass wir uns heute darauf einigen werden, in welcher Form auch immer. Weil ich muss keine besondere Farbe drauf haben, aber ich hätte gerne, dass alles am Tisch liegt, wie auch der Kollege das seinerzeit im Radio gesagt hat.

Dann zum Fußballstadion. Keine schlechte Idee. Grundsätzlich hat Klagenfurt als Erster aufgezeigt, sowie ein Schüler der sich vordrängt, aber dann nichts weiß. Ich habe den Eindruck, als wenn man von Anfang an kein richtiges Vergabeverfahren geplant hätte, weil sonst hätte man es wirklich nicht so verpfuschen können. Wenn man sich die ganzen Gutachten über die Vergabe anschaut: Soviel Fehler auf einem Haufen! Da gehört wirklich schon was dazu oder was weg am Hirn, dass man solche Fehler macht. Wie kann man denn bitte, wie kann man denn bitte Angebote nicht abheften oder die Kuverts weg-schmeißen? Oder, wie kann man bitte keine Gewichtung hinein tun, keinen Masterplan und kein Drehbuch machen? Es sind so viele Fehler und so viele Mängel, dass ich mir nicht mehr vorstellen kann, dass Klagenfurt das in die Reihe bringt. Und auf der anderen Seite glaube ich auch nicht, dass wirklich die Politik noch diesem Stadion den Rückhalt gegeben hat, sondern eher einen Hinterhalt gelegt hat in letzter Zeit, weil diese Intrige kommt aus der Politik. Und, ja,

schaun wir, was da passieren wird. Da hätte ich auch gerne die Möglichkeit, dass da wirklich alles am Tisch kommt, weil die Verantwortlichen gehören dafür wirklich zur Verantwortung gezogen. Die handeln nicht im Sinne Kärntens und dafür sollen sie auch bestraft werden. (*Danke schön! – Beifall von Abg. Mag. Lesjak.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Cernic das Wort.*)

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein erfolgreiches Großprojekt, unter Führungszeichen, dümpelt im Moment vor dem Metnitzstrand herum und es verstellt den Spaziergängern die Winteraussicht auf den Wörthersee. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo lacht laut auf.*) Die Fetzen der Momix-Plakate hängen noch an der Bühne herunter. Niemand hat sie heuer ins Winterquartier gebracht. Denn eigentlich war am 30.9.2004 mit einem Batzen-Minus am Konto der Gesellschaft alles vorbei. (*3. Präs. Ing. Scheuch: Sowie beim Pflegerl ...*) Zusammenfassend handelt es sich bei diesem Projekt um ein mehrjähriges Totalversagen der politisch Verantwortlichen in künstlerischer und vor allem aber in ökonomischer Hinsicht. Da hat es zum Einen die völlig falsche Erwartungshaltung gegeben, dass man einen Betrieb dieser Art kostendeckend führen kann. Das ist auch bei anderen seit Jahren gut etablierten Seefestspielen in Österreich nicht möglich.

Dazu ist noch gekommen, dass die handelnden Personen eine Laienspielgruppe waren. Es rächt sich, wenn ein Kulturreferent im Alleingang einen Coreographen mit der künstlerischen Leitung der Seebühne betraut und ihm dann einen Juristen als kaufmännischen Geschäftsführer zur Seite stellt. Der Kulturreferent selbst hat im November 2003 vor laufender Kamera im Hotel „De France“ in Wien den in ein blaues Mäppchen gehüllten Vorvertrag mit Herrn Zanella unterschrieben. Und er ist damit für diesen Vertrag wirklich voll verantwortlich, ebenso wie für die Auflösung des Vertrages, ebenso wie für die höchst geheimnisvolle Abschlagszahlung. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Zwischenruf von 3. Präs. Ing. Scheuch.*) Es ergibt sich allerdings die Frage, ob es den Kärntnerinnen und Kärntnern nicht lieber wäre, dass der Herr Kulturreferent

Mag. Cernic

statt der vollen Verantwortung die Hälfte der Kosten übernimmt. Denn, dass die Bevölkerung letztendlich auch noch die Luxusmiete des Herrn Zanella zahlen muss, das ist wirklich gegen alle guten Sitten. Und dann die Cine-Culture-Carinthia-Gesellschaft. (3. Präs. Ing. Scheuch: *Wer ist denn dort Geschäftsführer!*) In der vergangenen Legislaturperiode war das Gründen solcher Gesellschaften ein Lieblingssport der Verantwortlichen. Bei einer solchen Gesellschaft, die zu hundert Prozent im Eigentum des Landes ist, gibt es nur einen Gesellschafter. Das bedeutet, dass die Generalversammlung nur aus einem einzigen Eigentümervertreter, dem Herrn Pfeifenberger und dem weisungsgebundenen Geschäftsführer besteht. Und es gab keine Kontrolle, denn laut Gesetz ist ein Aufsichtsrat zwar möglich, aber nicht zwingend vorgeschrieben. Und natürlich ist man gar nicht auf die absurde Idee gekommen, sich einer Kontrolle überhaupt zu unterwerfen. Aufsichtsrat und Wirtschaftsprüfung sind auf Forderung der SPÖ, erst im November 2004 beschlossen worden. Da aber war die Misere bekanntlich schon perfekt. (3. Präs. Ing. Scheuch: *Der Herr Sapetschnig ...*) Die SPÖ war es übrigens auch, und darauf möchte ich sehr vehement verweisen, die seit Beginn dieser Legislaturperiode vehement auf einer Durchforstung des Gesellschaftsdschungels im Land Kärnten gepocht hat.

Es läuft auch jetzt weiter recht zäh, denn um – nachdem mit 25.1. die von den Wirtschaftsprüfern geprüfte Zwischenbilanz der Gesellschaft vorliegt - überhaupt zu einer Aufsichtsratssitzung zu kommen - mussten mein Kollege Peter Kaiser und ich, die Vorsitzende des Aufsichtsrates, Frau Napetschnig, schriftlich auffordern, diesen Aufsichtsrat überhaupt einzuberufen. Und, es ist gar keine Frage, dass es seltsam ist, wenn der Eigentümervertreter seit 25.1. auf diesen Unterlagen sitzt und sie nicht an das Kontrollorgan weiter gegeben werden. Insgesamt glaube ich, dass es unendlich wichtig ist, dass wir alle gemeinsam schauen, was da in der Vergangenheit so fehl gelaufen ist, denn sonst hat das Großprojekt „Seebühne“ überhaupt keine Chancen mehr, jemals in Fahrt zu kommen. Wenn man nicht schaut, welche Fehler in der Vergangenheit gemacht worden sind, dann läuft man Gefahr, diese Fehler in nächster Zeit wieder zu machen. Wenn wir im Prinzip davon ausgehen, dass es 2006 einen einigermäßen unbelaste-

ten Neubeginn geben soll - denn was anderes wird uns nicht übrig bleiben, weil abbauen werden wir das Gerüst schwer können - dann glaube ich, dass eine restlose Aufklärung der Vorgänge der vergangenen einviertel Jahre unbedingt notwendig ist. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt LR Dörfler das Wort.*)

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Ja, geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Ich habe da eine interessante Liste der Wirtschaftskammer Kärnten vom 7.12.2000, das ja vielleicht ein bisschen Großprojekte ausleuchtet. Und es ist erstaunlich was das Papier dann ergibt. Es ist auf Seite 1 auf dieser Liste wichtiger Kärntner Bauprojekte der Tiefbau angeführt. Und da steht, zum Beispiel, Kärntner Straßen; - Vollausbau Pack. Wie Sie wissen, 2004 abgeschlossen; jahrelang diskutiert vorher, - nichts passiert! Zweite Röhre Gräberntunnel – schon Geschichte; seit 2004 in Betrieb. Vollausbau A10 – Bereich Katschberg, Spatenstich erfolgt, Vergabe an die Baufirma erfolgt; Baubeginn in den nächsten Wochen inklusive Lärmschutz. Davon hat man seinerzeit noch nicht einmal geträumt. Ausbau der B100 – wie Sie wissen Umfahrung Steinfeld im Bau, UVP-Verfahren eingereicht für die Gemeinden Greifenburg, Berg Dellach. Anbindung Raum Bleiburg: Die sagenhafte Lippitzbachbrücke. Im Dezember dieses Jahres befahrbar. Baufinanzierung und rasche Realisierung des Semmering Basistunnels und der Koralmbahn, vertraglich gesichert.

Vielleicht noch eine Anmerkung, Herr Klubobmann Markut! Es ist erfreulich, dass du davon sprichst, dass die SPÖ dahinter steht. Ich muss aber schon festhalten, dass es immerhin ein Regierungsmitglied der SPÖ gibt, ein nicht unwesentliches in diesem Lande; die Frau Kollegin Schaunig hat gegen dieses Projekt gestimmt. (*Abg. Mag. Cernic: Nein, nein, nein! - Einwand von LR Mag. Dr. Schaunig-Kandut. – Mehrere Zwischenrufe im Hause. – Lärm und Unruhe im Hause.*) Das muss man, bitte, das muss man auch festhalten. Genauso wie ich auch festhalte, dass auch der Kollege Martinz dagegen gestimmt hat. (*Es finden weitere Zwischenrufe von Abgeordneten der SPÖ-Fraktion statt.*) Ja, Moment! Ich halte fest, dass zwei Mitglieder der Kärntner Landesregierung gegen diese Finanzie-

Dörfler

rung gestimmt haben und damit auch gegen ein Projekt, das über 40.000 Arbeitsplätze bringen wird. Ich habe letzte Woche oder vorletzte Woche das Projekt Gotthard-Tunnel besucht und das hat mich bestätigt. Ich bin froh, dass es eine Mehrheit in der Regierung für die Finanzierung dieses ... (*Es herrscht Unaufmerksamkeit und Lärm im Hause.*) Aber dann 2015 – weden zumindest auch die Frau Kollegin Schaunig und der Herr Landesrat Martinz sicher zur Eröffnung der Koralmbahn mitfahren. Da bin ich mir sicher. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Ausbau der Süd- und Tauernautobahn. Wir haben mit Peter Ambrozy den sanierten Tunnel im August wieder dem Verkehr übergeben und der zweigleisige Ausbau ist bereits zu 50 Prozent abgeschlossen. So beiläufig nur ein Volumen von 90 Millionen Euro. Und ich könnte diese Liste jetzt fortsetzen, zweigleisiger Ausbau, Maria Saal – Klagenfurt abgeschlossen, Neubau Bahnhof Klagenfurt, eine jahrelange Geschichte. Der Bau ist im Finale. Und jetzt kommts, zum Thema Hochbau. Da steht einiges über Klagenfurt. Bau des Kongresszentrums Klagenfurt. Wie lange redet man schon darüber? Wahrscheinlich hat man schon darüber geredet wie ich noch in den Windeln war. Klagenfurt Wörthersee-Stadion: 1959 gebaut, eine Ruine; mit oder ohne Europameisterschaft notwendig. Es gab ja bereits ein Sanierungsprojekt und ich muss auch festhalten, dass ich als seinerzeitiger Sportreferent bereits im Juni 2001 einen Regierungsbeschluss vorbereitet habe, der daran gescheitert ist, dass der Bürgermeister gesagt hat: Dem kann man derzeit nicht zustimmen. Er hat Personalvertretungswahlen und das ist halt ein Problem, wenn man das Stadtgartenamt verlegen muss. Für das jetzige Stadion müsste man es verlegen. Und, wenn man halt wie auf Seite 1 vielleicht auch den Straßenbaureferenten den Auftrag gegeben hätte, das Stadion zu bauen, dann wäre es eh schon fertig. Trainings- und Leistungszentrum Klagenfurt, steht auch am Papier. Nichts passiert!

Das heißt und da ist noch ein Projekt Alpines Leistungszentrum Innerkrams, nicht in Klagenfurt. Ist passiert, also scheinbar ist Klagenfurt wirklich so etwas wie ein unfruchtbarer Boden für Großprojekte. Das ist vielleicht der Grund, warum die Seebühne in der falschen Gemeinde steht. Wahrscheinlich wird sie bei dir in Velden besser funktionieren oder in Maria Wörth. Es ist

wohl etwas, dass auch das politische Umfeld nicht passt. (*Lärm in der FPÖ-Fraktion. – 3. Präs. Ing. Scheuch: Der Millstätter See gehört auch dazu!*) Oder zum Millstätter See. Transportieren wir es hinauf, dann funktioniert es vielleicht.

Ich will ja nichts schönreden. Ich glaube, man soll auch zu Fehlentwicklungen stehen. Wenn auch geplant ist, dass sich ein entsprechender Ausschuss damit zu beschäftigen haben wird, um die ganze Gesellschaftscausa Seebühne zu durchleuchten, ist das gut so. Aber ich glaube, man soll nicht immer Kindesweglegungen betreiben, denn speziell das Kassabuch der ÖVP unter einem Landeshauptmann Zernatto ist ein sensationelles. Wir erledigen die Großprojekte – damals gab es wenige oder keine. Und der Schuldenstand des Landes hat sich unter der Regierung Landeshauptmann Zernatto von 2 Milliarden Schilling auf 14 erhöht! Das nur ein bisserl zum Kassabuch der ÖVP, wenn sie das Land Kärnten regiert!

Herr Abgeordneter Holub, bei dir ist halt immer ein Riesenproblem: Wenn ein Großprojekt zustande kommt, dann bist du der Erste in der Protestiererei – und wenn einmal etwas danebengeht, dann bist du der Erste, der das bejammert. Also du willst eh nichts. Das ist halt das Dilemma: Zukunft gestalten. Oder von einem „Bruchwald“ bei der Universität zu reden, Frau Abgeordnete! Wissen Sie, was ein Bruchwald ist? Ich weiß es schon. Aber eine Bauparzelle als „Bruchwald“ zu bezeichnen und eine Trainingshalle, die so dringend notwendig ist für eine Universität, die einen Europaanspruch stellen will und ihn auch hat, das ist wohl sensationell! (*Vorsitzender: Herr Landesrat, bitte zum Schluss zu kommen!*) Beim Bruchwald, wenn Sie sich im Forst auskennen, der schaut ein bisserl anders aus als eine Baufläche neben der Universität, mit einigen Bäumen darauf. So kann man Zukunft auch nicht gestalten. Im Land Kärnten wachsen immerhin eine Million Festmeter Holz pro Jahr zu. Und dann reden Sie nicht von einem „Bruchwald“, der eine universitäre Entwicklung verhindern soll! (*Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Die Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte, zum Schluss zu kommen*) Also ich tät sagen: Großprojekte in Kärnten von der Wirtschaftskammer gewünscht, auf Seite 1 alles erledigt. Auf Seite 2, die Seite „Klagenfurt“, ein schwieriges Problem! Man muss sich fragen:

Dörfler

Wer lenkt die Stadt Klagenfurt? (Abg. Lobnig: Bravo! – Beifall von der FPÖ-Fraktion.)

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Lutschounig das Wort. – Abg. Lobnig: Robert, bist du wieder in deinem Element? – 3. Präs. Ing. Scheuch: Sage du zum Bruchwald etwas!)

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich werde zum Bruchwald nichts sagen, aber ich glaube, dass diese Themen, die wir heute anziehen, eher zum Bruchwald führen, der über Kärnten zur Zeit prägend ist. Denn wenn man meinen Kollegen, vor allem von der F zuhört, wie alles eitel Wonne in diesem Land ist, dass nur noch Milch und Honig fließen, (3. Präs. Ing. Scheuch: Ja!) dann muss ich fragen, wozu man eigentlich die großen Broschüren und die vielen PR-Ausgaben notwendig hat, dass man in den Zeitungen seitenweise schreibt, was alles in Kärnten gemacht worden ist. Wenn es so nachhaltig und so gut wäre, dann täte euch ja jeder Bürger in diesem Land sehen. (3. Präs. Ing. Scheuch: Tu Gutes und rede darüber! Tu Gutes und rede darüber!) Das ist offenbar nicht der Fall, aber ihr habt sicher einen guten Gag und einen guten Gang zur PR. Das muss man euch bescheinigen, das könnt ihr wirklich. Ihr könnt für ein Ei, das eine Henne legt, den ganzen Tag gackern, um den Eindruck zu erwecken, es werden den ganzen Tag Eier gelegt. Eier werden gelegt, aber in sehr negativem Sinne, meine sehr geschätzten Damen und Herren! (3. Präs. Ing. Scheuch: Und ihr jammert nur den ganzen Tag!) Wenn ich in besonderer Weise das Klagenfurter Stadion hernehme und diese unendliche Geschichte, die rund um das Stadion passiert, dann ist das an Peinlichkeit nicht mehr zu überbieten und nicht mehr zu übertreffen. (3. Präs. Ing. Scheuch: Grüße an den Bürgermeister Scheucher!) Man kann zum Stadion stehen, wie man will: ob es jetzt notwendig war oder ist – aber über eines müssen wir uns schon im Klaren sein. Wenn ein Projekt zustande kommt und wenn der Zug de facto fährt, dann soll man alles daran setzen, um diese Umsetzung herbeizuführen und nicht versuchen, den Zug zurückzuhalten! Das passiert in Klagenfurt. Ich glaube, diese peinliche Sache, die jetzt da mit einem Medium passiert ist, das muss ja strafrechtliche Konsequenzen haben. Ich

bin neugierig und hoffe, dass man hier einen entsprechend Schuldigen finden wird können.

Meine Damen und Herren, dass man natürlich auch seitens der Politik und seitens des Landeshauptmannes in das Verfahren mit eingegriffen hat, ist ja auch etwas, was typisch für Kärnten ist, was typisch auch für unseren Landeshauptmann ist, der ja immer versucht, in Verfahren – überall, wo er nur kann – irgendwo seinen Einfluss zu nehmen. Ich weiß ja nicht, was hinter der Tür oder unterm Tisch irgendwo gelaufen ist, das will ich ja niemandem unterstellen, aber es riecht jedenfalls ein bisschen danach, dass man einen Absprung von diesem Projekt gesucht hat, damit man dann gesagt hat, so ähnlich, wie es damals mit der EU war, wo er ja der erste Befürworter der EU war, wörtlich hat er zitiert: „Wenn wir nicht zur EU kommen, sind wir das Armenland Europas, ähnlich Albanien.“ Ich zitiere da ganz wörtlich von einer „Zeit im Bild“, wo er diese Aussage getätigt hat. Und dann war er der Erste, der sich umgedreht hat und alles madig gemacht hat, was in die Richtung EU gelaufen ist. So ist das auch bei uns in Kärnten.

Meine Damen und Herren! Großprojekte sind gut, Großprojekte sind wichtig, aber ich glaube, man soll ja nichts übertreiben. Aber viel wird bei diesen Dingen auch übertrieben, ob das jetzt die Koralmbahn ist, wo ich sage: Das ist in Wahrheit ein Flop, dass man aus Kärntner Sicht auch die finanziellen Mittel aufwenden (*Lärm im Hause. - 3. Präs. Ing. Scheuch: Ihr seid gegen die Koralmbahn? Arbeitsplatzvernichter!*) und nicht jene Aufgaben, die normalerweise der Bund hat, aus der Sicht des Landes übernimmt. Das ist für mich der Flop! (*Lärm im Hause. - Einwand von LR Dörfler.*) Nicht das, dass gebaut wird, lieber Herr Dörfler. Herr Landesrat, nicht dass das gebaut wird – und das war auch die Sorge unseres Landesrates Martinz und wahrscheinlich auch der Frau Landesrätin Schaunig-Kandut, dass sie gesagt hat: Ja, okay, das Projekt, aber nicht mit Kärntner Mitteln, sondern das ist Aufgabe des Bundes.“ Und das soll auch in der Zukunft Aufgabe des Bundes bleiben, meine Damen und Herren! (3. Präs. Ing. Scheuch: Sag es dem Schüssel! Sag es dem Grasser!) Und es wird trotzdem als großer Erfolg verkauft. Vom LKH-neu will ich überhaupt nichts sagen. Außer der Glanverlegung ist überhaupt nichts passiert. Dass es ein finanzielles Desaster in der Zukunft sein wird, das wird uns wahrscheinlich alle, die

Lutschounig

länger noch da herinnen sein werden, belasten. Vor allem den Steuerzahler in Kärnten wird es belasten. Denn das ist ein Projekt, ein Fass ohne Boden, wie man so schön in Kärnten sagt, meine Damen und Herren!

Eines ist natürlich auch klar. Wenn jetzt auf Grund der Regierungsumbildung man - Ing. Pfeifenberger zeigt insofern Charakter, dass er sagt: „Ich sehe mich nicht mehr aus. Die einzige Konsequenz ist, dass ich den Hut nehme und gehe.“ - das finde ich als das einzig Positive in der ganzen Legislaturperiode. Ich gratuliere zu diesem Schritt übrigens. Wenn jetzt der Herr Landeshauptmann meint, er wird in der Zukunft Finanzreferent, Wirtschaftsreferent und Tourismusreferent sein, dann, meine Damen und Herren, ist das eine gefährliche Drohung. Denn einer, der so ein Desaster wie bei der Seebühne angerichtet hat, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Schlechter als beim Zernatto werden wir sicher nicht werden!*) meine liegen Kolleginnen und Kollegen, dann hingeht und sagt: „Ich will die Generalvollmacht an mich reißen.“, ob das für das Land gut ist, weil er gerade bei der Seebühne auch gesagt hat, bei diesem Dilemma: „Ich kann mich nicht um alles kümmern.“ Und jetzt kriegt er noch ein aufgeblähtes Referat dazu. Und da wird er sich um alles kümmern? Na, danke schön Kärnten, wenn das wirklich stattfinden wird!

Meine Damen und Herren! Der Zukunftsfonds ist ja auch in aller Munde. Es ist gescheit, es ist gut, dass man einen Zukunftsfonds (*Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluss zu kommen!*) einrichtet, dass man auch für die Zukunft Geld zur Verfügung haben wird. Aber tatsächlich, wie der Rahmen es richtig sagt, für zukunftsweisende Projekte. Da darf es nicht sein, dass jetzt schon 200 Millionen (*3. Präs. Ing. Scheuch: Für was bist du dann eigentlich?!*), ganz genau 197 von diesen 500 Verwendung finden, dass man Budgetlöcher stopft. Meine Damen und Herren, das kann es nicht sein! Das ist kein Zukunftsfonds. Das ist nur etwas, was man schnell zur Seite hernimmt und dann auch ... (*Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Die Redezeit ist abgelaufen, Herr Abgeordneter!*) Ja, es sind fünf Minuten. Die anderen haben auch sieben Minuten geredet, Herr Präsident! Ich werde das nicht machen, aber einen Satz noch. (*3. Präs. Empört: He!! - Vorsitzender, erneut das Glockenzeichen gebend: Herr Abgeordneter, bitte zum Schluss zu*

kommen!) Ich glaube, dass es eine Stiftung sein soll, meine Damen und Herren, wo man von den Zinsen tatsächlich Zukunftsprojekte für Kärnten realisieren kann. Alles andere ist eine Augenauswischerei, alles andere ist eine Vergeudung von Steuergeldern, was wir eigentlich nicht brauchen, Herr Landeshauptmann. Ich hoffe, du hast das auch gehört! Danke schön! (*3. Präs. Ing. Scheuch: Setzen! Nicht genügend! Nicht genügend! Setzen! – Beifall von der ÖVP-Fraktion. – Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ein Schwarzer kann halt nicht von der Farbe reden! – 3. Präs. Ing. Scheuch: Gott sei Dank ist das Gemjammer vorbei!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich möchte erinnern, dass die Geschäftsordnung fünf Minuten Redezeit vorsieht und man im Eifer diese nicht vergessen sollte! Als Nächste hat sich Abgeordnete Mag. Lesjak gemeldet. Ich erteile ihr das Wort!

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Leider sind die Großprojekte in Kärnten, Seebühne und Stadion, kein Erfolg. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Die Grünen waren eh immer dagegen!*) Es ist zu hoffen, dass die zukünftigen Großprojekte erfolgreich sein werden oder nicht diese Ergebnisse zeitigen werden, wie die Seebühne das Stadion. Ich fürchte, dass das größte Zukunftsprojekt in Kärnten die Lukrierung der 500 Millionen Euro aus der Wandelschuldverschreibung sein wird. Dagegen ist die Seebühne ein Peanuts, ein Stellvertreterkrieg, hinter dessen Bühne womöglich das riskanteste Projekt abgewickelt wird, das Kärnten je gesehen hat.

Seebühne oder Hypoprojekt – interessant ist ja die Symptomatik der Finanzpolitik. Probleme werden ja offenbar so gelöst, dass dann hinterher Gelder umgewidmet werden, wie zum Beispiel die 1,6 Millionen Euro vom Bund bei der Seebühne, die ja nicht dazu verwendet werden, um das Projekt aufzubauen, sondern hintennach sozusagen dafür verwendet werden, um Verluste abzudecken. Oder es werden Gelder ausgegeben, im Fall der Hypo, die noch nicht einmal verdient

Mag. Lesjak

worden sind. Die Landesholding wickelt also die Begebung der Wandelschuldverschreibung ab. Daraus sollen diese 500 Millionen Euro lukriert werden. Nach einigen Jahren gibt es dann die Option des Rückkaufs oder der Umwandlung in die Aktien, man wird sehen, wenn alles gut geht. Das heißt, es wird jetzt Geld flüssig gemacht, von dem man ausgeht, dass es in der Zukunft – wenn die Zukunft wirklich sich sehr positiv entwickelt – hereinkommt. Das Land spekuliert also mit Landesvermögen. Es wird Landesvermögen so umgewandelt, dass es sich – so die Hoffnung – am Kapitalmarkt vermehren wird. Es wird damit eine Hypothek auf eine ungewisse Zukunft aufgenommen und ein Geld ausgegeben, dessen Gebrauch wir erst in der Zukunft verantworten müssen.

Das Problem ist aber, dass wir von Annahmen ausgehen, die heute ungewiss sind. Weder kann man wissen, wie sich Kapitalmärkte in Zukunft entwickeln werden, noch kann man wissen, wie viel die Hypo insgesamt heute wert ist. Wenn heute 33 % von der Hypo 500 Euro wert sind, dann ist die Hypo insgesamt 1,5 Milliarden Euro wert. (3. Präs. Ing. Scheuch: *Bankenrating!*) Wer kann mir diesen Wert heute garantieren? Wer stellt diesen Wert fest?! Den Wert eines Unternehmens kann man erst dann feststellen, wenn es an die Börse gegangen ist. Das ist eine reine, fiktive Annahme, die durch nichts zu belegen ist. (Abg. Lobnig: *Das ist nicht wahr! Das stimmt nicht!*)

Die Zukunftsprognosen sind da auch schwierig, weil wer kann heute seriös sagen, dass die Hypo wachsen wird und dass sich, so wie es gesagt wurde, der Wert verdoppeln wird. Also das halt ich für eine große Illusion. Die Zukunft ist ungewiss, und man kann mit einer ungewissen Zukunft nicht spekulieren.

Das nächste Problem ist: Was passiert mit den 500 Millionen Euro? Ein Teil davon soll in einen Zukunftsfonds fließen, der andere Teil wird für Projekte verwendet, die aus unserem Landesbudget heraus gefallen sind. Das heißt, es wird dazu verwendet, Löcher zu stopfen.

Der Zukunftsfonds ist aus meiner Sicht nicht nachhaltig. Er ist lediglich so eine Art Abwicklungsplattform, ein Verrechnungskreis, der aber nicht dazu geeignet ist, eine Nachhaltigkeit zu entwickeln. Nachhaltig ist eine Investition nur dann, wenn sie einen investiven Mehrwert er-

zeugt, das heißt, um das zu erreichen braucht man andere Formen wie zum Beispiel eine Stiftung, weil eine Stiftung garantiert, dass das Kapital erhalten bleibt. Das Vermögen bleibt da, es wird nicht verscherbelt.

Zweitens, mit den Erträgen von einer Stiftung kann man arbeiten und drittens, man hat die glückliche Situation keine Schulden mehr machen zu müssen. Aber was da passiert ist, ist eine Spekulation mit der Zukunft. Das Land spekuliert mit Landesvermögen, anstatt es verantwortungsvoll anzulegen. (3. Präs. Ing. Scheuch: *Wir geben es den Kärntnerinnen und Kärntnern!*) Was ist, wenn es der HYPO schlecht geht? (3. Präs. Ing. Scheuch: *Wir geben es den Menschen dieses Landes!*) Was ist, wenn sich das nicht so entwickelt wie das vorausgesagt wird? Was ist, wenn wir eine schlechte Wirtschaftsentwicklung haben? Wir haben ja auch jetzt nicht die beste. Wir haben jetzt eine Stagnation. (Es herrscht *Unaufmerksamkeit unter den Abgeordneten der FPÖ-Fraktion. – Unruhe im Hause.*) Was ist, wenn der Kapitalmarkt sich ungünstig verhält? Was ist, wenn die HYPO dann nicht soviel wert ist und wer garantiert dann, dass die Aktie einen Wert haben wird? Wir meinen, dass das Land keine Spekulationen zu machen hat, weil das Risiko zu groß ist und, weil es jetzt nicht möglich ist, die Verantwortung für eine ungewisse Zukunft zu übernehmen, für eine Eventualschuld, die heute nicht haftbar zu machen ist. Politiker, die sowas entscheiden, gehören persönlich dafür verantwortlich gemacht und sie sollten auch mit ihrem persönlichen Vermögen haften, weil dann fallen vielleicht die politischen Entscheidungen anders aus, wenn man mit dem eigenen Geld sozusagen das Gleiche macht wie mit dem Landesvermögen.

Es sollte also sichergestellt werden, dass das Landesvermögen im Sinne einer Nachhaltigkeit erhalten bleibt. Bei solchen Projekten fordern wir, dass eine Volksbefragung gemacht wird. (3. Präs. Ing. Scheuch: *Wir gebens ja auch dem Volk, Frau Abgeordnete! Das ist der Trick!*) Das Volk soll befragt werden, ob ihr Vermögen, - weil das Landesvermögen ist sozusagen das Volksvermögen – ob mit ihrem Vermögen am Kapitalmarkt spekuliert werden soll. Bürgerinnen und Bürger sollen entscheiden, was mit diesem Vermögen passieren soll. Und daher bringen wir heute auch eine Petition ein, mit dem Ziel, bei zukünftigen Großprojekten das Volk zu

Mag. Lesjak

befragen, ob das auch gewollt wird oder nicht. Dankeschön! (*Abg. Holub klopft auf sein Pult.*)
(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Köfer das Wort.*)

Abgeordneter **Köfer** (SPÖ):

Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Es sind nicht immer die Lautesten denen man zuhört. Ich habe zwei Reden. Die eine habe ich bis gestern Mittag vorbereitet. Die wird bei mir abgehängt unter jenen Reden, die nie gehalten worden sind. Das wäre diese Rede gewesen, über die ich mich verbreitert hätte, über Zahlen, Daten, Fakten, wie man ein Stadion – wenn es kommen sollte – günstiger bauen kann und trotzdem das Ziel nicht verfehlt. Und meine zweite habe ich hier auf einen Zettel geschmiert, die mir seit gestern Mittag sehr am Herzen liegt. Eine Wortmeldung, die seit gestern nicht nur bei mir, sondern – glaube ich – bei allen hier Anwesenden die Sprachlosigkeit ausgelöst hat. Wir waren gestern wie wir diese Mitteilung gehört haben, dass es einen Gipfel geben sollte in Wien, mehr als geschockt. Und ich glaube, dass seit gestern auch die Uhren in Kärnten etwas anders gehen. Geschockt deshalb, weil ein derartiges Maß an Unprofessionalität und Dilletantismus bei der Vorgangsweise der handelnden Personen nicht zu überbieten ist zum Einen. Es hat einen Stadiongipfel gegeben wo positive Signale verbreitet wurden und das Krisenmanagement mittlerweile vollkommen versagt hat.

Wir haben in Kärnten mittlerweile unser eigenes „Spielberg“. Und, wie soll das jemals in Kärnten noch ein Bürger verstehen, dass man als seriös handelnde Politiker von derartigen Vorkommnissen in den Medien lesen muss. Und ich finde es schade, dass wir diese Chance vertan haben, dass sich das Sportland Kärnten in das mediale Fenster der europäischen Presse präsentieren kann. Und ich finde es auch schade, dass wir uns anstatt mit der UEFA oder der FIFA in Hinkunft mit der Klagenfurter Staatsanwaltschaft beschäftigen müssen.

Herr Landeshauptmann, ich fordere die vollste Aufklärung für die politische Verantwortung in diesem Bereich, aber auch die wirtschaftlichen Konsequenzen! Und ich ersuche dich, über die gestrige ungeheuerliche Aussage des Klagenfurter Bürgermeisters eine Klarstellung vorzunehmen; – und ich zitiere ihn hier wörtlich: „ ...

dass der Landeshauptmann von Kärnten aus persönlichen Gründen das gesamte Projekt in die Luft sprengen will.“ Vielleicht ist es möglich, in den nächsten Stunden oder Tagen dazu Stellung zu beziehen. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt LH Dr. Haider das Wort.*)

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe jetzt mit großer Genugtuung die Beiträge zum Thema der Großprojekte in Kärnten mitverfolgt, weil eine Bruchlinie in der bisherigen Argumentation bei vielen feststellbar ist. Bisher war es immer so, dass man gesagt hat: Das Land Kärnten hat kein Geld! Das Land Kärnten ist pleite! Und jetzt auf einmal hat man Angst, dass Kärnten zuviel Geld hat, weil wir das wahr gemacht haben, was ich in meiner Antrittsrede nach der Neuwahl gesagt habe: Wir werden eine Anleihe vergeben und damit 500 Millionen Euro zusätzlich für einen Zukunftsfonds zur Verfügung haben, der nicht ins Budget geht sondern in zwei Raten gespeist wird. 350 Millionen aus der Anleihe jetzt und in drei Jahren beim Börsengang der HYPO noch einmal etwa 200 bis 250 Millionen. Das hat die Landesregierung am vergangenen Dienstag beschlossen, mehrheitlich mit Stimmen der Freiheitlichen und der Sozialdemokratie gegen die Stimmen der Österreichischen Volkspartei, die hier nicht teilhaben will an den Zukunftsprojekten. Und damit ist klar, wie es in der Zukunft sein wird. Es wird zwei Parteien geben die sagen: Es darf sich nichts bewegen. Das ist Schwarz und Grün. Und es wird zwei Parteien geben die sagen: Wir bereiten die Zukunft Kärntens vor, und ich finde ... (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) das ist in Ordnung.

Und ich freue mich auch, dass jetzt plötzlich Bedenken laut werden, dass vielleicht die HYPO gar nicht soviel wert sein kann wie sie ist. Meine Damen und Herren! Das ist einfach eine tolle Sache. Die Österreichische Nationalbank hat vor wenigen Tagen die Bewertung der Banken Österreichs veröffentlicht. Die HYPO-Bank ist in allen Kriterien die erfolgreichste Bank Österreich, die erfolgreichste Regionalbank im gesamten südeuropäischen Raum. Und es ist ein

Dr. Haider

Unternehmen, das uns zu 52 Prozent gehört und, weil sie erfolgreich ist, holen wir einen Teil dieses Erfolges für das Land Kärnten, für Arbeitsplätze, für wirtschaftliche Investitionen, die wir jetzt diskutieren herein und wir werden gemeinsam festzulegen haben, welche Projekte gemacht werden. Und das ist ja doch eigentlich etwas Schönes. Und ich fordere die Damen und Herren Abgeordneten auf, nicht ständig zu bremsen, zu jammern und zu verhindern, sondern nachzudenken, was sind denn die Projekte für die Zukunft. Ist es die Bildungspolitik, sind das Technologieentscheidungen oder ist das eine Frage eines Verwaltungszentrums oder neuer Schulen? Was immer. Darüber soll es einen Wettbewerb geben, nicht einen Wettbewerb der Bremser, der Verhinderer und der dummen Toren, die dann vor den Wähler hintreten und sagen: Leider, fünf Jahre ist wieder nichts weiter gegangen! Wir wollen hier etwas weiterbringen! Wir wollen (*Einsetzender Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) 10.000 neue Arbeitsplätze schaffen! Wir wollen Kärnten nach vorne bringen! Und, wenn Sie sich anschauen, dass wir ja nicht nur die Projekte die Sie hier diskutieren, vom LKH Neu – größtes Krankenhausprojekt Österreichs – mit 350 Millionen; auch das Stadion wird meines Erachtens durchführbar sein.

Die Stadt Klagenfurt soll sich nicht irritieren lassen, wenn irgendwelche Preise in einer Zeitung drinnen stehen. Das ist ja ohnedies ein Verhandlungsverfahren. Das heißt, bis zum Schluss wird dann entschieden werden, wer das beste Angebot hat. Das ist also nicht, meines Erachtens, das Problem. Und, wenn es gar nicht geht, dann sollens ein Sondergesetz machen und dieses Verfahren durchführen. Ich meine, das ist ja im Grunde genommen alles lösbar und daher solls da nicht Debatten geben, wie arm wir sind weil wir ein Stadion nicht bekommen, sondern wir sollen alles dran setzen, dass wir es bekommen. Und der Bürgermeister (*Einsetzender Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) hat also die Verantwortung für die Durchführung.

Wir haben das Verwaltungszentrum gebaut, wir haben das größte Eisenbahnprojekt Österreichs an Land gezogen. 4,2 Milliarden Euro Koralmbahn! Meine Damen und Herren! 45.000 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft in den nächsten Jahren, alleine in diesem Projekt. Und da finanzieren wir ein bisschen mit der Steiermark und wir gestalten damit unsere Zukunft. Und wir

machen jetzt rund um den Wörthersee sehr viel. Gestern haben wir mit der Androsch-Gruppe ein Riesenprojekt in Maria Wörth besprochen. Hier wird ein Gesundheitszentrum entstehen, nicht nur sozusagen ein Gesundheitszentrum im ehemaligen Areal des Hauses Astoria, wo die Mayer-Kur angeboten wird und ein neues Hotel mit einem Ganzjahresbetrieb entsteht, was schon gebaut wird, sondern es wird im Verbund mit der Linde, mit dem Hotel „Linde“, ein Therapiezentrum mit der Familie Reichel aus Klagenfurt gebaut werden. Es werden dort auch weitere Pläne realisiert werden für eine Tagesklinik, die dort angesiedelt werden soll. In Summe geht's um weitere 200 Dauerarbeitsplätze in einem touristisch wunderbaren Gebiet und das haben wir gestern mit den Investoren besprochen. Und es wird hier den Startschuss geben.

Daneben Schloss Reifnitz; wird demnächst präsentiert werden, dass es hier eine, auch international interessante neue Investition geben wird. Ja, über die Dinge sollte sich der Landtag auseinandersetzen, nicht darum, ob (*Einsetzender Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) die HYPO vielleicht in zwei Jahren noch soviel wert ist wie heute. Das sind einfach die Unterschiede ... (*Vorsitzender: Herr Landeshauptmann, ich bitte, zum Schluss zu kommen!*) das sind die Unterschiede in der Politik. Wir wollen im Grunde genommen den Blick nach vorne richten. Wir wollen für dieses Land positive Leistungen setzen. Dazu braucht man Geld. Das haben wir beschafft. Und das ist zum Unterschied von anderen Bundesländern, die Möglichkeit, dieses Geld einzusetzen. Denn es war schon recht interessant, das auf Grund dieser Debatte, die wir heute führen über den Zukunftsfonds und auf Grund des Jammerns von ÖVP und Grüne, auch der ORF Wien heute schon da ist, um zu fragen: „Ja können denn die Sozialdemokraten und die Freiheitlichen bei diesem überschuldeten Land überhaupt noch etwas in der Zukunft finanzieren?“ Ja, diese Frage müßtens an die Steiermark richten. Diese Frage müßtens an den Niederösterreichischen Landeshauptmann richten, der mit den Erträgen der Wohnbauförderung Aktienspekulation gemacht hat und Millionenverluste gebaut hat. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion. – Der Vorsitzende das Glockenzeichen gebend. Herr Landeshauptmann, bitte zum Schluss zu kommen!*) Diese schwarze Kommandozentrale des ORF in Wien ist angetreten, um die Zukunftsinvestitio-

Dr. Haider

nen in Kärnten von Anbeginn an schlecht zu machen und wir werden uns das nicht gefallen lassen. (*Heftiger Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Ing. Hueter das Wort.*)

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren! Darf ich einmal zuerst ein bisschen Luft holen. Es ist ja wieder genau das gleiche Szenario, - schade, dass der Herr Landeshauptmann hinausgeht – eingetreten, wie es eigentlich immer wieder geht. Schuld haben immer wieder die bösen anderen. Irgendwer, am besten weit weg in Wien, Brüssel oder sonst wo, tragen die Verantwortung. Die bösen Schwarzen, haben wir gehört, und die anderen Bundesländer werden da zitiert. Bei uns ist alles eitel Wonne. Und das ist das, was mir ehrlich gesagt nicht ganz passt. Ich glaube, keiner hier im Hohen Landtag ist gegen Arbeitsplätze, keiner ist gegen irgendwelche Dinge, die irgendwo in Kärnten stattfinden. Ja, nona net! Nur die Art und Weise, wie das bei uns in Kärnten läuft, zeigt einfach, dass hier entweder Dilettanten am Werk sind oder Leute, die mit Geld sehr wenig umzugehen wissen. Denn ich glaube, und da werden mir meine Bürgermeisterkollegen beipflichten, wenn wir so in den Gemeinden agieren würden, dann (*LR Dörfler: Arche Noah!*) ... die Arche Noah ist tadellos drüber, Herr Landesrat – dann täten wir ganz schön ausschauen. (*Mehrere Einwände aus der FPÖ-Fraktion. – Lärm und Unruhe im Hause.*) Und das ist das, was ich eigentlich heute wirklich einmal bekritteln will. Die Art und Weise und nur die Art und Weise ist es, die mir ein bisschen zu denken gibt.

Übers Drautal reden wir dann ein bisschen später. Du kommst, Herr Dörfler, noch dran. Das werden wir bei der nächsten Sache dann machen. (*Zwischenruf von 1. LH-Stv. Ing. Pfeifenberger.*) Ja, der Herr Pfeifenberger sagt auch „Draugesund“. Das sind Stichwörter, über die könnte ich eine Stunde reden. Will ich aber heute nicht, weil ich nur fünf Minuten Zeit habe. (*3. Präs. Ing. Scheuch und Abg. Dipl.-Ing. Gallo lachen laut dazu. - 3. Präs. Ing. Scheuch: Maximal fünf Minuten Ferdi!*) Aber ich werde auch dementsprechend versuchen, ein paar Dinge ans Licht zu bringen.

Die angesprochenen Großprojekte, Koralmbahn ist da erwähnt worden; auf der Flattnitz sollte da irgendwo ein Megaprojekt wieder stattfinden, über die Seebühne ist geredet worden, über das Stadion oder das LKH Neu. Ich glaube, da sind einfach ein paar Dinge aufgetreten, über die man wirklich im Detail reden müsste. Wenn man zum Beispiel bei der Koralmbahn im Vorfeld sagt: Super, das wird alles mit Bundesmitteln finanziert. Klass, es werden sogar zwei Spatenstichfeiern gemacht, weil' s so schön ist, auch in Ordnung. Es werden tausend Spaten verschenkt, auch in Ordnung. Und dann auf einmal, hinternach kommt man drauf, dass das Land Kärnten zu diesem Superklass 140 Millionen Euro, so quasi, tragen wir dazu bei, weil wir haben ja soviel. Da wird einfach mit versteckten Karten gespielt und ich meine auch falsch argumentiert. Wenn das von allen Anfang an so aufgezogen wird, wenn es hier im Landtag eine Mehrheit findet, ist in Ordnung. Aber, bitte, man muss wirklich mit offenen Karten spielen!

Das Gleiche findet auch bei der Seebühne statt. Und ich hoffe, dass heute dieser Untersuchungsausschuss bitte auch eine breite Mehrheit findet, weil das sollte wirklich lückenlosest aufgeklärt werden, wer, wann, wo, für was schuld ist. Weil, ich glaube einfach, das ist ja gestern im Kulturteil – wie heißt das – sehr treffend formuliert worden. Da gibt's nicht nur einen Zanella in Klagenfurt, sondern es gibt auch andere Zanellas – unter Anführungszeichen – die da herum laufen. Keiner weiß für was, keiner weiß, was er kriegt, wofür er zuständig ist, und, und, und. Und dann wird dauernd auf den Herrn (*3. Präs. Ing. Scheuch: Den Pflegerl zum Beispiel!*) – das wollte ich gerade sagen – dann wird dauernd auf den Pflegerl hingeschmissen. Das ist ja fast schon in meinen Augen menschenverachtend, (*Es kommt zu Heiterkeit und Gelächter in der FPÖ-Fraktion. – Abg. Dr. Strutz: Das ist ein Witz!*) Ja, selbstverständlich, wo heute ein Mensch, ein Intendant so quasi hingestellt wird, dann bleibt uns wirklich nur mehr der Pflegerl über. (*3. Präs. Ing. Scheuch: Der Zanella nicht, oder? Das ist kein Mensch, oder!?*) Bittschön, rede nicht vom Zanella. Es hat ihn bittschön niemand außer euer Haider, wie heißt das, hergebracht. Den hat ja sonst keiner gefragt, bitte! Weißt du das nicht, ha? (*Es erfolgen mehrere gleichzeitige Einwände aus der FPÖ-Fraktion. – Lärm und Unruhe im Hause. – Abg. Dr. Strutz:*

Ing. Hueter

Der Scheucher hat sich abfotografieren lassen. Sein Zanella wars!)

Da scheint sehr viel Unklarheit zu sein, deswegen hoffe ich ja auch, dass dieser Untersuchungsausschuss heute stattfindet. Deswegen werden wir auch diesen Untersuchungsausschuss absolut unterstützen!

Ich glaube, es ist über das Wort „Zukunftsfonds“ sehr viel gesprochen worden. Ich glaube, da macht die Stadt Villach einen sehr, sehr guten Vorschlag mit einer - wie heißt das? - Stiftung und nicht mit einem Zukunftsfonds, wo ich alles einmal herausnehme, und dann ist es weg. Ich glaube wir sollten nachhaltiger, ein bisserl langfristiger anfangen zu denken und schauen, dass wir auch mit den Zinsen, bitte, hier zusätzliches Kapital bringen, aber es soll der Kapitalstock, bitte, erhalten bleiben. So ist es das gleiche wie bei mir in der Landwirtschaft: Wenn ich einmal etwas verkaufe, ist es weg. Das kommt nie mehr wieder. Und das, glaube ich, ist meiner Meinung nicht nachhaltig. Das wird aber in dem Fall nicht getan. Wir sollten wirklich an die Zukunft denken! Deswegen mache ich mir da schon Sorgen über die, die noch in dieser Regierung sind bzw. nach uns kommen. Die werden einmal die Zeche für diese Megaprojekte zahlen müssen, die eben in meinen Augen nicht angegangen worden sind.

Zu den Themen im Bezirk Spittal habe ich dann noch beim Punkt 6, glaube ich, die Möglichkeit, über all die Dinge zu reden, die eben auch anlässlich eines Spittal-Gipfels, damals bei der Gabor-Pleite, passiert sind. Da wird man ganz klar fragen, was von diesen Dingen eingehalten wurde. Ich kann nur sagen: *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!)* Ich hoffe, dass in Zukunft diese Megaprojekte etwas anständiger bzw. etwas professioneller angegangen werden! Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt 2. LHStv. Dr. Ambrozy das Wort.)

Zweiter Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ambrozy** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Debatte ist äußerst spannend, einfach deshalb, weil zwei Ansätze gewählt werden: Zum einen das, was positiv geschehen ist, das ist gut so, denn ich denke, dass der Landtag auch die Auf-

gabe hat, der Kärntner Bevölkerung jenen Optimismus zu vermitteln, der die Zukunftsentwicklung des Landes betrifft. Der Zweite ist der, dass man eigentlich bei dem, was schlecht gelaufen ist, nach Möglichkeit so drüberredet.

Ich möchte beim Zweiten ganz kurz beginnen. Die Seebühne ist ein Desaster besonderer Art, das wir nur beseitigen können, indem wir transparent auf den Tisch legen, was geschehen ist, um gemeinsam einen Neubeginn zu machen. Das ist für mich der entscheidende Punkt! *(Beifall von der SPÖ- und der ÖVP-Fraktion)* Ich muss ganz ehrlich sagen: Da wird sich niemand aus der Verantwortung schleichen können! Denn ihr in der ÖVP habt ermöglicht, dass diese dilettantische Vorgangsweise bei der Errichtung der Seebühne überhaupt möglich war! Das kann man nicht weg diskutieren! Ihr habt ermöglicht, durch eine Kampagne, dass ein erfolgreiches Bespielen der Seebühne abgeblasen wurde und dann Konservenproduktionen auf der Seebühne letztlich zu dem geführt haben, wo wir heute sind! Hier könnt ihr euch nicht herausschleichen! Ich bin der Meinung, hier haben wir alle an einem Tisch zu sitzen und zu schauen, wie wir im Jahre 2006 ein Programm machen können, das dem Tourismus und vor allen Dingen auch dem Kulturimage des Landes Kärnten nützt und wir nicht immer in dieser Art und Weise in den Schlagzeilen sind. Das ist von mir aus Geschäftsführerverantwortung, aber auch politische Verantwortung. An dem führt kein Weg vorbei! Das sage ich hier mit aller Deutlichkeit! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Das Zweite, meine sehr geschätzten Damen und Herren, das Stadion: Ich will jetzt gar nicht reden, wer warum welche Gutachten in Auftrag gegeben hat, aber Bauherr dieses Stadions ist die Stadt Klagenfurt. Verantwortungslos oder ohne Verantwortung ist sie in dieser Frage nicht. Das heißt, die Abwicklung, wie es geschehen ist, ist ausschließlich in der Verantwortung der Stadt Klagenfurt gelegen. Dass es jetzt zu einem beispiellosen skandalösen Vorfall gekommen ist, mit der Veröffentlichung, das ist für mich nicht einmal mehr erklärlich. Weil, wenn die Erklärungen stimmen, dann ist ja jeder für das Stadion. Die Stadt Klagenfurt müsste eigentlich auf Knien danken, dass sie so billig zu einem neuen Stadion kommt. Der Schaden, der uns zugefügt wird, ist ja noch gar nicht abschätzbar! Ich glaube gar nicht mehr, dass er durch die Fußball-

Dr. Ambrozy

Europameisterschaft je wieder wettgemacht werden kann - aber vielleicht kann das neutralisiert wird.

Dass die Medien sich da aus der Verantwortung herausziehen können, glaube ich nicht! Ich habe jetzt mit einem Juristen gesprochen, der mir gesagt hat, auch die Veröffentlichung kann unter Umständen zu Schadenersatzforderungen führen. Daher wäre es ganz gut, wenn man weiß, wer das weitergegeben hat, damit auch ganz klar ist, wer die Verantwortung für das trägt, dass wir draufkommen, wer dahinter steckt. Das sage ich hier ganz deutlich! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Nun zu einem dritten Punkt, der mich wichtig ist, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Das sage ich jetzt ganz klar an die Adresse der FPÖ: Wenn man einen ... *(Abg. Dr. Strutz: Wir werden einen Untersuchungsausschuss einsetzen!)* Ja, ich bitte darum! *(Zwischenruf des 3. Präs. Ing. Scheuch)* Entschuldige, ich bin nicht so gut wie du, zumindest nach deiner Meinung. Wenn man irgendwo einen Unsinn macht, und der ist bei der Seebühne passiert, dann sollte man endlich aufhören, andere erfolgreiche Institutionen des Landes in den Dreck zu ziehen! Ich sage: Das Stadttheater Klagenfurt ist ein kulturelles Aushängeschild unseres Bundeslandes. Lassen Sie das Theater in Ruhe arbeiten, damit nicht dort etwas Ähnliches herauskommt wie auf der Seebühne! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Lärm im Hause.)*

Herr Präsident Scheuch, damit ich da die Ernsthaftigkeit unterstreiche: Ich sage das mit aller Deutlichkeit, und ich sage das ganz offen, auch mit den notwendigen Konsequenzen, die am Ende daraus zu ziehen sind. Denn wir werden uns nicht am Nasenring in Kärnten herumziehen lassen, wenn ihr von euren unmöglichen Aktionen von der Seebühne ablenken wollt und anderes in den Dreck gezogen wird! Das sage ich mit aller Deutlichkeit! *(3. Präs. Ing. Scheuch: Wir werden uns anschauen, was der Pflegerl macht!)* Ja, wir werden uns das sehr genau anschauen, weil wir das Gehalt des Herrn Pflegerl, unterschrieben vom Herr Landeshauptmann, nicht zur öffentlichen Diskussion machen werden. Weil wenn das so ist, wird auch der Herr Landeshauptmann die Verantwortung dafür übernehmen müssen. Ganz eindeutig und klar!

Und jetzt zum Letzten: Meine sehr geschätzten

Damen und Herren, ich halte es einfach für unerträglich, dass im Zuge einer Diskussion, wie wir die Zukunft unseres Landes *(Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluss zu kommen!)* auch finanziell bewältigen können, das erfolgreichste Unternehmen dieses Landes in den Dreck gezogen wird! Ich halte es für unverantwortlich, wenn wir eine Bank so behandeln. Ich bin am Beginn des Reformprozesses dabei gewesen, und damals hätten wir schon diskutieren können, weil eine Bank, die eine Entwicklung hat, die beispielgebend ist, jetzt von den Eigentümern selbst oder von einem kleinen Teil des Eigentümers öffentlich in den Dreck gezogen wird und wenn mit Begriffen wie „Spekulation“ und anderen böartigen Begriffen versucht wird, etwas madig zu machen, auf das wir eigentlich gemeinsam stolz sein sollten! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Die Dauer der Aktuellen Stunde hat sich um fünf Minuten verlängert, weil drei Regierungsglieder geredet haben. Ich kann daher noch dem Abgeordneten Gunzer das Wort erteilen. Bitte!

Abgeordneter **Gunzer** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Besucher! Ich habe mir heute diese Aktuelle Stunde angehört. Es ist tatsächlich so, dass man da zur Erkenntnis kommen muss, dass wir als gewählte Vertreter des Landes Kärnten die Aufgabe haben, dafür Sorge haben, dass wir für das Land Beschäftigung herbeiführen, dass wir die Leute beschäftigen können und dass vor allem die Betriebe dementsprechend auch Aufträge haben und bekommen können.

Da haben wir endlich Großprojekte, dann werden sie alle negativ geredet. Von „Flops“ wird gesprochen, von „Ankündigungspolitik“. Das kann nicht unsere Aufgabe sein! Es kann nur unsere Aufgabe sein, in die Zukunft zu schauen und dass Projekte realisiert werden.

Ich werde die Projekte nicht mehr wiederholen, sie sind heute schon angesprochen worden. Ich möchte aber auf zwei sehr wohl noch einmal eingehen, das ist untergegangen, nämlich auch die Offensive der Breitbandtechnologie. Das ist

Gunzer

ein ganz wichtiger Bereich, gerade auch zur Stärkung des ländlichen Raumes, dass jeder Unternehmer – egal, wo er angesiedelt ist – die Möglichkeit hat, den gleichen Datenzugang zu benützen wie ein Unternehmer in den Ballungszentren.

Ich möchte hier ganz gezielt auch sagen: Wir sind ein kleines Land, aber ein schönes Land und ein leistungsfähiges Land mit zirka 560.000 Einwohnern und 23.000 Unternehmungen. Von diesen 23.000 Unternehmungen sind in etwa 11.000 Kleinstbetriebe. Gerade die Unternehmer sind es, die die Steuern erwirtschaften, zahlen und abliefern und genauso auch die Sozialversicherungsbeiträge. Da ist es unsere Aufgabe, dass die Rahmenbedingungen dementsprechend auch gestaltet werden, damit das ermöglicht werden kann.

Ich nenne noch eine Zahl, und das ist mir wirklich untergegangen. Wir beschäftigen Menschen in diesem Lande, und die Menschen sind mir heute zu wenig vorgekommen! Ich sage Ihnen eines: Jeder hat ein Anrecht darauf, einen Job zu bekommen! Und wir müssen schauen, dass Arbeit geschaffen wird! Wir müssen schauen, dass die Betriebe die Aufträge haben! Nur so können wir unser kleines Land gemeinsam nach vorne bringen.

Wir haben die Zahlen, die stimmig sind. Die Kaufkraft ist gestiegen. Mittlerweile ist auf Grund der Investitionen der letzten Jahre im Lande Kärnten in die Großprojekte die Kaufkraft gestiegen. Wir sind mittlerweile im Mittelfeld von Österreich! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Die Arbeitslosenrate ist bei uns permanent gesunken. Wir haben mittlerweile die besten Werte gegenüber den anderen in Österreich. Aber ich sage auch dazu: Es ist jeder einzelne Arbeitslose einer zu viel! Deswegen verlange ich hier im Hohen Haus, dass die Ressourcen gebündelt werden, dass wir gewählte Mandatäre gemeinsam für unser Land kämpfen und es nicht ständig madig machen! (*Abg. Mitterer: Bravo! – Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Ich denke hier, dass wir noch viele Ansätze haben. Ein toller Ansatz ist vom Herrn Wirtschaftsreferenten umgesetzt worden: die Low cost carrier, die Billigflüge. Hier haben unsere Touristiker die Möglichkeit, dass sie Gäste nach Kärnten bekommen. Das wird auch dementspre-

chend angenommen. Dass wir mit diesem Weg richtig liegen, sehen wir auch daran, dass andere Bundesländer jetzt bereits dabei sind, auch dementsprechende Fluglinien aufzubauen.

Wir sollten auch in Zukunft weiterhin auf eine gerechte Vergabe schauen! Ich denke hier zum Beispiel beim LKH-neu, dass die Ausschreibungen so gestaltet werden – natürlich gesetzeskonform –, aber dass vor allem unsere Kärntner Betriebe die Chance haben, hier mit zu bieten und zu Aufträgen zu kommen, wie dies bereits auch passiert ist bei den Berufsschulkompetenzzentren, die in der letzten Zeit errichtet wurden, – und einige werden noch umgesetzt –, wo auch 95 % der Kärntner Betriebe Arbeit bekommen haben.

Zum Schluss zum Stadionbau: Es ist für mich wirklich eine Schande, dass solche Angebote weiter gegeben werden, denn jeder im Land weiß, dass diese Angebote unter Verschluss gehalten werden müssen und dann am Freitag geöffnet werden hätten sollen, vor einer Kommission, damit das gerecht zugeht. Ich verurteile diese Person oder diese Personen, die das weiter geleitet haben. Aber bitte, es liegt auch im Verantwortungsbereich des Mediums, die sofort – aus welchen Gründen immer? – das veröffentlicht haben. Hier sind auch die Schuldigen zu suchen, meiner Meinung nach! Hätten die das nämlich nicht gemacht, wäre es am Freitagmorgen zu einer offiziellen Vergabe bekommen, und wir bräuchten nicht so eine schlimme Diskussion über eine Vergabe führen.

Zum Schluss: Die Seebühne ist mehrmals angesprochen worden. Hier ist Aufklärung notwendig! Wir scheuen uns vor keiner Aufklärung. Ich gebe aber schon zu bedenken, weil Herr Kollege Markut das angesprochen hat: Es hat ja einen Geschäftsführer gegeben. Ihr wisst genau, welcher Fraktion der zugehörig ist. Wenn jemand (*Lärm im Hause*) ein Geschäftsführer einer Organisation ist, dann hat er auch die kaufmännische Verantwortung. Und auch diese kaufmännische Verantwortung wird dementsprechend zu hinterfragen sein!

Abschließend möchte ich mich recht herzlich bei unserem Karli bedanken, aber ich sage jetzt Landeshauptmann-Stellvertreter Wirtschaftsreferent Karl Pfeifenberger, damit es nicht an die falsche Adresse kommt, für seinen Einsatz in Kärnten! Er hat sehr viel umgesetzt, er hat sehr

Gunzer

viele Weichen gestellt. Da gilt es jetzt, dass wir diesen Erfolgskurs weiter fortführen, im Sinne unseres Landes Kärnten! Danke! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion und vom KO Abg. Markut)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist damit die Aktuelle Stunde beendet. Ich komme nun zur Erstellung der Tagesordnung und möchte mitteilen, dass seit Einlangen der Einladung noch zusätzliche Behandlungsgegenstände für heute beraten und beschlossen wurden.

Tagesordnung

Wir haben in der Obmännerkonferenz einvernehmlich gesagt, dass noch zwei Tagesordnungspunkte auf die Tagesordnung aufgenommen werden sollen. Ich beantrage deshalb als Tagesordnungspunkt 8, unter Ldtgs.Zl. 118-2/29, die Anfragebeantwortung von Zweitem Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy zur schriftlichen Anfrage von Abgeordneten der Grünen betreffend retardierte Morphine – gesundheitliche Gefährdung durch intravenösen Konsum aufzunehmen sowie als Tagesordnungspunkt 9, Ldtgs.Zl. 134-1/29, Anfragebeantwortung von Landesrat Ing. Rohr zur schriftlichen Anfrage von Abgeordneten der Grünen betreffend Vollzug Wasserrechtsgesetz. – Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen. Ich werde so vorgehen. *(Abg. Dr. Strutz: Zur Geschäftsordnung!)* Bitte schön, zur Geschäftsordnung!

ihre Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Rechtmäßigkeit ein.

Ich beantrage weiteres, die Zahl der Untersuchungsausschussmitglieder mit 13 festzusetzen. Deshalb mit 13, damit auch die Fraktion der Grünen in diesem Untersuchungsausschuss vertreten sind. Wir sind für eine lückenlose Aufklärung. Alle Fraktionen sollen daran mitwirken. Und ich glaube, dass dies hier auch jenen Vorwürfen in der Öffentlichkeit entgegen wirken kann, die im Zusammenhang mit der Seebühne erhoben worden sind.

Ich ersuche, über diese beiden Anträge abstimmen zu lassen.

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Grilc zur Geschäftsordnung das Wort.)

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Im Zusammenhang mit der Errichtung und dem Betrieb der Wörtherseebühne sind in der Öffentlichkeit Vorwürfe im Zusammenhang mit der finanziellen Gebarung erhoben worden. Um diese transparent und objektiv aufklären zu können, beantragen wir gemäß § 32, 64 der Kärntner Landtagsgeschäftsordnung die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe im Namen des ÖVP-Klubs und auch für die Grünen einen gleich oder fast gleichlautenden Antrag in der Obmännerkonferenz heute Morgen angekündigt. Das jetzt vorliegende scheint eine Flucht nach vorne zu sein.

Ich beantrage eine Sitzungsunterbrechung, damit wir uns mit dem Inhalt dieses Antrages auch auseinandersetzen können und vor allem, damit wir überprüfen können, ob er auch in allen Facetten jenen Intentionen entspricht, die wir mit unserem Antrag vorgehabt haben.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Kärntner Landtag setzt einen Untersuchungsausschuss zur Überprüfung des finanziellen Aufwandes des Landes Kärnten, aller im Zusammenhang mit der Errichtung und der Bespielung der Seebühne erfolgten Geldflüsse auf

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich unterbreche die Sitzung und berufe eine Obmän-

Dipl.-Ing. Freunschlag

nerkonferenz ein, um den Antrag zu prüfen und die unklaren Fragen oder die offenen Fragen klären zu können.

Ich unterbreche für 10 Minuten. Um dreiviertel Zwölf bitte, setzen wir die Sitzung fort.

(Unterbrechung der Sitzung um 11.32 Uhr.)

(Fortsetzung der Sitzung um 11.55 Uhr)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich setze die unterbrochene Sitzung fort. *(Abg. Mag. Grilc: Zur Geschäftsordnung!)* Zur Geschäftsordnung, bitte, hat sich Herr Klubobmann Mag. Grilc gemeldet. Bitte schön!

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe bereits vor der Sitzungsunterbrechung erklärt, dass wir einen eigenen Antrag einbringen wollten. Wir haben uns jetzt, nach internen Beratungen, dazu entschlossen, dem Antrag, wie er im Hause vorliegt, die Zustimmung zu geben. Wenn auch das Thema der politischen Verantwortung nicht expressis verbis in diesem Antrag drinnen steht, so wird unser Mitglied in diesem Ausschuss natürlich auch diesen Aspekt in besonderer Weise mit untersuchen.

Der Antrag, wie wir ihn vorbereitet haben, bleibt vorerst in unseren eigenen Reihen. Sollte die Arbeit im Ausschuss – was ich nicht hoffe! – nicht so verlaufen, wie erwartet, dann könnte dieser Antrag logischerweise auch zu einem späteren Zeitpunkt eingebracht werden.

Was ebenfalls bisher nicht ausgesprochen war, das ist die Frage des Vorsitzes. Das ist auch nicht unbedingt formaler Teil dieses Antrages – muss es auch nicht sein, das sehen wir ein -, wir erwarten nur politisch, dass der Ausschuss dann seinen Vorsitzenden aus den Reihen der Opposition nimmt. Aber, wie gesagt, im Interesse der Sache und unter Bedachtnahme darauf, dass es grundsätzlich diesen Untersuchungsausschuss geben soll und dass mit der Zahl 13 auch die Kollegen der Grünen mit drinnen sind, stimmen auch wir zu.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich danke! *(Abg. Dr. Strutz: Zur Geschäftsordnung!)* Zur Geschäftsordnung Herr Klubobmann Dr. Strutz!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Ich bedanke mich, dass die ÖVP dem Antrag der Freiheitlichen und der Sozialdemokraten zustimmt. Ich darf Klubobmann Grilc beruhigen: Die Freiheitliche Fraktion reflektiert nicht auf den Vorsitzenden.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich ersuche den Landtagsdirektor, den Antrag noch einmal zu verlesen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Der Antrag lautet wie folgt:

Antrag betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Kärntner Landtag setzt einen Untersuchungsausschuss zur Überprüfung des finanziellen Aufwandes des Landes Kärnten aller im Zusammenhang mit der Errichtung und der Beispielung der Seebühne erfolgten Geldflüsse auf ihre Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Rechtmäßigkeit ein.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Ich komme zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! – Ich sehe Einstimmigkeit. – Zweiter Punkt!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Die Zahl der Untersuchungsausschussmitglieder ist mit 13 festzusetzen.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich lasse auch über diesen Antrag, die Zahl 13, abstimmen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich müsste jetzt sofort zur Wahl der Mitglieder schreiten. Die Formalitäten werden vorbereitet. Ich habe hier Anträge des Freiheitlichen Klubs, in dem Landtagsabgeordneter Ing. Kurt Scheuch, Landtagsabgeordneter Josef Lobnig, Landtagsabgeordneter Dipl.-Ing. Gallo, Landtagsabgeordnete Wilma Warmuth, Landtagsabgeordneter Mag. Christian Ragger und Landtagsabgeordneter Christian Günther Willegger vorgeschlagen sind. Seitens der SPÖ werden vorgeschlagen: Klubobmann-Stellvertreter Dr. Kaiser, Abgeordnete Mag. Cernic, Abgeordneter Seiser, Abgeordnete Mag. Trannacher und Abgeordneter Vouk. Die ÖVP hat Abgeordneten Tauschitz nominiert und die Grünen, wie ich das eben bekommen habe, haben Abgeordneten Rolf Holub genannt.

Ich unterbreche kurz, bis die Wahlscheine eingetroffen sind - sie werden in einigen Minuten da sein -, dass der Wahlakt abgeführt werden kann. Wir werden dann, nach der Landtagssitzung, die Konstituierung des Untersuchungsausschusses vornehmen. Ich unterbreche kurz die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung um 12.00 Uhr)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

(Fortsetzung der Sitzung um 12.05 Uhr. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.) So, meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich setze die Sitzung fort. Es wurden die Wahlvorschläge für die Mitglieder dieses Untersuchungsausschusses eingereicht und vorgelegt. Es sind diese Persönlichkeiten nun zu wählen und ich bitte nach unserer Geschäftsordnung die Wahl der Mitglieder nach dem Verhältniswahlrecht durchzuführen. Sie erfolgt durch Ankreuzen der schriftlichen Wahlvorschläge, die von mehr als der Hälfte der Fraktionsmitglieder unterzeichnet sein müssen.

Ich ersuche nun die drei jüngsten Abgeordneten der Klubs zur Mithilfe bei der Wahl. Es sind dies für die FPÖ: Mag. Christian Ragger, für die SPÖ: Dr. Beate Prettnner und für die ÖVP: Stefan

Tauschitz. Sie werden als Stimmzähler für diesen Wahlakt fungieren. Ich ersuche die Stimmzähler, des Amtes zu walten und ersuche den Schriftführer, die Damen und Herren Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge, nach der Stärke der Fraktionen zur Stimmabgabe aufzurufen. Ich bitte um Verlesung der Namen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Erster Präsident Jörg Freunschlag *(Der Vorsitz wird inzwischen von 2. Präs. Ferlitsch übernommen.)*, Abgeordneter Dipl.-Ing. Johann Alois Gallo, Abgeordneter Bernhard Gritsch, Abgeordneter Albert Gunzer, Abgeordneter Ing. Helmut Haas, Abgeordnete Mag. Helga Knicek, Abgeordneter Josef Lobnig, Abgeordneter Peter Mitterer *(Den Vorsitz übernimmt wiederum 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag)*, Abgeordneter Mag. Christian Ragger, Dritter Präsident Ing. Kurt Scheuch, Abgeordneter Franz Schwager, Abgeordneter Dr. Martin Strutz, Abgeordneter Harald Trettenbrein, Abgeordnete Mag. Johanna Trodt-Limpl, Abgeordnete Wilma Warmuth, Abgeordneter Günter Willegger, Herr Abgeordneter Arbeiter, Frau Abgeordnete Nicole Cernic, Herr Zweiter Präsident Hans Ferlitsch, Herr Abgeordneter Mag. Dr. Peter Kaiser, Herr Abgeordneter Gerhard Köfer, Herr Abgeordneter Karl Markut, Herr Abgeordneter Gerhard Mock, Frau Abgeordnete Dr. Beate Prettnner, Herr Abgeordneter Hans-Peter Schlagholz, Herr Abgeordneter Rudolf Schober, Herr Abgeordneter Herwig Seiser, Herr Abgeordneter Jakob Strauß, Frau Abgeordnete Mag. Sieglinde Trannacher, Herr Abgeordneter Ferdinand Vouk;

Herr Abgeordneter Mag. Raimund Grilc, Herr Abgeordneter Ing. Ferdinand Hueter, Herr Abgeordneter Robert Lutschounig, Herr Abgeordneter Stephan Tauschitz;

Herr Abgeordneter Rolf Holub, Frau Abgeordnete Mag. Barbara Lesjak.

(Nachdem die Stimmzähler die in die Wahlurne abgegebenen Stimmen gezählt haben, gibt der Vorsitzende folgendes Wahlergebnis bekannt:)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Ich gebe das Ergeb-

Dipl.-Ing. Freunschlag

nis der Wahl der Mitglieder zum Untersuchungsausschuss bekannt. Von den abgegebenen 35 Stimmen erhielten Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo 23 gültige; Abgeordneter Lobnig 22; Abgeordneter Mag. Ragger 22; Abgeordneter Dritter Präsident Ing. Scheuch 22; Abgeordnete Warmuth 23; Abgeordneter Willegger 22 Stimmen. Die Wahlzahl betrug bei den Freiheitlichen Abgeordneten 9.

Vom SPÖ-Klub wurden gewählt: Frau Abgeordnete Mag. Cernic mit 25 gültigen Stimmen; Abgeordneter Mag. Dr. Kaiser mit 25; Abgeordneter Seiser 24; Abgeordnete Mag. Trannacher mit 25 und Abgeordneter Vouk 24. Die Wahlzahl betrug 8.

Im ÖVP-Klub wurde Abgeordneter Tauschitz mit 18 gültigen Stimmen gewählt; die Wahlzahl war 3.

Seitens der Grünen wurde Abgeordneter Holub mit 21 gültigen Stimmen gewählt; die Wahlzahl war 2.

Es sind damit alle vorgeschlagenen Mitglieder gewählt. Gemäß unserer Geschäftsordnung werde ich nach unserer heutigen Sitzung zur Konstituierung in den Kleinen Wappensaal einladen. Den Vorsitz führt das an Jahren älteste gewählte Mitglied. Ich nehme an, es ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Gallo. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: So ist es!*)

Also, nicht vergessen, sich bitte nach der Landtagssitzung dann im Kleinen Wappensaal zusammenzufinden.

Hoher Ausschuss! Meine Damen und Herren! Ich möchte vielleicht noch, bevor ich zum 1. Tagesordnungspunkt komme, eine Mitteilung über die Verwendung der Telefonstrafgelder des letzten Jahres machen. Es sind seitens der Abgeordneten und Gäste und wer auch immer gezahlt hat, 170,-- Euro eingegangen. Ich habe das mehr als verdoppelt, auf 380,-- Euro. Und wir haben diese Mittel oder diese Gelder der Familie Fischer in Poggersdorf überbracht, aufgrund einer Information von Frau Magister Trannacher. Es ist dort ein Handlungsbedarf gewesen. Ich habe euch ein Schreiben geschickt, auch noch zusätzlich mitzutun. Ich bedanke mich bei all jenen, die meinem Ersuchen nachgekommen sind. Und somit habe ich Rechenschaft über die hier gesammelten Gelder im Landtag abgelegt.

So, ich komme nun ... (*Laut Auskunft von Schriftführer Mag. Weiß ist der Landeshauptmann gerade am Wege in den Plenarsaal, um seine Anfragebeantwortung mündlich vorzutragen.*) Achso! Der Herr Landeshauptmann ist gerade am Wege hierher, um seine Anfragebeantwortung mündlich vorzutragen, denn der 1. Tagesordnungspunkt ist die Ldtgs.Zl. 83-6/29.

Tagesordnung**1. Ldtgs.Zl. 83-6/29:****Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Dr. Haider zur schriftlichen Anfrage von Abgeordneten der Grünen betreffend geplante Kündigung der Art. 15a B-VG Grundversorgungsvereinbarung**

Ich unterbreche ganz kurz die Sitzung, damit der Herr Landeshauptmann auch eintrifft. Er ist vom Parterre am Wege herauf. (*Es wird circa eine Minute zugewartet.*) Meine Damen und Herren! Ich nehme die kurz unterbrochene Sitzung wieder auf, um den Herrn Landeshauptmann die Möglichkeit zu geben, seine Anfragebeantwortung betreffend Kündigung der Art. 15a B-VG Grundversorgungsvereinbarung, hier mündlich

dem Hohen Haus vorzutragen.

Herr Landeshauptmann, ich darf ersuchen, die Anfragebeantwortung vorzunehmen!

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Anfrage zielt also darauf ab, die Hintergründe für die Kündigung der Unvereinbarung in der Frage der Aufteilung der Asylanten, der gruppenmäßigen Aufteilung von Asylanten auf die österreichischen Bundesländer zu hinterfragen. Der Hintergrund ist der, dass wir zu Beginn des Jahres 2004, im Rahmen der Landeshauptleute-Konferenz und in den Beratungen mit den zuständigen Fachexperten des Innenministeriums

Dr. Haider

und der Länder, bei der Flüchtlings- und Asylantenbetreuung eine Regelung gefunden haben, dass alle Länder solidarisch in der Aufteilung sind und es einen gewissen Schlüssel der Verantwortungsübernahme gibt. Das Ganze sollte auf der Grundlage einer 15a-Vereinbarung erfolgen.

Um diese 15a-Vereinbarung zu Stande zu bringen und eine gruppenmäßige Aufteilung von Asylanten auf die Bundesländer sicherzustellen, war es aber notwendig, eine Art Datengerüst und ein Gerüst von Zahlen festzulegen, die den Hintergrund für die Verpflichtungen der Länder abgeben. Und man hat dann auf der Expertenebene errechnet, um wie viel Personen es sich handeln würde, die gruppenmäßig auf die Länder aufzuteilen sind. Dabei ist man auf eine Anzahl von etwa 11.800 Asylanten gekommen, die auf die Länder aufzuteilen wären und in den nächsten Jahren mit dieser Größenordnung zu rechnen sei, zumal sich ja auch ein Rückgang der Asylsuchenden im Jahre 2004 gegenüber dem Jahre 2003 und den vorher gehenden Jahren schon abgezeichnet hat. In der Folge hat man dann einen gewissen Sicherheitszuschlag berechnet und man hat gesagt, es gibt Unklarheiten, wie viel Asylsuchende, die quasi in einer Privatbetreuung sind und die aber einen Status hätten, sich in Österreich aufzuhalten, noch dazu kommen. Man ist dann von einer Gesamtsumme von rund 16.000 unterzubringenden Fremden und Asylanten ausgegangen.

Dieses „Mengengerüst“, wie es geheißen hat, war die Grundlage der „15a-Vereinbarung“. Die Länder haben dann nach der ihnen zufallenden Quote, die auf Grund des Bevölkerungsschlüssels errechnet wird, eine bestimmte Anzahl von Asylanten unterzubringen.

Kaum war diese „15a-Vereinbarung“ abgeschlossen, hat sich plötzlich die Zahl der unterzubringenden Asylanten sprunghaft vermehrt. Zuletzt, Ende des Jahres 2004, sind wir bei rund 28.000, fast 29.000, gewesen - also weit über der vereinbarten Größenordnung von 16.000! Hintergrund, warum hat sich das sprunghaft vermehrt, obwohl ja gleichzeitig die Zahl der Asylsuchenden im Jahre 2004 zurück gegangen ist, wir haben ja weniger Asylsuchende gehabt, und trotzdem sind es mehr Leute, die wir als Asylanten unterzubringen waren.

Hintergrund ist, dass insbesondere die Gemeinde

Wien über die Jahre hinweg auch Personen, die sich nicht in Österreich als Asylanten aufhalten dürfen, so genannte illegale Fremde, mit Sozialhilfe versorgt hat und versucht hat, im Zuge dieser „15a-Vereinbarung“ nun auch die vor allem in Wien aufhältigen Illegalen, die in Privatquartieren irgendwo untergebracht waren, die von der Gemeinde Wien auch Sozialhilfe bezogen haben, auf die Bundesländer aufzuteilen und zu sagen: „Liebe Bundesländer, zahlt ihr die Kosten für die!“

Ich habe in der Landeshauptleutekonferenz dieses System beeinsprucht und habe gesagt: „Das war nicht vereinbart!“ Wir haben vielmehr über die Asylanten geredet, für die es einen Asylstatus gibt, die ordnungsgemäß ein Asylverfahren beendet haben und die aufhältig in Österreich sein dürfen – aber nicht für die Illegalen, für die Scheinasylanten, nicht für Personen, die im Grunde genommen abzuschoben sind und die uns jetzt durch die Hintertür quasi serviert werden.

Das war eigentlich das Thema des Konfliktes. Es hat dann auf Betreiben Kärntens eine außerordentliche Landeshauptleutekonferenz im, glaube ich, September oder Oktober in Wien gegeben, wo der Herr Bundesminister Strasser auch mit dabei war, der in der Öffentlichkeit immer davon gesprochen hat, dass es sich um reine, legale Ausländer handeln muss. In der Landeshauptleutekonferenz hat er plötzlich gesagt: „Aber das war doch immer klar, dass wir auch die Illegalen dort unterbringen wollen.“ Dann war natürlich auch bei manchen meiner Kollegen aus den westlichen Bundesländern der Teufel los, weil die gesagt haben: „Nein, das war nicht die Vereinbarung!“, insbesondere auch der Tiroler Landeshauptmann, der ja in der Vorperiode den Vorsitz gehabt hat. Im Frühjahr 2004 hat der Tiroler Landeshauptmann den Vorsitz gehabt. Unter seiner Federführung ist diese „15a-Vereinbarung“ ausgehandelt worden. Daher habe ich damals mit ihm kommuniziert. Ich habe gesagt: „Kärnten wird erst dann zustimmen, wenn wir das Mengengerüst verbindlich festlegen.“ Und das waren die 16.000 Leute.

Van Staa steht auch heute noch dazu und sagt: „Ich habe damals dem Landeshauptmann Haider gesagt, du kannst davon ausgehen, dass das die maximale Summe in der Größenordnung von Personen ist, die wir unterzubringen haben. Und wenn jetzt das Land Kärnten diesen Vertrag

Dr. Haider

kündigt oder zum Verfassungsgerichtshof geht, bin ich der erste Zeuge für das Land Kärnten und werde aussagen: Jawohl, man hat nur unter diesen Bedingungen das abgeschlossen.“ Ich habe verlangt, er soll das noch einmal, bevor wir den Vertrag unterschreiben, mit dem Innenminister abklären, ob dieses Mengengerüst jetzt verbindlich ist. Das war es!

Es ist daher die Sache eher zu unseren Gunsten bisher gelaufen, weil auch die anderen Bundesländer sagen: „Man hat eigentlich die Geschäftsgrundlage, die wir gehabt haben, verlassen.“ Diese 16.000 sind auf einmal zu 29.000 geworden. Wenn wir da nicht auf die Bremse gestiegen wären, dann hätten wir wahrscheinlich heute schon 35.000, die im System unterzubringen wären, weil es natürlich eine Menge illegaler Ausländer gibt, die ihr Asylverfahren abgebrochen haben, untergetaucht sind und jetzt die Gelegenheit wahrnehmen wollen, sich plötzlich zu legalisieren. Und wir hätten die Verpflichtung, für all diese etwa annähernd Sozialhilfeleistungen in den Bundesländern zu erbringen. Ich glaube, dass das auch im Interesse des Hohen Hauses hier ist, dass wir solche Dinge nicht akzeptieren. Wir können ja nicht einen Weg beschreiten, dass wir sagen: „Asylanten, die einen Asylstatus zugesprochen bekommen (also die Legalen) erhalten den Status, dass wir sie mit Sozialhilfe ausstatten und betreuen, aber wenn es ein Illegaler ist, dann kriegt er das Gleiche.“ Dann brauchen wir in Wirklichkeit kein Asylverfahren mehr, sondern dann kann jeder sich eigentlich ins System hineinbemühen, und es wird dann ein Fass ohne Boden! Das kostet letztlich den Bund und die Länder sehr viel! Der Bund hat im Jahre 2004 noch rund 50 Millionen Euro für die Asylunterbringung gezahlt; laut Finanzministerium. Jetzt sind wir schon bei 103 Millionen Euro!

Bei uns in Kärnten war es auch so. Im Jahre 2002 haben wir etwa 650.000 Euro für die Unterbringung von Asylanten und Fremden unter dem Titel „Flüchtlingsunterbringung“ ausgegeben. Im Jahre 2004 haben wir schon 6,5 Millionen gebraucht, und im Jahre 2005 haben wir sogar schon 11,5 Millionen im Budget drinnen. Das heißt das sind Größenordnungen, die auch bei uns spürbar sind und wo wir gegenüber der Bevölkerung schon sagen müssen: „Das kann ja nicht quasi ohne Grenzen passieren!“ Wir müssen also auch hier schauen, dass nicht Legale

und Illegale durcheinander gemischt werden!

Das war eigentlich der Grund, weil wir haben uns dazu bekannt, dass wir für legale Asylsuchende, die hier den Status haben, gemeinsam eine Lösung aller Bundesländer schaffen und die entsprechende Unterbringung organisieren – aber nicht für Scheinasylanten, nicht für Illegale, nicht für Verfahrensabbrecher! Denn in den letzten fünf Jahren rechnet man hoch, dass etwa 95.000 – wohlgemerkt, 95.000! – Asylsuchende das Verfahren abgebrochen haben und untergetaucht sind. Das heißt, die sind irgendwo. Entweder sind sie weiter gezogen, innerhalb der EU – mangels Grenzkontrollen lässt sich das nicht feststellen – oder sie befinden sich in Österreich. Daher ist das eine tickende Zeitbombe, wenn man nicht ein System schafft, das wirklich streng trennt zwischen den Legalen und Illegalen. Sonst würden Kostenbelastungen auf uns zukommen, die wir nicht mehr rechtfertigen können. Das ist der Hintergrund der Diskussion.

Wir haben zwei Möglichkeiten durch den Verfassungsdienst des Landes aufgezeigt bekommen. Die eine ist, dass man den normalen Kündigungsvorgang, so wie er auch in der „15a-Vereinbarung“ drinnen steht, mit den Christlichkeiten, das man erst, glaube ich, ab dem Jahre 2006 kündigen könnte, vorgeht. Oder, das war ein besonders guter Ratschlag der Verfassungsabteilung des Landes, die draufgekommen ist, dass ja eine „15a-Vereinbarung“ ein Staatsvertrag ist, der sozusagen in der Qualität eines internationalen Vertrages ist, der zwischen den Teilstaaten der Bundesländer und dem Gesamtstaat Österreich abgeschlossen ist und daher auch die „Wiener Vertragsrechtskonvention“ auf diese „15a-Vereinbarungen“ anzuwenden ist. Mit der Anwendung der „Wiener Vertragsrechtskonvention“ haben wir die Möglichkeit gehabt, sofort zu kündigen. Dann besteht eine Möglichkeit, innerhalb von zwei oder drei Monaten einen Einspruch zu machen. Nach diesem innerhalb der drei Monate erfolgten Einspruch – die Gemeinde Wien hat jetzt einen Einspruch gemacht – muss jetzt ein so genanntes Schlichtungsverfahren laufen. Innerhalb dieses Schlichtungszeitraumes bemühen wir uns um eine Lösung. Wenn nicht, dann ist die „Geschichte gegessen“, dann sind wir aus unseren Verpflichtungen herausen – und der Bund muss sich eine andere Regelung suchen.

Dr. Haider

Perspektive wird sein, dass die neue Innenministerin versuchen wird, wieder zu den alten Geschäftsgrundlagen zurückzukehren. Manche Äußerungen deuten das an. Denn ich glaube, dass es einer der Gründe war, warum auch Minister Strasser überraschend zurückgetreten ist, weil er in dieser Frage des Asyls und des Grundvertrages gesehen hat, dass er in Wirklichkeit einen Weg beschritten hat, aus dem er nicht mehr herauskommt. Das System mit Illegalen aufzufüttern, ist im Grunde genommen nicht finanzierbar, ist nicht machbar. Daher ist das ein wesentlicher Hintergrund seines überraschenden Rücktritts. Die jetzige Innenministerin, die heute auch nach Kärnten kommen wird – damit wissen wir ein bisserl mehr, wenn wir mit ihr dieses Gespräch auch führen –, scheint in die Richtung zu gehen: Zurück zu den alten Geschäftsgrundlagen, zurück zu den 16.000. Alles andere wird der Bund irgendwie regeln müssen oder auch nicht, das ist dann nicht unsere Verantwortung, weil sie schon gegenüber Tirol gesagt hat – Tirol hätte, glaube ich, um 1.200 mehr nehmen müssen, jetzt auf Grund dieser gestiegenen Quote, als sie bisher untergebracht haben. Auch bei Tirol hat sie schon gesagt: „Nein, es wird genügen, wenn die 200 nehmen.“ Das wäre das alte System gewesen.

Ich werde heute am Nachmittag mit ihr noch ein Gespräch führen, um zu sehen, in welche Richtung sie jetzt denkt. Wenn sie zurück zu den alten Grundlagen geht, dann können wir im Grunde genommen eine Sanierung der Problematik durchführen, und die Bundesländer werden das erfüllen, was zu erfüllen ist. Das heißt wir haben dann einen geringfügigen Bedarf der Unterbringung noch. Ich habe bis jetzt einmal vorderhand gestoppt. Wir werden dann auch quasi von den Kosten her eine überschaubare Belastung zu tragen haben, die dann nicht ins Unendliche geht.

Dafür bitte ich auch um Verständnis, weil ich glaube, dass wir alle ein Interesse daran haben müssen, dass im Sinne der „Genfer Konvention“ zu schützende Menschen bei uns auch wirklich geschützt werden – dass wir aber für jene, die das nicht zugesprochen bekommen, die keinen Asylstatus haben, die nicht Flüchtlinge sind, die nicht schutzbedürftig sind, sondern die aus anderen Gründen hier bei uns aufgetaucht sind, die manchmal sogar auch durch Schlepperbanden eingeschleust worden sind, um hier bis hin zur

Drogenmafia ein Versorgungssystem zu errichten, nicht auch noch Steuergelder einsetzen sollen, um die unterzubringen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Das wäre sozusagen der Hintergrund auch dieses Konfliktes. Ich hoffe, dass ich dem Landtag damit einen umfassenden Perspektivenbericht gegeben habe. Wir werden in den nächsten Wochen den Versuch machen, uns entweder auf der Geschäftsgrundlage zu einigen - oder gibt die rechtliche Auseinandersetzung, wie ich sie konzipiert habe, die uns auch die Möglichkeit offen lässt, als letztes Mittel auch zum Verfassungsgerichtshof zu gehen. Dort wird dann der Herr Landeshauptmann Kollege Van Staa als Kronzeuge der Anklage für Kärnten auftreten und wird sagen, was er auch öffentlich schon gesagt hat, er werde sagen: „Wir haben das dem Jörg Haider zugesagt, dass das die 16.000 sind, und daher sind wir daran gebunden.“ Jeder, der die Geschäftsgrundlage ändert, hat damit den Vertrag in Wirklichkeit in Frage gestellt. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich danke schön für die Beantwortung! *(Abg. Holub: Zur Geschäftsordnung!)* Bitte schön!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Nach § 23 stelle ich den Antrag auf Abstimmung über eine Diskussion über diese Anfragebeantwortung.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich lasse über diesen Antrag auf Diskussion über diese Anfragebeantwortung abstimmen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist die Minderheit, somit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt. – Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2:

2. Ldtgs.Zl. 76-6/29:

Anfragebeantwortung von Landesrat

Dipl.-Ing. Freunschlag**Dörfler zur schriftlichen Anfrage von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend 2. Variante B 100**

Ich bitte, zu berichten!

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Hohes Haus! Die B 100, zum Hundertsten Mal, UVP-Verfahren oder Vorbereitung zum UVP-Verfahren: Ich glaube, wer verfolgt hat, wie man in der Steiermark das „Verfahren Spielfeld“ abgewickelt hat, der muss wissen, dass wir dieses Verfahren – das ist übrigens das erste Bundesstraßenbauprojekt in Kärnten, das ein UVP-Verfahren zu absolvieren hat, auf freiwilliger Basis, muss man auch festhalten - natürlich entsprechend ordentlich und gut vorbereiten müssen und es auch tun und tun wollen.

Es hat im Grunde drei Abschnitte, das sind der Bereich Greifenburg, der Bereich Berg und der Bereich Dellach. Wir haben nach ersten Informationen mit den Gemeinden auch den Naturschutz um seine Stellungnahmen natürlich in der Vorbereitung zur Umweltverträglichkeitserklärung befragt. Es sind zwei Veränderungswünsche oder Änderungsvorschläge eingetroffen. Das ist einerseits der Vorschlag, im Bereich Greifenburg einen Verschwenk zu machen. Das ist mit der Gemeinde Greifenburg so besprochen. Es ist ein zweiter Verschwenk notwendig, um einem kleinen Auwald im Gemeindebereich Dellach auszuweichen. Hier wird es am 14. Feber gemeinsam mit dem Verfahrensreferenten sowie Landesrat Reinhart Rohr und Vertretern der Gemeinde Dellach ein Gespräch geben, um auch da die Abstimmung mit der Gemeinde zu finden.

Der dritte Punkt ist eben das von der ÖVP Problemstück Berg. Auch dort hat die Fachabteilung die Amtstrasse entwickelt, entsprechende Nutzwertanalysen vorbereitet. Die bahnparallele Trasse ist als die beste Trasse hervorgegangen. Ich habe aber auf Wunsch der Gemeinde auch diesen Abschnitt einer vertieften Nutzwertanalyse unterziehen lassen. Hier steht fest, dass die Amtstrasse die bessere Trasse ist und dass die auch deshalb zum UVP-Verfahren eingereicht wird.

Ich darf aber auch noch sagen, weil der Herr Abgeordnete und Bürgermeister von Berg immer

so tut, als ob es Beschlüsse der Gemeinde für diese Trasse gäbe, für die Hueter-Trasse, dem ist nicht so.

Ich darf einen Leserbrief zitieren: „SP“ – also die SPÖ – „für die bahnparallele Trasse“. Hier schreibt man: „Es ist keineswegs so, dass es eine vom Gemeinderat gewünschte Trasse gegenüber der Amtstrasse gibt. Die SPÖ Berg hat sich immer für eine möglichst bahnparallele Variante ausgesprochen. Allerdings haben wir den Wunsch der ÖVP zugestimmt, dass weitere Varianten vom Land geprüft werden. Schließlich geht es um eine weitreichende und langfristige Entscheidung. Der Gemeinderat hat aber noch keinen Beschluss für eine bestimmte Trasse gefasst.“ (Mag. Peter Hassler, SPÖ Berg). Also ich halte fest, dass die SPÖ in Berg auch die bahnparallele Trasse, sprich Amtstrasse politisch unterstützt. Und ich halte auch fest, dass es keinen Gemeinderatsbeschluss für eine verschwenkte Trasse gibt. Es gibt einen Gemeinderatsbeschluss für eine Untersuchung oder Gegenüberstellung. Die ist erfolgt und ist den Gemeinden am 9.12.2004 vorgestellt worden. Und wir werden, wie gesagt, jetzt auch in Dellach die Klärung bezüglich des Verschwenkens mit der Gemeinde mit Reinhart Rohr am 14. abstimmen. Und auch die Abgeordneten des Oberlandes werden dazu eingeladen - Köfer, Schwager und Scheuch – dass wir dieses noch klären und somit dann, davon gehe ich aus, den gesamten Abschnitt Greifenburg – Berg - Dellach dem UVP-Verfahren unterziehen können.

Ich glaube, wir sind es den Menschen im Drautal schuldig, dass dieses Verfahren in höchster Qualität abgewickelt wird. Dafür ist Sorge getragen. Und ich denke, dass das wohl das letzte Mal – so hoffe ich – ein Grund für eine Landtagsanfrage ist. Denn die Vorbereitung für dieses Verfahren geht jetzt über Monate und ich gehe davon aus, dass sie positiv enden werden, weil eben die entsprechenden Unterlagen ordentlich vorbereitet sind. Vielleicht noch zu den Kosten. Das Verfahren kostet circa 1 Million Euro.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Damit ist der Tagesordnungspunkt 2 erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

Ferlitsch**3. Ldtgs.Zl. 125-2/29:****Bericht und Antrag des Ausschusses für Budget und Landeshaushalt, Tourismus und Bauwesen betreffend Erhaltung von Bad Saag als öffentliches Bad**

Berichterstatter ist Abgeordneter Hans-Peter Schlagholz. Ich erteile dir das Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Der gegenständliche Antrag vom 6. Juli des Jahres 2004 wurde bei seiner letzten Sitzung, im Jänner dieses Jahres, einstimmig im Ausschuss beschlossen; wir alle. Es geht um das Bad Saag. Wir wissen Bescheid um ein Juwel am Wörthersee. Und es geht darum, dieses Juwel der Öffentlichkeit zugänglich zu erhalten, nämlich als öffentliche Badeeinrichtung. Die Stadtwerke Klagenfurt, wie wir wissen, sind als Pächter ausgeschieden, wollen das nicht mehr weiter betreiben. Die Stadt Klagenfurt als Eigentümer lässt gleichzeitig im Gemeinderat beschließen, den öffentlichen Zugang, sprich den öffentlichen Charakter, aufrecht zu erhalten und gleichzeitig aber auch das Bad zum Verkauf freizugeben. An und für sich ein kleiner Widerspruch

Wir alle sind bemüht, es zu erhalten, Land. Die Stadt Klagenfurt hat es bekündigt, ich habe das gesagt. Und auch die Anrainergemeinden wollen einen Beitrag leisten, dass das in öffentlicher Hand bleibt. Nachdem alle wollen, kann dem Gesamten nichts entgegen stehen. Dem Willen folgt die gemeinsame Verantwortung und mit der Beschlussfassung dieses Antrages ist der erste Schritt getan.

Ich ersuche um die Vornahme der Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Vouk das Wort.)

Abgeordneter **Vouk** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuhörer auf der Tribüne! Lieber Bürgermeisterkollege Koban! Danke, dass du als Verbündeter anwesend bist in dieser

für uns so wichtigen Frage am Wörthersee. Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Im Jahre 1997 hat die Stadt Klagenfurt das circa 1,7 Hektar große Areal in der Gemeinde Techelsberg am Wörthersee um rund 2,2 Millionen Euro angekauft. Davon 3.000 Quadratmeter vom Land Kärnten, den Rest aus der Liquidation der damaligen BBU. Für die 3.000 Quadratmeter gibt es bis zum Jahre 2007 ein Veräußerungsverbot. Im Jahre 2004 wurden Absichten der Stadt Klagenfurt bekannt, wonach die Stadt das Grundstück an Private verkaufen und veräußern will. Nachdem der Öffentlichkeit die meisten Seegrundstücke insbesondere am Wörthersee kaum noch zugänglich sind, wurde mit der Bürgerinitiative „Rettet Bad Saag“, die immerhin 22.000 Unterschriften gesammelt haben, ein Bad-Saag-Gipfel mit den Anrainerbürgermeistern auf der Raststätte in St. Martin/Techelsberg durchgeführt. An diesem Bad Saag-Gipfel nahmen auch Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger und Landesrat Rohr und die Anrainerbürgermeister teil.

Bei diesem Bad Saag-Gipfel versprach Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger 80 Prozent dieser 2,2 Millionen Euro für den Ankauf dieses Juwels aufzubringen und wir Anrainergemeinden haben uns dann bereit erklärt, die restlichen 20 Prozent selbstverständlich auch zu übernehmen. Danach hat es ein Gespräch in der Stadt Klagenfurt mit Bürgermeister Scheucher, mit Landesrat Rohr und Pfeifenberger und den Anrainerbürgermeister gegeben. Bei dieser Besprechung, siehe da, zog Landeshauptmann-Stellvertreter seine seinerzeitig gemachte Zusage über die 80 Prozent Finanzierung wieder zurück. Er hat aber auch zugesagt, das muss man fairerweise hier erwähnen, dass er sich bemühen wird, aus den Erlösen des Ringtauses, dass diese Mittel von Wien nach Kärnten kommen und er sich auch beim Finanzminister dafür einsetzen wird, dass dieses Geld hier für den Ankauf des Bad Saag zur Verfügung gestellt wird.

Bei diesem Gespräch hat aber Bürgermeister Scheucher zum Ausdruck gebracht, dass die Stadt Klagenfurt dieses Bad nicht an Private verkaufen möchte. Dies wurde nunmehr auch mit einem Gemeinderatsbeschluss dokumentiert. Auch wir als betroffene Anrainerbürgermeister haben ein Schreiben an den Herrn Landwirtschaftsminister Pröll gerichtet, mit der Bitte, uns in dieser Frage zu unterstützen, nachdem er ja

Vouk

der Verwalter des öffentlichen Wassergutes ist. Dieses Schreiben wurde aber leider negativ beantwortet.

Faktum ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Badeanlage sowohl von Einheimischen – weil es einfach familienfreundliche Preise gibt – als auch natürlich auch von Gästen sehr, sehr gerne angenommen wird und alles unternommen werden muss, dass dieses letzte Filetstück am Wörthersee nicht verloren geht. Daher müssen seitens des Landes Kärnten alle zur Verfügung stehenden Mittel ergriffen werden, um Bad Saag als öffentliches Bad auf Dauer zu erhalten. Ziel ist es, die letzten freien Seegrundstücke für die Allgemeinheit und für den Tourismus zu erhalten. Ich bitte den Kärntner Landtag, uns bei diesem Ansinnen zu unterstützen und dass sie dem einstimmigen Ausschuss-Antrag auch hier die Zustimmung erteilen. Ich danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mitterer das Wort.)

Abgeordneter **Mitterer** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, Einzelheiten hat sowohl der Berichterstatter als auch mein Vorredner, der ja auch Bürgermeister am schönen Wörthersee ist, erläutert. Ich möchte vielleicht noch ein paar Aspekte dazu bringen. Kärnten als Tourismusland ist förderungswürdig und hat im Moment auch kleine Probleme. Wir wollen die Ursachen hier heute nicht erörtern. Aber, etwas wird immer bleiben in Kärnten – er wird sommerlastig bleiben. Wir haben im Winter Steigerungsraten und sind dort bald nicht mehr steigerungsfähig. Um jetzt das Verhältnis Sommer und Winter in ein besseres zu bringen, würde bedeuten, dass wir auf Sommernächtigen verzichten sollten. Das wollen wir nicht, denn wir glauben gerade, dass es dort noch Nachholbedarf gibt, gerade bei Allwetter-, - ich sage bewusst – Allwetter- und nicht Schlechtwettereinrichtungen.

Im Bereich der Infrastruktureinrichtungen, wie wir heute auch schon vom Herrn Finanz- und Tourismusreferenten gehört haben, wird es in Pörschach zu einer tollen Initiative kommen. Aber auch Erlebnisbäder sind in Zukunft auf allen unseren Seen, nicht nur am Wörthersee,

gefragt, aber auch Naturstrandbäder. Das waren eigentlich Kärntens Kernkompetenzen in der Vergangenheit und es gibt immer wieder, nach wie vor, Bedarf. Und da haben wir einfach Schönes anzubieten, wo man in ungestörter Natur, unbebauter Natur, noch kostengünstig – und auch das ist wichtig – nicht nur für die Einheimischen sondern auch für die Gästeschichten, die dort auf ein Strandbad angewiesen sind. Das sind ja Gäste, die sich nicht ein Hotel direkt am See leisten können, sondern in Frühstückspensionen untergebracht werden. Um eine Auslastung dort zu garantieren, brauchen wir aber auch kostengünstige Strandbäder. Das ist auch die Intention dieses Antrages und auch der öffentlichen Hand, sowohl der Gemeinden als auch des Landes, solche Einrichtungen zu erhalten. Bisher hat das Land vorbildlich in dieser Frage gehandelt. Es war ja auch so, dass dann die Stadtwerke diese Pacht übernommen haben. Jetzt leider, ist diese Pacht aus und sie haben keinerlei Interesse mehr, dieses Strandbad weiter zu betreiben. Ich weiß auch warum. Weil es unterm Strich sehr, sehr schwierig ist, ein solches Strandbad auch profitabel zu führen. Zum Anderen sind ja, damit man es auch ordentlich unseren Gästen und Einheimischen zur Verfügung stellen können, auch noch Investitionen zu tätigen. In der Gemeinde Treffen gibt es zwei Strandbäder, die dort mehr oder weniger ohne Schuldenstand bewirtschaftet werden und trotzdem Jahr für Jahr Abgänge produzieren. So ähnlich wird es auch dort sein. Es muss uns also etwas wert sein, dieses Bad für die Öffentlichkeit zu erhalten, auch dann, wenn es dem Land oder den Gemeinden Geld kostet.

Was uns sehr befremdet hat, war in dem Ausschuss wo wir Auskunftspersonen und Experten geladen haben, dass sowohl Bürgermeister Scheucher mit seinen beiden Vizebürgermeistern, aber auch Bürgermeister Koban gekommen ist, nicht jedoch ein Vertreter der Stadtwerke von denen wir uns eigentlich effektive Zahlen erwartet hätten. Sie sind nicht gekommen, auch ohne Entschuldigung dieser Sitzung fern geblieben und haben uns auch keine Wirtschaftsdaten oder Investitionsbedarf mehr oder weniger übermittelt. Die Frage ist jetzt: Wie geht es weiter? Und das ist eine sehr, sehr schwierige Frage. An Private zu verkaufen ist dieses Bad nur dann, wenn die Widmung stimmt. Gott sei Dank hat das die Gemeinde und das Land mit ihrer Gemeindeplanungsabteilung und der Gemeinderat

Mitterer

vor Ort in der Hand, das zu verhindern, dass dieses Grundstück gewidmet wird, damit es für einen Privaten interessant wird und damit aber dann für die Öffentlichkeit nicht mehr zur Verfügung steht.

Das heißt, vielleicht wird es eine Mischvariante geben; kann sein. Wenn wir sonst keinen Ausweg finden oder die Finanzierung nicht sicherstellen können, dass wir einen kleinen Teil für Private Widmung geben und damit allerdings mit der Verbindung verknüpft, dass der Rest – der größere Teil – öffentlich erhalten bleibt. Das wäre eine Lösung, die – wenn es anders nicht möglich ist – im Interesse der Bevölkerung und unserer Sommergäste eine gute, realistische, praktikable Lösung eventuell aus dem Bodenbeschaffungsfonds, wie es heute schon bei einer Anfrage an den Landeshauptmann-Stellvertreter auch besprochen wurde, dass wir dort im Einvernehmen mit dem Tourismus-, Wirtschafts- und Finanzreferenten und mit dem Gemeindereferenten zu Stande bringen, um diese Finanzierung durchzuführen.

Wir geben heute der Regierung einen Auftrag, im Sinne dieses Antrages zu handeln. Wir wünschen der Regierung dabei viel Erfolg. Und ich denke, dass der Nachfolger als Tourismus-, Wirtschafts- und Finanzreferent, Dr. Jörg Haider, alles dransetzen wird, dieses Juwel auch für die Öffentlichkeit zu erhalten. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Lutschounig das Wort.)

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Lieber Bürgermeister Hansi Koban aus Techelsberg, wartet ja heute schon sehr lange da, dass er natürlich sein wichtiges Anliegen endlich verwirklicht bekommt, dass dieses Bad tatsächlich in der Zukunft der Öffentlichkeit zugänglich ist, gemacht bleibt. Und ich kann das nur unterstreichen, was auch der Nachbarbürgermeister aus Velden, Kollege Vouk, hier am Rednerpult gesagt hat. Ich muss natürlich auch unterstreichen, dass ich es natürlich bedauere, dass der Herr Pfeifenberger von seinen ehemals zugesagten 80 Prozent plötzlich nichts mehr weiß. Danke, Kar-

li! – ist heute Vormittag einige Male gefallen. Vielleicht kann man es auch durchaus ironisch von dieser Stelle hier anmerken. Und ich glaube, es geht ihm schon bald so, wie wenn man jetzt den Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes gefolgt ist oder gelauscht hat, den Inneminister oder Ex-Innenminister Strasser, der auch vor Verstrickungen da nicht mehr aus diesem Labyrinth herausgefunden hat. Und so ähnlich geht es, glaube ich, unseren zur Zeit noch amtierenden Wirtschaftsreferenten.

Ich glaube, meine Damen und Herren, dass das wirklich ein Juwel ist was sich dort im Bad Saag zeigt und bietet. Und ich glaube, dass wir alle Hände voll zu tun haben, um es auch – wie auch immer dann die Finanzierung ausschauen wird – aber, es muss für die Gemeinden verkraftbar sein. Und es ist natürlich so, dass selbst die 20 Prozent, die übrig bleiben, noch eine riesige Summe für die Gemeinden darstellen. Wir wissen alle, welche Probleme es im Bereich des Tourismus auch gibt. Und der Herr Kollege Mitterer hat gesagt, es ist so, dass eben die Steigerungsraten im Wintertourismus beinahe nicht mehr derpackbar sind, weil einfach die Kapazitäten fehlen. Es ist natürlich schon so, dass der Tourismus im Winter viel mehr kapitalintensiv, auch von den Förderungsmöglichkeiten her, ist. Das wissen wir, das brauchen wir uns – glaube ich – nicht gegenseitig zuzurufen. Das wissen wir einfach. Aber ich glaube, dass trotzdem in diesen Bereichen eben viele Projekte – heute haben wir gehört von einem Projekt das in Pörtschach realisiert wird, dieses Sea-Life-Projekt – wo ich auch insoferne meine Bedenken habe, wenn ich diese Studie genauer anschau, wo drinnen steht, dass man mit 340.000 Besuchern im Jahr rechnet!

Meine Damen und Herren, das ist eine Zahl, die gigantisch groß ist. Wenn man sich unsere Highlights im Tourismus, speziell im Sommer, anschaut, wo von der Nockalmstraße bis zur Großglockner Hochalpenstraße, nicht bis zur Adlersruhe, sondern bis zur Franz-Josefs-Höhe, usw. die absoluten Spitzenreiter in unserem Land sind, dann kommen die endlich auf Zahlen hin, wie es da prognostiziert ist. Mit den Zahlen dieser Prognose wird es dann auch erst wirtschaftlich, also tue ich da sehr wohl in Zweifel stellen, zumal ja auch nicht unwesentliche Beträge der öffentlichen Hand mit dabei sind. Also wir sind nicht dagegen, dass so etwas passiert, wir sind

Lutschounig

sehr froh! Ich glaube, das ist eine durchaus erfahrene Gesellschaft, aber mit solchen Zahlen zu agieren – hoffentlich habe ich unrecht –, ich müsste wirklich im Sinne des Tourismus für das Land Kärnten hoffen, dass ich nicht Recht habe, aber meine Bedenken deponiere ich hier entsprechend.

Ich glaube, dass der Herr Landeshauptmann als zukünftiger Tourismusreferent jedenfalls alle Hände voll zu tun haben wird, auch diese seinerzeit getätigten Zusagen, diese Hoffnung für die Gemeinden des Wörther Sees, dort entsprechend zu realisieren und versuchen wird, das Geld, wo auch immer, aufzutreiben, um entsprechend dieses Projekt „Bau vom Bad Saag“ endlich einer dauerhaften Lösung zuzuführen, damit wir auch für die Zukunft langfristige Pachtverträge abschließen können. Das geht ja nicht von heute auf morgen; da muss man auch entsprechend seriöse Betreiber finden, die dann auch die Garantie haben wollen, dass sie über längere Jahre hinweg entsprechend planen und disponieren können.

Ein anderer Punkt noch in diesem Zusammenhang, wenn wir schon darum kämpfen – und ich glaube das –, dass wir alle bemüht sind, den Wörther See und die „Filetstücke“ unseres Sees tatsächlich der Öffentlichkeit auch zugänglich zu machen: Was passiert dann mit dem Schloss Reifnitz, ob man hier auch das große Interesse des Zuganges der Öffentlichkeit jedenfalls auch im Sinne hat? Ich möchte das so vorsichtig formulieren, denn man hört ja, dass dort private Betreiber das kaufen sollen, ein Mega-Projekt zwar hinbauen wollen, ob das jetzt der Herr Gadaffi-Sohn oder andere sind, die es ja schon besichtigt haben. Das ist ja nicht etwas, was wir aus der Luft greifen, sondern die waren ja dort, haben es besichtigt. Ob es für die ein besonderer Wohnsitz oder ein Feriendomizil sein wird, ob man hier auch mit der gleichen Sorgfalt vorgeht, dass man sagt: „Dieses Juwel, dieses schöne Stück Wörther See soll auch für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.“ Ich würde es mir wünschen!

Am Ende, meine Damen und Herren, ich habe ja heute schon bei der Fragestunde bei der Anfrage des Herrn Abgeordneten Vouk feststellen können und dann auch bei der Wortmeldung der Freiheitlichen, dass Übereinstimmung darin besteht, dass man eigentlich die Motorbootsteuer

wieder zweckmäßig für diese Verwendung für den Ankauf von Seegrundstücken verwenden sollte. Ich verstehe schon, dass der Herr Landesrat Rohr keine Freude hat, weil einen Teil oder die Größe der Finanzierung des Bodenbeschaffungsfonds eben aus diesem Bereich kommt. Aber ich glaube, das sollte man einfach gewichten. Da sollte man Prioritäten setzen! Es muss natürlich auch eine andere Quelle bekommen, damit man diesen wichtigen Bodenbeschaffungsfonds auch in der Zukunft dotieren kann. Ich bitte um Unterstützung darum, dass man vielleicht gerade bei solchen Projekten die Zweckbindung der Motorbootabgabe jedenfalls verwenden kann, um solche Projekte auch zu sichern, um solche Projekte für die Öffentlichkeit auch in Zukunft zugänglich zu machen. Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Holub das Wort.)

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Auch die Grünen sind natürlich dafür, dass das Bad Saag für die Öffentlichkeit erhalten bleibt, weil es ja immer weniger Grundstücke am See gibt, wo die Öffentlichkeit dazu kommt. Was mich verwirrt stimmt, das ist, dass die Stadt Klagenfurt einen Pächter sucht, während ich da ein Schreiben von Dr. Havranek habe, das aussagt: „Auf Grund des Pachtvertrages vom 28. 6. 1993 ist meine Mandantin, Frau Maria Ott, nach wie vor ungekündigte Pächterin des Badebetriebes und der gastronomischen Einrichtung.“ Da ist eine 6-monatige Kündigungsfrist oben, also auch wenn man es jetzt veräußern sollte und dann gekündigt wird, ist der Sommer eigentlich für heuer schon gelaufen.

Ich denke, der Grund, warum das jetzt die Stadt auch nicht haben will, sind einfach die Investitionen, die getätigt werden müssen. Trotzdem muss da einer hineinbeißen. Ich würde sagen, das Land kauft das mit den Mitteln des Bodenbeschaffungsfonds und stellt das dann Velden und den Techelsbergern, der Gemeinde Pörtschach zur Verfügung, weil die sicherlich dafür ist. Und Bad Saag soll öffentlich sein. Danke! *(Beifall von der Abg. Mag. Lesjak und der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt LR Ing. Rohr das Wort.)

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordneten! Mit großer Aufmerksamkeit habe ich die Diskussion um das Bad Saag natürlich mit verfolgt. Ich kann Ihnen versichern: Ich unterschreibe jede Wortmeldung, die hier im Hohen Haus sich klar dafür ausspricht, dass das Bad Saag in öffentlicher Hand bleibt und auf Dauer für die freie Zugänglichkeit für die Allgemeinheit erhalten werden muss.

Kollege Vouk hat in einem Punkt eine falsche Erinnerung gehabt, nämlich am Wörther See, als sich die Bürgermeister und die Bürgerinitiative getroffen haben, war der Kollege Pfeifenberger dort. Ich war dann, in späterer Folge, beim Gespräch in der Stadt Klagenfurt mit dabei. Schon damals hat der Finanzreferent angekündigt und versprochen, dass man das Bad Saag jetzt für die Gemeinden aus dem Bodenbeschaffungsfonds finanzieren sollte, und zwar zu 80 %. Ich habe sofort, wie ich dieses Versprechen gehört habe und auch von den Medien dazu befragt wurde, reagiert und gesagt: „Es ist undenkbar, dass man aus Mitteln des Bodenbeschaffungsfonds in der Größenordnung das Bad Saag kaufen wird können, denn der Bodenbeschaffungsfonds ist ein Instrument für alle 132 Gemeinden im Land Kärnten.“

Wenn man Bad Saag kaufen würde, nämlich auch zu den Preisvorstellungen der Stadt Klagenfurt, die das seinerzeit in etwa um 2 Millionen Euro käuflich erworben hat und die jetzt deutlich über 3 Millionen Euro, sozusagen auch wertgesteigert, für dieses Objekt haben will, verstehe ich auf der einen Seite - nachdem ich weiß, wie schwierig es war, in Klagenfurt überhaupt eine Finanzierungsgarantie für die Errichtung eines EM-Stadions aufzustellen – vielleicht wird es sich eh dann in Luft auflösen? – wird die Finanznot in Klagenfurt etwas kleiner.

Faktum für mich ist auch, dass wir also nicht zu Lasten aller anderen Gemeinden letztlich den Bodenbeschaffungsfonds ausräumen können und Grundstücke, die in den Gemeinden verfügbar sind, dann nicht entsprechend angekauft werden können.

Daher, denke ich, war heute am Vormittag auch in der Anfragebeantwortung des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Pfeifenberger der Vorstoß, die Motorbootsteuer wieder zweckzu-

binden für den Bodenbeschaffungsfonds und ist speziell für die Anschaffung von Seegrundstücken eine richtige Stoßrichtung. Er hat nämlich gesagt, es wäre per Gesetz ohnedies die Zweckwidmung dafür verankert. Ich muss Ihnen sagen: Ich muss ihn berichtigen! Seit dem Jahr 1997 sind die Einnahmen aus der Motorbootsteuer als allgemeine Finanzmittel in den Landeshaushalt eingeflossen. Der Bodenbeschaffungsfonds, nachdem es ja auch ein revolvingender Fonds ist, das heißt auch wenn für die Gemeinden 80 % aus dem Bodenbeschaffungsfonds für den Ankauf von Bad Saag zur Verfügung gestellt werden würden, müssten sie letztlich diese Mittel auch wieder an den Bodenbeschaffungsfonds zurückführen. Es ist aber so, dass der Bodenbeschaffungsfonds inzwischen bereits zu 70 % aus den Rückflüssen der Grundankäufe durch die Gemeinden finanziert wird und dass die Motorbootsteuer derzeit eigentlich im Budget versickert. Wenn man jetzt sagt: „Okay! Das wird ein zusätzliches Finanzierungsinstrument genau für diesen Zweck, dass 700.000 Euro jährlich im Bodenbeschaffungsfonds zusätzlich bereitgestellt werden.“, dann bin ich der Erste, meine Damen und Herren Abgeordneten, der also da mit dabei ist, wenn man sagt, dass das Bad Saag aus dem Bodenbeschaffungsfonds zu finanzieren ist, weil dann sind es de facto vier Jahrestanchen der Motorbootsteuer, und dann ist das Bad Saag letztlich auf der Welt und steht für die Gemeinden zur Verfügung. Ich denke mir nur, dass man sich insgesamt auch über die Nutzung des gesamten Areals wird Gedanken machen müssen.

Ich bin auch bei Ihnen, wenn Sie sagen, dass wir im Bereich des Sommertourismus entsprechende Infrastruktureinrichtungen brauchen. Da ist sea-life nur ein partielles Projekt, das sozusagen als ein zusätzliches Schlechtwetterangebot, saisonverlängernd, ganzjährig betrieben sein kann, aber dass wir natürlich auch die Möglichkeit schaffen sollten, an unseren Seen verbesserte Infrastruktureinrichtungen zur Verfügung zu haben.

Deshalb, denke ich auch, wird es notwendig sein, ein vernünftiges Projekt im Zusammenhang mit der Veräußerung und der Öffentlichkeitserhaltung des Bades Saag zu entwickeln. Es nützt überhaupt nichts, wenn wir den Ball hin- und herschieben. Der Bürgermeister von Klagenfurt sagt: „Den Preis wollen wir haben.“ Der Finanz-

Ing. Rohr

referent sagt: „Na ja, wenn wir es aus dem Bodenbeschaffungsfonds nicht finanzieren können, dann werden wir mit dem Finanzminister in Wien verhandeln. Vielleicht ist es aus den Ringtauschmitteln irgendwie finanzierbar?“ Auf der einen Seite überlegt die Stadt Klagenfurt vielleicht doch auch, im Pachtwege dieses Grundstück zur Verfügung zu stellen. Es gibt also so viele unklare oder ungeklärte Fragen in diesem Zusammenhang, dass es notwendig sein wird, jetzt einmal Nägel mit Köpfen zu machen, dass man sagt: „Wie schaut die zukünftige Entwicklung des Bades Saag aus? Welche touristische Infrastruktur kann dort entstehen.“

Natürlich muss, sage ich einmal, der überwiegende Teil für die Öffentlichkeit zugänglich bleiben. Das ist die Zielsetzung, die es zu verfolgen gilt. Ich denke, da sollten wir Nägel mit Köpfen machen, indem wir genau überlegen, wie wir gemeinsam mit allen Partnern, die am Tisch sitzen, ein Konzept entwickeln, das auch machbar und finanzierbar ist. Denn es nützt überhaupt nichts, wenn man den Gemeinden Hoffnung macht und sagt: „Ihr kriegt das jetzt zur Verfügung gestellt.“ Wenn ich mir insgesamt dann die Budgetsituation der Gemeinden entlang des Wörther Sees anschau und mir anschau, wie gering teilweise die Spielräume sind, die also eine Bedienbarkeit eines Bodenbeschaffungsfonds-Darlehens auch möglich machen, meine ich, ist das einfach an den Tatsachen vorbei diskutiert. Deswegen muss man wirklich darüber nachdenken: Wie können wir ein Lösungsmodell entwickeln, das nach Möglichkeit alle Interessenslagen befriedigt? Ich muss Ihnen sagen: Schon seit Dezember bemühe ich mich, beim Herrn Finanzminister, nachdem der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger offensichtlich in dieser Frage auch nicht bis zu ihm vorgedrungen ist und auch nicht mehr vordringen wird, nachdem er ausscheiden wird, habe ich mit dem Herrn Landeshauptmann im Dezember schon ausgemacht, dass wir das Thema auch einmal bei einem Gespräch mit dem Herrn Finanzminister erörtern sollten. Allerdings ist offensichtlich dort der Rollbalken herunter. Es ist kaum möglich, irgendeinen Terminvorschlag überhaupt noch zu bekommen. Das Bemühen meinerseits ist in jedem Fall gegeben, dass wir nach Möglichkeit alle Finanzierungsinstrumente versuchen anzusprechen und auszuschöpfen. Dass das natürlich auch eine gewisse

Zeit in Anspruch nehmen wird, ist mir bewusst.

Letztlich gibt es von mir in jedem Fall die Unterstützung für die Gemeinden. Das nicht nur als Gemeindereferent sondern auch als Umweltreferent und zuständiger Referent für das öffentliche Wassergut, dass man sagt: Bad Saag muss für die Öffentlichkeit erhalten bleiben! Bad Saag muss weiter entwickelt werden. Derzeit stellt es sich eher als abgewrackte Infrastruktur am See dar, die in jedem Fall so hergerichtet werden soll, dass sie wieder entsprechend attraktiv für die Öffentlichkeit zur Verfügung steht! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. – Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort. – Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte.)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Die Spezialdebatte wurde beantragt. Wer die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Handzeichen! Bitte, ordnungsgemäß die Hände in die Höhe! Ich bitte noch einmal darum! – Danke, das ist einstimmig so beschlossen. Bitte, Herr Berichterstatter!

Berichterstatter Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass das Bad Saag jedenfalls auf Dauer als öffentliches Bad erhalten bleibt.

Ich bitte um Annahme.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4:

4. Ldtgs.Zl. 76-7/29: Bericht und Antrag des Kontrollaus-

Ferlitsch**schusses betreffend den Bericht des Landesrechnungshofes über das Ergebnis der Kostenüberprüfung gem. § 10 K-LRHG betreffend Baulos Landesstraße B 100, Abschnitt „Lengholz – Radlach West“ von km 57,420 bis km 65,420**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Klubobmann Mag. Grilc. Ich darf dir das Wort erteilen!

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die gegenständliche Materie wurde im Kontrollausschuss erstmalig am 11. Mai 2004 einer Erörterung unterzogen. Wir haben die Materie diskutiert und dabei festgelegt, dass wir den zuständigen Referenten, Landesrat Dörfler, in den Ausschuss bitten. Es war dann so, dass wir noch einmal, im Oktober 2004 und am 20. Jänner 2005, diese Punkte durchbesprochen haben. Es war dem Referenten nicht möglich, in den Ausschuss zu kommen, aber wir haben trotzdem einvernehmlich festgelegt, dass wir die Materie im Hohen Haus debattieren. Im Einzelnen geht es ja darum, dass die B 100 in 14 Baulosen gebaut werden soll; ursprünglich mit einer Summe von etwa 78,3 Millionen Euro.

Der Rechnungshofbericht, der uns heute vorliegt, betrifft den Abschnitt Lengholz - Radlach/West. Es sind also sehr ausführliche Dinge in diesem Bericht einer Betrachtung unterzogen. Ein wesentlicher Kritikpunkt – den darf ich wörtlich zitieren – ist jener, wo es um die Planungsleistungen geht. Es heißt hier im Bericht des Landeskontroll.. (*Abg. Schober: Landesrechnungshofes.*) Ich weiß, Landesrechnungshofes, Entschuldigung! Danke, Herr Kollege Schober. Es heißt hier: „Der Landesrechnungshof bemängelt zum wiederholten Mal die bei den Vergabegesetzen widersprechende Vorgangsweise der Abteilung 17, die Planungsleistungen ohne Wettbewerb auf Basis eines einzigen Honorarangebotes ...“ und verweist auch darauf, das Ähnliches bei der Feldkirchner Straße und bei der Draubücke Lippitzbach passiert ist. Noch einmal ein wörtliches Zitat: „Die Vorgangsweise der Abteilung 17 widerspricht auf

Grund des Wertes der vergebenen Leistungen hinsichtlich der Wahl des Vergabeverfahrens den Vergabegesetzen, wobei auffällt, dass bei den drei bisher im Bereich des Straßenbaureferates geprüften Vorhaben derselbe Auftragnehmer in unterschiedlichen Beteiligungskonstellationen beauftragt wurde.“

Alle übrigen Dinge können Sie ja dem Bericht des Landesrechnungshofes entnehmen. Ich ersuche um das Eingehen in die Generaldebatte.

(*Der Vorsitzende eröffnet und erteilt Abg. Schober das Wort.*)

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! An sich hat dieser Vorgang eine eher ungewöhnliche Vorgeschichte, sage ich einmal so. Es ist ja bisher üblich gewesen, dass man Berichte des Landesrechnungshofes im Kontrollausschuss behandelt. Wenn es Fragen dazu gibt, dann sind die jeweiligen Auskunftspersonen zu laden. So war es auch. Das ist ja heute auch vom Kollegen Grilc angezogen worden. Wir haben zweimal den Straßenbaureferenten, Landesrat Dörfler, geladen. Es war ihm nicht möglich, zu kommen. Ich denke, es wäre vielleicht durchaus einiges an Fragestellungen für diese heutige Sitzung erspart geblieben. Ich habe auch gemeint, dass der Herr Landesrat Dörfler zumindest heute anwesend sein wird, wo er eventuelle offene Fragen, aus unserer Sicht, beantworten hätte können. Aber auch das ist nicht der Fall.

Folge dessen werden diese Fragen wohl offen bleiben, sofern sie nicht auf irgendeine andere Art und Weise eine Beantwortung finden werden.

Drei Fragen dazu. Um gleich die letzte Frage an die Spitze zu stellen. Kollege Grilc hat als Obmann des Kontrollausschusses bereits erwähnt: Dem Landesrechnungshof ist aufgefallen, dass schon zum wiederholten Male den Vergabegesetzen widersprochen wurde und Planungsleistungen ohne Wettbewerb, die ja ab einer bestimmten Höhe vorgesehen sind, an einen einzigen Bieter vergeben wurden. Und das ist – ob rein zufällig oder wie auch immer; das wollten wir ebenfalls beantwortet haben – in bisher drei Fällen, die der Landesrechnungshof geprüft hat,

Schober

immer der gleiche Bieter. Also, diese Frage scheint zumindest bis zu einer Beantwortung durch Herrn Dörfler unbeantwortet zu bleiben.

Zweite Frage. Eine Zeitung hat es mit dem Übertitel „Es gibt einen teuren Schönheitsfehler“ betitelt. Und zwar hat es hier eine Bestbieterfirma, die Firma THT aus dem Oberland gegeben und die hat einen kleinen Formalfehler begangen. Und dieser kleine Formalfehler ist auf irgendwelche Art und Weise durch eine Indiskretion zu Ohren der Firma Strabag gekommen. Die Firma Strabag hat natürlich Einspruch dagegen erhoben und der UVS hat entschieden, dass nicht diese kleine Oberkärntner Firma den Auftrag erhält, sondern die Firma Strabag. (3. Präs. Ing. Scheuch: *Unverständlicherweise, muss man dazu nur sagen! Ein Skandal ist das, was da passiert ist!*) Ich weiß es nicht. Vielleicht könnten Sie, Herr Präsident, diese Frage dann beantworten. Ich wollte sie eigentlich vom Straßenbaureferenten haben, der ja auch in der Zeitung das gesagt hat: Er ist darüber nicht glücklich ... (3. Präs. Ing. Scheuch: *Der ist auf der UVS mit der Frage ...*) ... er ist darüber nicht glücklich. Er weiß aber auch nicht – und vielleicht hätte er diese Frage beantworten können. Jedenfalls war es so, dass nicht diese Firma THT den Auftrag bekommen hat, sondern die Firma Strabag, das dem Steuerzahler immerhin Mehrkosten von 600.000,- Euro verursacht hat. (3. Präs. Ing. Scheuch: *Den UVS muss man da fragen! Den muss man fragen! Die Richter dort! Die haben so entschieden, so verrückt!*)

Meine dritte Frage hätte sich darauf bezogen. Der Landesrechnungshof stellt auch fest, dass es in diesem Bauabschnitt auf politischen Wunsch zu einer Kontaktaufnahme mit einem privaten Unternehmen gekommen ist. Dieses private Unternehmen hätte eine Wasserabfüllanlage errichten wollen. Durch diesen politischen Wunsch ist es dann zu umfangreichen Projektänderungen gekommen, die immerhin Kosten von 25.000,- Euro verursacht haben. Und über Weisung des Landesbau-Straßenreferenten Landesrat Dörfler sind diese Kosten vom Land übernommen worden. Warum das so geschehen ist, wollten wir auch in dieser Beantwortung vom Landesrat Dörfler wissen, aber wie schon eingangs erwähnt, offenbar bleiben diese Fragen unbeantwortet. Danke! (Beifall von der SPÖ-Fraktion.)

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Ing. Haas das Wort.)

Abgeordneter **Ing. Haas** (FPÖ):

(Der Redner stellt die Pulthöhe zurecht.) Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Nachdem mein Kollege Dörfler nicht da ist, nehme ich die Gelegenheit wahr, um doch ein paar Sachen dazu zu sagen. Kollege Schober hat drei Fragen gestellt. Also, zwei Fragen beziehen sich bestimmt nicht auf den Rechnungshofbericht, die dritte Frage werde ich versuchen, zu beantworten. Ja, der vorgelegte Rechnungshofbericht wurde deshalb ins Hohe Haus gebracht – die anderen Berichte wurden ja im Kontrollausschuss behandelt – weil der Herr Landesrat keine Zeit gehabt hat, hier zu sein. Aber, in diesem Rechnungshofbericht sind im Wesentlichen drei Punkte drinnen, die ich hier ganz klar feststellen soll.

Der erste Punkt ist praktisch, wie die Ausschreibungen für diese Baulose gemacht wurden. Und hier wurde ganz klar festgestellt, dass die erforderlichen Bewilligungen, Beschlüsse und Genehmigungen vollinhaltlich für dieses Projekt gegeben sind. Das heißt, es wurden die Vorarbeiten von der Abteilung ordentlich gemacht und sind diese auch in die Ausschreibung eingeflossen. Zu den Überprüfungspunkten die hier angeführt wurden; der Rechnungshof hat ja die Aufgabe gehabt, eigentlich nur die Sollkostenüberprüfung festzustellen, dann die Kostenaufstellung und die Vollständigkeit der Kostenberechnung.

Zur Kostenaufstellung: Es wurde ausdrücklich im Rechnungshofbericht festgehalten, dass die Positionen plausibel und nachvollziehbar und vollständig ermittelt wurden. Das heißt, dass die Massenermittlung ebenso vollständig ermittelt wurde. Das ist auch dann der Punkt wo man sagen kann, das ist die Grundlage dafür, um ordentliche Preise zu erhalten. Ein Pluspunkt ist auch noch, dass praktisch diese Kostenermittlung dazu geführt hat, dass eigentlich die abgegebenen Angebote unter der ermittelten Summe dieses Ergebnis brachten.

Der Landesrechnungshof bekrittelt darin, dass hier als Grundlage die Baupreisstatistik von 2002 herangezogen wird. Ich möchte aber sagen,

Ing. Haas

das ist für mich eigentlich das Positive dabei, weil der Beamte muss sich ja auf eine Ebene, auf eine Basis verlassen können. Und von dort hat man dann den Überblick, wie die Preise nach oben oder nach unten abgegeben werden. Ich sage so: Es ist besser, man nimmt diese Statistik als der Beamte versucht, eigene Interessen hier miteinfließen zu lassen. Dann hat man eigentlich keinen Vergleich mehr, wie die abgegebenen Preise liegen. Es ist richtig, dass es vernünftig wäre – und das ist als Empfehlung ja angeführt – dass in Zukunft vielleicht die Baupreisstatistik gegliedert wird. Das heißt, also für Großprojekte, für mittlere und für Ortsdurchfahrten diese Preise getrennt Berücksichtigung finden. Und, wie ich weiß, gibt's ein neues Programm in der Abteilung 17 und diese Vorgangsweise wird jetzt in Zukunft berücksichtigt.

Zum Kritikpunkt der Vergabe, der Ziviltechnikervergaben. Wir haben heute schon gehört. Der Herr Kollege Gunzer hat ja schon ausgeführt, dass es wichtig ist und wir alle bestrebt sind, die Arbeiten im eigenen Land zu lassen. Es hat ja gewisse Probleme gegeben mit Ziviltechnikerleistungen, die nicht in Kärnten vergeben wurden. Das heißt, die ausgeschrieben wurden und wo man bei der Ausführung dann große Probleme gehabt hat. Bei einer Besprechung am 26.5.2003 wurde eben eine Dienstanweisung herausgegeben, die im Einvernehmen mit allen Ziviltechnikern erstellt wurde, dass praktisch ab diesem Zeitpunkt das Bundesvergabegesetz 2002 für Projektierungen eben wieder zur Anwendung kommt. Das heißt, für Projektierungen bis 30.000,- Euro ist dem gemäß eine Direktvergabe vorzunehmen und bis 130.000,- eben ein Verhandlungsverfahren. Da sind ja auch Spielregeln festgelegt und damit ist es eigentlich gewährleistet, dass wir die Arbeiten hier im Lande haben und vor allem, dass einfach die Qualität schon bekannt ist.

Ich kann nur aus der Praxis sagen, für das Land ist es sicherlich von Vorteil, wenn wir diese Vorgangsweise wählen. Und, ich glaube, es kann ja nichts Schlechtes sein, wenn die Arbeit bei uns im Land bleibt, als wenn es irgendwo ausgeschrieben wird, ausländische Ziviltechniker kommen und dann die große Problematik mit Nachtragsforderungen – ich sage das aus der Praxis – auf uns zukommt.

Deswegen finde ich vielleicht diesen Kritikpunkt, der hier drinnen ist vielleicht nicht als

gerecht, und ich ersuche, die gegebene Praxis zur Kenntnis zu nehmen, weil ich glaube, es sind eigentlich alle – sowohl die Beamten als auch die Ziviltechniker als auch die Firmen – mit dieser Vorgangsweise einverstanden. Danke! *(Abg. Schwager Beifall gebend: Bravo! – Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Holub das Wort.)

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Er ist unter die Straßebauer gegangen!) Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr auf der Tribüne! *(Ein einziger Zuhörer sitzt auf der Tribüne.)* Ich war vor ungefähr 14 Tagen zu Fuß dort unterwegs wo jetzt gerade eben das Stück beginnt, wo die erste UVP im Bezug auf die B 100 gemacht wird. Und ich habe mir die ganze Straße auch angeschaut. Mir geht's da schon sehr viel auf und ab und es sind so ein paar Durchgänge die für mich nicht nachvollziehbar sind. Also, ich hätte mir dort auch eine UVP gewünscht, weil Aussagen von Jägern zufolge, geht zum Beispiel ein großer Hirsch – also nicht nur ich – sondern ein großer Hirsch da bei den meisten Unterführungen nicht durch, sondern eher ein kleines Wiesel. Und, wenn man das vorher gecheckt hätte, dann hätten wir vielleicht ein bisschen Material sparen können. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Wie hat denn der Hirsch geheißt!?)* Ja, persönlich habe ich ihn jetzt nicht gekannt. Ich hab' einige dort gesehen. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Bist du der Hirsch!?)* Ich sage jetzt aber nichts dazu.

Die Grünen Ansätze betreffend die – unter Anführungszeichen – „Schnellstraße“, weil ein paar blaue Schilder stehen ja noch dort. Im Bezug auf das Road-Pricing wird's dort natürlich eine Zunahme vom LKW-Verkehr geben. Es ist jetzt eine Messstelle angedacht, aber ich glaube, wenn man die Messstelle etwas früher machen täte, dass man auch zum Mölltal dazukommt und dort vielleicht auch eine LKW-Kontrollstelle macht, kann man das ein bisschen einschränken was da jetzt auf uns zukommen wird. Dann vielleicht, ja, ein Fahrverbot für über 7,5 Tonnen in der Nacht wäre auch eine Möglichkeit, dass die Leute schlafen können. Also, Natura-2000-Gebiet, ist früher eben wenig Bezug dazu genommen worden. Die Straße ist wirklich genau an der Drau. Und, wenn das ein bisschen anders

Holub

angedacht gewesen wäre, hätte man einiges retten können. Auch den Bruchwald dort.

Dann zum Rechnungshof. Da sind drei, vier Kritikpunkte, die ich mir da herausgesucht habe. Nicht nur die 25.000,-- Euro, die zuviel geplant worden sind, weil das eben dort beim Bahnhof Steinfeld nicht zu Stande kam, sondern eben auch der Rechnungshof bemängelt zum wiederholten Mal die den Vergabegesetzen widersprechenden Vorgangsweise, Planungsleistungen in der oben genannten Höhe ohne Wettbewerb auf Basis eines einzigen Honorarangebots zu vergeben. Und das Gleiche eben auch im Bereich Brückenbau bei der Planung ohne Wettbewerb. Und das, was der Rechnungshof noch kritisiert ist bei der Baupreisstatistik, dass da ein Mittelpreis hergenommen wird. (*Abg. Ing. Haas: Hast nicht aufgepasst ...*) Ja, ich habe nichts gegen einen Mittelpreis, aber auch der Rechnungshof meint, dass die Baumaterialien je nach Region zu bewerten sind. Und, wenn man das noch dazu tun würde, dann hätten wir sehr unterschiedliche Preise, eher nach unten und nicht nach oben. Und ich denke mir, dass der Spielraum absichtlich nach oben gehalten wird, damit man besser taktieren kann. Danke schön! (*Beifall von Abg. Mag. Lesjak.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Ing. Hueter das Wort.*)

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Zuerst erlauben Sie mir einmal und Herr Präsident, ich bitte, dass wir das in Zukunft vielleicht ein bisschen besser machen könnte. Wenn es Anfragen betreffend der Landesräte gibt, dann möchte ich eigentlich schon ganz gerne haben, (*Abg. Lobnig: Fragestunde!*) dass die Landesräte da sind, weil ich weiß nicht, wen ich jetzt fragen soll? (*3. Präs. Ing. Scheuch: Den Martinz, den Martinz frag!*) Nein, schau ich habe dir extra gesagt Kurt, wenn die – wie heißt das – auf der Tagesordnung betreffend des Referates – das war jetzt schon das dritte Mal – und heute, bitte sag ich es noch einmal. In Zukunft – weil das glaubt mir daheim eh keiner, wenn ich sage ... (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das wird sich erst ändern, wenn du Landesrat sein wirst!*) Na, schau, das hat ja mit dem nichts zu tun, bitte! Aber, ich glaube, es ist einfach komisch. Wir

werden da vom Ausschuss vertröstet auf den Landtag, dann heißt, bitte die Fragen stellen. Jetzt sind wir im Landtag und ich weiß nicht, wen ich fragen soll. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ich kenne das, ich mache von der Fragestunde Gebrauch!*)

Gut, könnte man vielleicht auch machen. Aber ich glaube, es müsste möglich sein, weil wenn zum Beispiel heute eine Budgetdebatte ist und ich soll im Gemeinderat als Bürgermeister dazu Stellung nehmen und fünf Stunden nicht da bin und dann, wenn die Gemeinderatssitzung vorbei ist, komme und sage, hoffentlich ist die Sitzung vorbei. Ich weiß nicht, wie gut das in der Gemeinde ankommt. Das Ähnliche erwarte ich mir auch da.

Zur B100 insgesamt werde ich natürlich nur ganz kurz sagen. Ich bin sehr froh, dass wir so weit sind. Ich hätte auch gerne betreffend des Untersuchungsausschusses ein paar Fragen die offen wären; kann ich aber leider nicht stellen, weil ich einfach nicht weiß, wer sie beantworten sollte. Zur LKW-Mautstelle: Da glaube ich, kann ich auch dem Rolf Holub beipflichten. Ich glaube, der Standort wäre sicher gescheiter am Lurnfeld als in Steinfeld, weil da wird – und mich wunderts, dass der Kurt Scheuch da noch nichts gesagt hat – weil, da werden wir sicherlich ein bisschen einen LKW-Verkehr ins Mölltal kriegen. Weil, wenn da gewisse LKW-Fahrer, die nach Italien fahren ein paar Mal gefilzt werden, da werden die natürlich eine Ausweichroute, – und das ist die naheliegendste über das Mölltal, Iselsberg, Lienz und dann weiter hinunter. Aber bitte, ich glaube einfach, man könnte noch einiges im Vorfeld reparieren.

Die Trassenführung, glaube ich, will ich heute überhaupt nicht andiskutieren. Ich möchte nur so viel sagen: Bei jeder Trasse bzw. wo es geheißen hat, „... bei der Gemeindegrenze hört auf.“, muss es auf der anderen Seite der Gemeindegrenze weitergehen. Genauso, wie es jetzt hier in Radlach und Greifenburg passiert ist, das scheint mir nicht der Planungsstand im 3. Jahrtausend zu sein. Ich habe euch deswegen ein Bild mitgebracht. (*zeigt ein Foto vor:*) Wir haben eine 90-Grad-Kurve drinnen, mit einer Brücke, die 7 % Neigung hat. Es wird jetzt im Drautal schon von der „Dörfler-Kurve“ gesprochen. Ich hoffe, dass das nicht das Endstadium ist, dass wir da ein bisserl eine Abweichung zusammenbringen, weil

Ing. Hueter

so etwas, glaube ich, wird mir jeder zubilligen: Das kann nicht Planungsstand im 3. Jahrtausend sein! (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Besser die „Dörfler-Kurve“ als das „Hueter-Eck“!*) Ja, wart einmal! Zum „Hueter-Eck“ sage ich heute nichts. Zu dem sage ich erst dann etwas, wenn es fertig ist. Dann werden wir dazu eine Fragestunde machen. Und auch dazu werde ich mich dann äußern.

Zu Dellach werde ich euch auch etwas erklären. Die Gemeinde Dellach war eine der Ersten, die für den Trassenverlauf den Beschluss zusammen gebracht hat; übrigens fast einstimmig. Das war im Jahr 2000. Im Jahr 2002 hat die Gemeinde Berg als Angrenzergemeinde nach Osten hin auch einen Mehrheitsbeschluss gefasst und gesagt: „Wir fahren bahnparallel herunter.“ Seit drei Jahren ist nichts passiert! Jetzt, im Zuge des UVP-Verfahrens, das eben seit dem Jahr 2004 stattfindet, hat es eine Einreichung gegeben, auf Vorschlag auch von der Naturschutzbehörde, die den Gemeinderat von Dellach natürlich sehr vor den Kopf stößt. Ich muss sagen: Hätte das Land Kärnten damals das getan, was auch Landesrat Dörfler uns bei der Versammlung gesagt hat, dann hätten wir dieses Verfahren aus dem UVP-Verfahren heraußen gehabt, und die Straße wäre bereits gebaut. Jetzt herzugehen und dem Gemeinderat von Dellach quasi ein Zeitlimit zu geben: „Wenn diese Trasse euch bis zum 10. Jänner dieses Jahres so quasi genehm ist, dann kommt das im Zuge des UVP-Verfahrens hinein, und ansonsten haue ich es hinaus.“, wörtliche Aussage vom Landesrat. Das, finde ich, ist einfach kein gescheiter Weg!

Wir Drautaler sind aber sicherlich sehr, sehr dafür – und ich kann euch nur von meiner Seite aus sagen - und wollen, dass rasch gebaut wird, dass auch im Zuge des UVP-Verfahrens keine Zeit mehr verloren geht. Es ist eh schon sehr viel Zeit verloren worden. Ich glaube einfach, wir müssen mit dem Herrn Landesrat noch einmal zusammensitzen, um hier raschest eine gemeinsame Lösung zusammenzubringen.

In diesem Sinne bitte ich, dass das heute gehört wird und dass wir hier wirklich eine vernünftige, gescheite Lösung für unser Drautal zusammenbringen. Danke schön! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt 3. Präs. Ing. Scheuch das Wort.*)

Dritter Präsident **Ing. Scheuch** (FPÖ):

Hoher Landtag! Jetzt sind schon etwas mehr Besucher. Gott sei Dank! Es freut uns, dass wir auch am Nachmittag ein bisschen mehr Aufmerksamkeit bekommen. Meine Wortmeldung repliziert nur ganz kurz auf den Vorredner, mit zwei Sätzen, einfach dahingehend, dass das Problem im Drautal nicht allein zu suchen ist beim Landesrat Dörfler, sondern bei den Extrawünschen und auch Extrawürsten der verschiedenen Gemeinden, Nummer 1, ganz stark sogar und dass sie einbezogen worden sind.

Wenn man sich wünscht, lieber Kollege Hueter, wenn man sich das wirklich wünscht, dass schnell, zügig und auch vernünftig gebaut wird, dann muss man sich letztendlich auch so verhalten! Da kann man nicht hier ans Rednerpult herausgehen und sozusagen mit Halbwahrheiten operieren. Es ist richtig, dass niemand mit der Streckenführung in Dellach glücklich ist. Auch ich nicht! Das ist ja eine klare Geschichte, aber bitte nicht böse sein, denn da gibt es eine klare Stellungnahme des Herrn Petutschnig, im Übrigen dem Beauftragten im Naturschutzbereich. Wenn Sie heute da stehen und allen Ernstes sagen: „Das ist aber klasse Geschichte, dass wir sozusagen die Straße schnell bauen hätten sollen, damit die Naturschutzanliegen nicht niedergeschlagen werden.“, dann bin ich eher erstaunt darüber. Nummer eins.

Nummer zwei – das ist auch eine Halbwahrheit, und das muss man heute hier schon ein bisschenl ausräumen – die Entscheidung der Strecke ist noch nicht gefallen, wie Sie wissen, sondern es gibt nach wie vor Gespräche mit der Gemeinde. Dass letztendlich natürlich eines klar ist, dass wir nicht von vornherein eine Strecke dort zum Thema machen können, weil sie schon von vornherein ausgeschlossen ist, eben durch die UVP-Prüfung. Dann würden wir ja sämtliche weiteren Streckenabschnitte im Vorfeld auch damit hebeln, Herr Abgeordneter! Das würde wohl kaum Ihren Wünschen entsprechen, dass wir schnell und zügig weiter arbeiten. Deswegen würde ich eher um eine sachliche Diskussion bitten und nicht um so Grauzonen-Ausleuchtungen, die dann womöglich wirklich zu den „Hueter-Ecken“ werden. Das wollen wir beide nicht! Ich denke, dass es eine vernünftigere Vorgehensweise wäre, hier nicht Öl ins Feuer zuzugießen, sondern konstruktiv bei den Besprechun-

Ing. Scheuch

gen, vor allem mit den Dellachern, teilzunehmen und dort eine vernünftige, auch machbare Lösung den Menschen zu bieten.

Das ist jetzt mein letzter Satz: Man könnte auch auf dem Standpunkt weiterhin stehen, den Greifenburgern die Tunnel-Variante um 600 Millionen Schilling einzureden. Gebaut wird das nie! Und das, lieber Kollege, das war lange, lange Zeit im Drautal die Praxis: dass der Bund, das Land und viele anderen sich darüber gefreut haben, dass man den Menschen im Drautal immer etwas anderes erzählt hat. Die haben untereinander gestritten, und in Wirklichkeit hat sich der Zentralraum darüber gefreut, dass Geldmittel im Zentralraum verbaut werden konnten und die Peripherie nicht aufgeschlossen wurde. Das ist der Grund, warum wir gemeinsam dort ziehen sollten und nicht Ihren persönlichen Kleinkrieg betreffend dieser, was weiß ich, Ihrer privaten Erschließung den Herrn Dörfler dort noch weiter zu führen. Das halte ich für nicht klug. Ich denke, wir werden eine Lösung finden! Danke! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

(Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. – Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort. – Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. – Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.)

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes vom 20. Jänner 2004, Zahl: LRH 116/G/200, betreffend die Kostenüberprüfung des Bauloses Landesstraße B 100, Abschnitt „Lengholz – Radlach/West“ von km 57,420 bis km 65,420 gemäß § 10 K-LRHG wird zur Kenntnis genommen.

Ich ersuche um Annahme.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 5:

5. Ldtgs.Zl. 92-2/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr zur Regierungsvorlage betreffend den Bericht des Wirtschaftsförderungsfonds gem. § 33 Abs. 4 Kärntner Wirtschaftsförderungsgesetz für das Jahr 2003 und Jahresabschluss zum 31. 12. 2003

Berichterstatter ist Abgeordneter Willegger. Ich erteile dir das Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Willegger** (FPÖ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Werte Zuhörer! Hier liegt uns der Bericht des Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds für das Jahr 2003 vor. Insgesamt wurde ein Förderungsvolumen von 46,6 Millionen Euro ausgeschüttet. Wesentliche Punkte sind darin enthalten, und zwar dass Kärnten 2003 gegenüber Österreich in allen Quartalen Zuwächse im Bruttoregionalprodukt gehabt hat. Also das Bruttoinlandsprodukt ist die Summe aller Leistungen, die ein Volk wie Österreich vom 1. 1. bis zum 31. 12. eines jeden Jahres erbringt. Kärnten hat 2003 dazu einen Beitrag von zirka 6 % geleistet. Das sind über 12 Milliarden Euro.

Ich beantrage daher das Eingehen in die Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Köfer das Wort.)

Abgeordneter **Köfer** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Wenn man das „Statistische Handbuch des Landes Kärnten“ bemüht und da die Seite 117 aufschlägt und nachlesen darf, dass es 47 Millionen Euro im vergangenen Jahr, im Jahr 2003, gewesen sind, die an Förderungen an Kärntner Betriebe ausgeschüttet worden sind, so stimmt es mich trotzdem bedenklich, dass die Tendenz der Insolvenzen gerade im Jahr 2003 sich so hoch wie nie zuvor darstellt. Wir sprechen von 8 Ausgleichen, wir sprechen von 564 Konkursen und 236 abgewiesenen Konkursanträgen.

Köfer

Wenn die Tendenz bei den Ausgleichen steigend ist, so haben wir zumindest im Bereich der Konkurse eine Stagnation erreicht, eine Stagnation auf höchstem Niveau in Österreich. Wenn wir uns mit dem Bundesland Burgenland vergleichen, dann werden wir draufkommen, dass das Burgenland in diesen Daten wesentlich besser abschneidet.

Hauptbetroffener ist abermals die Bauwirtschaft, mit 48 Konkursen und die Tourismusbetriebe mit 34 Konkursen. Das heißt, wir sollten auch in diesem Bereich die politische Voraussetzung schaffen, damit die Bauwirtschaft in Kärnten das umsetzen kann, wovon wir träumen und wovon wir eigentlich leben, damit dieser wirtschaftliche Aufschwung, von dem wir in diesem Hause immer wieder sprechen, nicht nur eine rhetorische Floskel bleibt. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Gunzer das Wort.)

Abgeordneter **Gunzer** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Zum Bericht Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds möchte ich anmerken, dass es 2003 zirka 1.680 neue Unternehmensgründungen gegeben hat - damit haben wir auch aufgeholt - und dass die Fördermittel vom KWF sehr sinnvoll für die Kärntner Wirtschaft eingesetzt wurden. Wenn ich jetzt von meinem Vorredner höre, dass es in Kärnten eine ganze Reihe von Konkursen gegeben hat: Es ist leider Gottes richtig, dass es immer wieder dort und da Betriebe trifft, die wirtschaftlich nicht mehr zu Rande kommen. Ich möchte aber schon sagen, dass wir auf Grund der ganzen Investitionen und des Strukturwandels in Kärnten sehr viel zum Positiven haben wenden können. Ich nenne hier eine Zahl: 2004 bereits, wo die Investitionen auch gegriffen haben, haben wir in Kärnten einen Rückgang an Konkursen von 5,11 % und österreichweit eine Steigerung von 11,7 %. Das nur zur Relation zu meinem Vorredner.

Ansonsten, wie ich schon erwähnt habe, wurden sie sehr sinnvoll eingesetzt.

Was mir ein bisschen fehlt ist, dass ein Viertel der gesamten Wirtschaft, der Handel und die Reparatur erbringt. Und, dass gerade der Handel hier bei der Förderkulisse benachteiligt ist. Es wurde jetzt im KWF-Kuratorium bereits wieder-

rum ein Beschluss gefasst, dass die Investitionsgrenze auf 15.000,- Euro reduziert wurde, aber bitte, der Handel schon wieder ausgenommen ist! Ich appelliere auch hier an das Hohe Haus, dass in Zukunft auch der Kärntner Handel, der auch sehr viel Arbeitsplätze schafft und vor allem an Leistung erbringt, dass auch der Handel dementsprechend bei der Förderkulisse in Zukunft berücksichtigt wird.

Ansonsten sind circa 40 Prozent der Fördermittel im Jahr 2003 in die Technologie geflossen. Es wurde sehr gut angelegt, denn mittlerweile sind wir im Technologiesektor im Bundesländervergleich an zweiter Stelle hinter Oberösterreich. In weiterer Folge haben sich die Investitionen und Fördermittel und Gelder auch für den Tourismus bereits gerechnet. Wir haben aufholen können im Wintertourismus aufgrund der vielen Investitionen, wobei ich hier dazu sage, dass es noch verstärkte Kraftanstrengung für die Zukunft brauchen wird, dass wir letztendlich auch zu einem Ganzjahrestourismus kommen. Abschließend mein Wunsch an das Hohe Haus: Dass wir die Förderkulisse vereinfachen, dass man die Investitionssumme von 15.000,- Euro auf 10.000,- Euro reduziert und es sollte ein einheitlicher Förderantrag zu Stande kommen, so ähnlich wie es bei der Wohnbauförderung ist. Dass die Unternehmer nicht zu Bittstellern werden, sondern dass sie wieder freiweg agieren können, wie es ihnen auch zusteht und gebührt. Danke! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Ing. Hueter das Wort.)

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Hohes Haus! Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Geschätzte Damen muss ich sagen, ja! Ganz ein kurzes Wort da zum Kurt, zu seiner Äußerung früher, zum quasi Dunstbereich. Ich glaube, das sollte man eher lassen. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Red' einmal zum Thema!)* Ich weiß, wovon ich da geredet habe und ich möchte das gar nicht ausführlich machen. Ich habe mich, glaube ich bemüht, dass wir wirklich zum Tisch kommen, dass wir gemeinsam mit dem Landesrat Dörfler eine Lösung zusammen bringen und ich hoffe, dass er auch dabei einlenkt, weil es ist ja bekannt, dass die Gemeinde Parteistellung im UVP-Verfahren hat. Das zu dem.

Ing. Hueter

Zum Zweiten, wo ihr geredet habt, zur Wirtschaftsförderung. Da glaube ich schon auch, und da kann ich meinem Vorredner sehr viel beipflichten, es ist vieles getan worden. Es sind aber auch betreffend unseres Bezirkes Spittal einige Zusagen gemacht worden aus dem Jahr 2003, die ich heute einfach noch einmal einfordern möchte. Und zwar, anlässlich der Gabor-Pleite - ähnlich wie jetzt bei Gallus - wurde am 18. Jänner 2003 ein Regierungsbeschluss, übrigens ein einstimmiger, gefasst, um hier wirklich Sofortmaßnahmen für den wirtschaftlich schwachen Bezirk umzusetzen. Damals ging es auch um 300 Beschäftigte, die gekündigt wurden, sogar mehr als jetzt, leider Gottes, im Lavanttal. Und dort wurden vier Maßnahmen, diesen Bezirk eben sofort raschest unter die Arme zu greifen, angenommen bzw. festgesetzt. Da ist es um das Ravensburger Spieleland in Döbriach gegangen, da ging es um die psychosomatische Klinik in Millstatt, da ging es auch unter anderem um das Krankenhaus Samonigg in Spittal und um den Ausbau und den touristischen Ausbau der Emberger Alm, Liftprojekt, und dergleichen mehr. Wir schreiben das Jahr 2005. Meines Wissens ist von diesen vier genannten Projekten erstens keines umgesetzt und zweitens liegt es sehr weit in der Ferne. Ich weiß auf jeden Fall nichts, meines Wissens, wo wir hier ansetzen könnten, damit wir da wirklich ein bisschen auf die Überholspur kämen.

Wir haben heute genau vor 14 Tagen – der Kollege Gunzer war oben – diesen sogenannten „Drautalgipfel“ gehabt, wo ich mir eigentlich auch erwartet hätte, dass wir hier endlich einmal ein paar Vorschläge bekämen, was los wäre, was wir umsetzen könnten, weil ... (*Zwischenruf aus der FPÖ-Fraktion.*) ja, ich werde dir das gleich sagen. Weil wir da wirklich ein paar Projekte in der Schublade haben und die wären umzusetzen. Es ist, leider Gottes, damals nach der Einleitungsrunde von allen Bürgermeistern, die eigentlich auch nicht vorinformiert waren bzw. die man irgendwo vorher gefragt hat, wann sie da oben auf dem Podium sein sollten. Dann ist die Diskussion, um die es eigentlich gegangen wäre, in einer relativ raschen und sehr komischen Art – ich würde nicht sagen, abgewürgt worden – sondern einfach, es gibt keine Diskussion mehr. Aus! Und ich hätte mir eigentlich von einem Drautalgipfel schon erwartet, dass uns der zuständige Referent da wirklich ein paar Zusagen

macht oder zumindestens ein oder zwei Projekte die man raschest umsetzen könnte angeboten hätte.

Wir Bürgermeister waren aber deswegen aktiv. Vorige Woche haben wir uns zusammengesetzt und wir haben jetzt ein Maßnahmenpaket erarbeitet. Vier Projekte, die wir jetzt gemeinsam an drei Regierungsmitglieder überbringen werden, den jetzigen zuständigen Tourismus- und Finanzreferenten Haider, den Herrn Gemeindefeferenten Rohr und auch den Agrarreferenten Martinz werden wir zu Tisch bitten, um vier Projekte konkret für das Drautal umzusetzen, damit wir wirklich das, was uns eigentlich schon im Jahr 2003 zugesichert bzw. versprochen wurde, endlich - und ich unterstreiche da „endlich“ – einmal auch umsetzen können. Der Bezirk Spittal braucht wirklich diese Unterstützung. Es geht uns oben wirklich nicht allzu rosig und all zu gut. Aber, ich glaube, Dinge, die schon sehr lange durch die Zeitungen, durch die Medien geistern, sollten jetzt endlich umgesetzt werden oder wir kriegen klaren Wein eingeschenkt und es heißt, das oder das Projekt geht nicht mehr. Dann wissen wir als verantwortliche Bürgermeister, dass wir uns die Energie für andere Projekte hernehmen und es nicht immer heißt, jawohl es geht eh, es geht eh, nur kommen tut nichts! Ich möchte endlich bitte fordern, dass wir zu den Daten kommen und bitte an die Umsetzung gehen. Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Lesjak das Wort.*)

Abgeordnete **Mag. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte auch ein paar Worte zum KWF-Bericht verlieren, wobei ich aber auch sozusagen Bezug nehme auf den Wirtschaftsbericht der vom IHS erstellt worden ist, weil der Vergleich und die Zusammenschau dieser beiden Berichte ein doch relativ interessantes Bild ergeben. Also, wenn man diese beiden Berichte anschaut, dann hat man eine sehr genaue Analyse der Stärken und Schwächen der Wirtschaft in Kärnten, wobei beim Lesen ein bisschen auffällig ist oder mir ist das so vorgekommen, dass beim IHS-Bericht dann doch bei problematischen Dingen häufig positive Einzelfakten hervorgekehrt werden, was

Mag. Lesjak

das Gesamtbild ein bisschen verzerrt. Zum Beispiel wird da eingangs gesagt, dass sich die konjunkturelle Entwicklung verbessert hätte. Wörtlich: „In Kärnten stieg die Bruttowertschöpfung 2003 dagegen etwa doppelt so stark wie wir das im Bundesdurchschnitt hatten.“ Also in Kärnten um 1,5 Prozent und im Österreichdurchschnitt war es um 0,8 Prozent. Das wird dann später auf der Seite 14 etwas genauer ausgeführt. Da gibt's eine Tabelle, wo genau aufgelistet ist, wie sich diese Entwicklungen eben verlaufen. Und unterhalb steht dann: Aus Tabelle 3 geht hervor, dass sich ungeachtet zum Teil deutlicher Unterschiede zwischen den Wachstumsraten in einzelnen Jahren im gesamten Zeitraum von 1998 bis 2003 das reale Bruttoinlandsprodukt und die Bruttowertschöpfung in Kärnten und Österreich weitgehend parallel entwickeln. Das heißt, es gibt da zwar Schwankungen und wir haben jetzt im letzten Jahr, 2004, einen leichten Aufschwung gehabt, aber das ist – ja, wie soll man sagen – ein Einzeldatum und zeigt nicht einmal auf eine Tendenz hin.

Zu einem gleichen Befund kommt der KWF-Bericht. Auch hier wird der konjunkturellen Entwicklung nicht gerade Positives voraus gesagt, es wird auch nicht sehr positiv festgestellt. Im Gegenteil, in der Tendenz bleiben wir unter dem Österreichdurchschnitt, wie auch in der Wirtschaftsdynamik und im Wirtschaftsniveau. Da heißt es, dass das Bruttoregionalprodukt sich nahezu gleich entwickelt wie das BIP in Österreich und wörtlich: „Das heißt auch, dass kein Aufholprozess des regionalen Wohlstandsniveaus zu beobachten ist. Vielmehr entwickelt sich das Bruttoregionalprodukt Kärnten in etwa im Österreichdurchschnitt.“ Also, diese Jubelmeldungen, dass wir da große Fortschritte machen, muss man ein bisschen relativieren.

Insgesamt sind natürlich die Ergebnisse – es gibt mehrere interessante Ergebnisse – und naturgemäß werde ich eher auf die negativen Ergebnisse eingehen und weniger die positiven Entwicklungen berücksichtigen, die es natürlich auch gegeben hat. Aber auffällig war halt schon, dass in der Konjunktur, in der Wirtschaftsdynamik, es nur wenig Impulse gegeben hat. Der KWF schreibt das so: „Das Jahr 2003 brachte der Wirtschaft Österreichs und Kärntens nur wenig Impulse. Die schwache Wirtschaftsentwicklung der beiden Jahre (Vorjahre) setzte sich fort.“ Ein weiterer Befund sind die Unternehmensgrün-

dungen. Es sind einige gegründet worden, einige sind wieder verschwunden, haben nicht überlebt. Ebenfalls bleibt die Gründungsintensität weiterhin hinter dem Österreichdurchschnitt. Das beschreibt der KWF.

Was mich ein bisschen erstaunt, weiters, sind die Ausgaben und die Entwicklung im Bereich Forschung und Entwicklung. Da gibt's zwar jetzt in den letzten Jahren große Investitionen. Trotzdem sind wir mit der F & E-Quote immer noch unterm Österreichdurchschnitt. Also hier könnte man noch viel mehr zulegen. Im Moment gibt's eine Forschungs- und Entwicklungsquote von 1,1 Prozent im BIP. Der Österreichdurchschnitt ist 1,8 Prozent. Also, in anderen Bundesländern wird immer noch mehr für Forschung und Entwicklung ausgegeben und da ist auch noch Entwicklungsbedarf bei uns festzustellen.

Was für mich am Erschreckendsten ist, ist die Erwerbsquote und die Arbeitslosigkeit. Und auch im IHS-Bericht wird das so dargestellt. Und da möchte ich zitieren daraus: „Die Erwerbsquote in Kärnten liegt sowohl bei den Frauen wie auch bei den Männern unterm Österreichdurchschnitt, wobei hier die männliche Erwerbsbeteiligung noch relativ nahe am Österreichdurchschnitt ist und die Erwerbsbeteiligung bei Frauen mit 61,1 Prozent deutlich hinter dem Durchschnitt zurückliegt. Der Österreichdurchschnitt wäre 68,4 Prozent.“ Und da heißt es weiter: „Im Bundesländervergleich nimmt Kärnten mit einer insgesamten Erwerbsquote von 70,4 Prozent den letzten Rang ein.“ Das ist eine traditionelle Hypothek. Es war schon in den letzten Jahren und Jahrzehnten auch so, dass wir traditionell eine niedrige Erwerbsbeteiligung haben, aber hier läuten bei mir die Alarmglocken, weil es ja gerade die Frauen betrifft. Also, gerade Frauen sind von einer hohen Arbeitslosigkeit betroffen und sind auch weitgehend vom Erwerbsprozess ausgeschlossen. Sei es jetzt, weil wir eine schlechte Konjunktur haben oder nicht diese günstige Konjunktur, die wir haben wollen, sei es aufgrund von mangelnder Flexibilisierung, Vereinbarkeit Beruf und Familie oder aufgrund von mangelnder Qualifizierung vielleicht auch. Aber sicherlich ist das nicht zuletzt auch ein Ergebnis einer ineffizienten Wirtschaftspolitik, die jetzt in den letzten Jahren stattgefunden hat, die keine Rücksicht auf die besonderen Bedürfnisse von Frauen nimmt.

Mag. Lesjak

Ich habe mir weiters auch angeschaut, was zum Beispiel EU-Berichte im Bereich Wirtschaft zu vermelden haben. Und auch hier ist die Situation eher ernüchternd. Es ist ja so, dass die Globalisierung ein Prozess ist, der sowohl positive wie auch negative Auswirkungen auf uns hat und wir können hier höchstens Schäden ausgleichen. Man kann aber nicht davon ausgehen, dass sich in Kärnten in naher Zukunft ein Aufschwung abzeichnet oder sich die Konjunktur verbessern wird. Im aktuellen EU-Kommissionsbericht „Beschäftigung in Europa 2004“ steht auch beschrieben, rückblickend auf 2003. „Frauen, gering Qualifizierte und Ältere befinden sich durchgehend in einer schwächeren Arbeitsmarktposition und haben zudem geringere Aussichten auf eine Verbesserung ihrer Situation.“ Man kann es natürlich alles auf Kärnten auch umlegen, das trifft auf Kärnten auch zu. Also, die globalen Entwicklungen sind ähnlich wie in Kärnten.

Angesichts dieser Befunde muss man halt jetzt fragen: Wie kann man in dieser Situation Arbeitsplätze schaffen? Wie kann es gelingen, dass hier Arbeitsplätze geschaffen werden? Es heißt ja immer, es wurden Arbeitsplätze geschaffen und jetzt sollen 10.000 entstehen. Aber, dann frage ich schon: Wenn in den letzten Jahren viele Arbeitsplätze entstanden wären, dann hätten wir jetzt nicht diese Wirtschaftsdaten! Dann hätten wir nicht diese Erwerbsquote, (*Zwischenruf aus der FPÖ-Fraktion.*) dann hätten wir auch nicht diese Arbeitslosigkeit! Wir hätten auch eine andere Einkommensentwicklung. (*1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Holen wir den Joschka Fischer! Dann haben wir 10 Mal soviel! ...*) Und das zeigt halt, dass sozusagen nicht sehr viele Maßnahmen gegriffen haben. Natürlich muss man auch die globale und die Kärntner Entwicklung mitberücksichtigen, Wirtschaftsentwicklung. (*Es kommt zu weiteren Einwänden aus der FPÖ-Fraktion.*) Da sind wir ja keineswegs unabhängig.

Einzig die Bruttowertschöpfung hat sich letztes Jahr ein wenig verbessert. Allerdings ist die Bruttowertschöpfung ein betriebswirtschaftliches Kriterium und sagt etwas aus über den Reichtum, über die Gewinne von Unternehmen. Und die Gewinne von Unternehmen kommen ja den Unternehmenseigentümern zu Gute. Wenn man nach dem Mehrwert der Wirtschaft für eine Gesellschaft fragt, dann muss man andere Krite-

rien anwenden, volkswirtschaftliche, und natürlich die Parallelentwicklung von Einkommensentwicklung, Erwerbsquote und Arbeitslosigkeit et cetera zusammennehmen. Es gibt also keine wundersame Vermehrung der Arbeitsplätze und es gibt bei weitem keine Pole-Position. Und im KWF-Bericht wird das bestätigt. Da heißt es bei den Förderungen des KWF im Jahr 2003: „Die einzelbetrieblichen Förderzusagen betragen Betriebe mit insgesamt 10.032 Beschäftigten. Mit Hilfe der geförderten Projekte war eine Erhöhung der Mitarbeiterzahl um 1.032 geplant.“ Sie war geplant, diese Erhöhung; stattgefunden, weiß man nicht, was da hat. Es steht nicht dabei, aber es war geplant. Wieviel das dann wirklich waren, das ist nirgends zu finden.

Dann heißt es weiter: „Neben Betrieben wurden auch 11 Bildungseinrichtungen und 19 Kooperationen unterstützt.“ Und dann wird festgestellt: „Die Arbeitsplatzintensität ist damit zurückgegangen.“ Und, wenn Sie mich fragen, ist es eine elegante Formulierung dafür, dass wir heute weniger Arbeitsplätze haben als noch vor einigen Jahren. Und lapidar wird das damit begründet, dass da steht: „Dies hängt auch mit der schwachen Konjunktur zusammen.“ Als Erklärung ist das nicht sehr ausführlich und nicht sehr inhaltsreich, weil es gibt auch noch andere Gründe. Wie gesagt, die Wirtschaftspolitik hat da einiges versäumt. Und dann steht auch noch: „Unternehmen investieren weniger in expansive Projekte.“ Und was bedeutet das also, wenn Unternehmen weniger in expansive Projekte investieren? Warum tun sie das? Warum machen KMU nicht mehr auf Wachstum und versuchen, nicht größer zu werden? Aus meiner Erfahrung wird es wohl so sein, dass die Klein- und Mittelbetriebe selbstbestimmt wirtschaften und sich nicht unbedingt diesen neoliberalen Maximen von Produktivitätssteigerungen unterwerfen wollen, sondern sie wollen eigentlich nur überleben.

Sie wollen ihre Existenz sichern, und sie wollen ihre Wirtschaft und ihre Produkte vertreiben, wie sie es für richtig halten. Daher sollte man auch überlegen, ob die Förderpolitik vom KWF nicht auch Rücksicht nehmen muss auf die besonderen Bedürfnisse von Klein- und Mittelbetrieben, zum Beispiel auch auf den Handel oder auf die Landwirtschaft. Das sind Bereiche, die nicht unbedingt im Wachsen begriffen sind. Eine Wirtschaftspolitik, die auf Wachstum und Ex-

Mag. Lesjak

pansion aus ist, ist eine neoliberale Wirtschaftspolitik und verfehlt die ökonomische Realität. Maßnahmen – was könnte man tun? Ich habe es schon angedeutet: Viel mehr im Bereich Forschung und Entwicklung, viel mehr im Bereich Aus- und Weiterbildung, (*Abg. Lobnig: Kärnten ist Nummer eins in Forschung und Entwicklung!*) insbesondere für Frauen, damit es ihnen ermöglicht ist, nach der Babypause, nach dem Kindergeld, wieder in den Arbeitsmarkt zurückzufinden. Die Erwerbsquote in Kärnten ist an letzter Stelle im Bundesländervergleich. Das ist eine Tradition. Das ist halt so, man muss das zur Kenntnis nehmen. Wenn man jetzt Wirtschaftsdaten ignoriert oder sagt, das wollen wir alles nicht wissen, dann kann natürlich keine vernünftige Politik daraus entstehen.

Eine weitere Maßnahme wäre eine ausreichende Ausbildung von Fachkräften, kärntenweit. Kärnten leidet an einem Mangel an Fachkräften. Hier könnten andere Systeme für Betriebe installiert werden. Was ich auch sehr positiv finde: ein Projekt vom KWF „Zukunftsorientierung Kärnten“, wo das Ziel ist, Kärnten zu einer nachhaltigen Region zu entwickeln, über Investitionen im Hightech-Bereich. Das funktioniert ja offenbar ganz gut. Da sprechen die Zahlen für sich. Aber meiner Meinung nach sollte die Zukunftsorientierung auch mehr regionale Nachhaltigkeit in den Blick nehmen, also die Nachhaltigkeit im ländlichen Raum. Hier sollten visionäre Projekte von mir aus in der Landwirtschaft oder im Qualitätstourismus gemacht werden. Dazu braucht es natürlich eine Stärkung der ländlichen Infrastruktur.

Wie gesagt, sehr erfreulich sind die Ergebnisse aus diesen beiden Berichten nicht. Wir nehmen sie zur Kenntnis und werden diesen Berichten natürlich zustimmen. Danke! (*Beifall vom Abg. Holub und von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Markut das Wort.*)

Abgeordneter **Markut** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Dem Wirtschaftsbericht des Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds aus dem Jahre 2003 ist natürlich einiges zu entnehmen. Vor allem ist hier wirklich auffallend: die Intensität der Förderfälle, die in den letzten Jahren natürlich sehr

stark zugenommen hat. Bezogen auf die gesamten Aktivitäten des KWF entfallen in Summe 559 Förderfälle und ein Förderbarwert von 26,333.496 – das sind 72,8 % des gesamten Fördervolumens – auf kleinere und mittlere Unternehmen.

Das, glaube ich, ist die Hauptzielrichtung des KWF. Es ist nicht die Aufgabe des Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds, in Kärnten Wirtschaftspolitik zu betreiben, sondern das ist der strukturelle Arm der Kärntner Politik insgesamt, der Wirtschaftspolitik, um hier entsprechende Fördervoraussetzungen aufzubereiten und vor allem abzuwickeln.

Darüber hinaus hat der KWF aber schon versucht, in den letzten Jahren - und das ist diesem Bericht auch zu entnehmen - entsprechende Schwerpunkte zu setzen und wirklich Projekte, die zukunftsweisend für unser Bundesland sind, entsprechend zu unterstützen. Ich möchte hier nur den Lakeside-Park und den Lakeside Science- und Technologiepark in Kärnten erwähnen. Das Projekt „Zukunftsorientierung Kärnten“, das von meiner Vorrednerin soeben ange-rissen wurde oder auch die Kärntner Forschungsgesellschaft Carinthian Research, glaube ich, sind große Zukunftsthemen, die hier mit organisiert wurden und wo der Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds auf alle Fälle seine Professionalität unter Beweis gestellt hat. Diesen neuen Arm habe ich eingegliedert als den Arm unserer Förderungen und den Ansprechpartner für unsere Betriebe in Kärnten. Es hat der Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds natürlich auch eine neue Aufgabe bekommen. Es ist hier diesem Bericht außerdem zu entnehmen, dass ein Großteil dieser Einzelanträge im Bereich der Wirtschaftsförderung der letzten Jahre und vor allem auch im Bereich des Jahres 2003 in die Richtung gegangen ist, dass es regionale Impuls-förderungen gegeben hat und dass es vor allem hier im Bereich des Tourismuses in Kärnten zu einer verstärkten Förderungsintensität gekommen ist, wo eben Fremdenverkehrsbetriebe ganz besonders unterstützt wurden, wie zum Beispiel bei den Abwasserentsorgungsinvestitionen, das „Impulsprogramm Kärntner Wirtshaus“, und das natürlich auch das Förderungsprogramm, um den Tourismus insgesamt besser in das Licht des Tages zu rücken. Hier werden wir in den nächsten Ausschusssitzungen mit unseren Kollegen im Ausschuss für Tourismusfragen ein „Impulspro-

Markut

gramm der SPÖ-Kärnten“ vorlegen, das in erster Linie darauf abzielt, die Schwachstellen des Wintertourismus und des Sommertourismus getrennt zu beleuchten, neue Felder auch durchaus anzusprechen, wie zum Beispiel im Bereich des Städtetourismus und vor allem im Bereich des Kulturtourismus. Kärnten ist nämlich auch durchaus ein Kulturland. Gerade die Kulturtouristen sind bekannt dafür, dass sie mehr Geld in diesen Regionen lassen als andere Touristen, die im Bereich des Massentourismus angesiedelt sind.

In Summe werden wir auch die Familie als neue Zielgruppe entdecken. Diese Ausrichtung auf Familie im Bereich der Tourismusförderung und der Tourismuswerbung muss für Kärnten eines bewirken: dass wir insgesamt auf eines unserer stärksten Felder, die Kärntner Wirtschaft nämlich, besser Bedacht nehmen.

In diesem Zusammenhang kann man schlussendlich und zusammengefasst sagen, dass der Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds seine Ziele durchaus erreicht hat, dass natürlich gewünscht ist, dass es zu Veränderungen bei den Förderungsrichtlinien kommt, insbesondere was die Förderung von kleineren und mittleren Unternehmen anbelangt, dass hier die Investitionssummen herabgesetzt werden, dass der Zugang etwas erleichtert wird und dass vor allem im Bereich des Tourismus entsprechende Schwerpunkte gesetzt werden.

In diesem Sinne werden wir diesem Bericht unsere Zustimmung erteilen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. – Der Vorsitzende erteilt dem Berichterstatter das Schlusswort.)

Berichterstatter Abgeordneter **Willegger** (FPÖ):

Ich verzichte nicht auf das Schlusswort. Ich möchte nur kurz auf meine Kollegin eingehen. Man kann natürlich jeden Bericht lesen, wie man will. Das ist ganz klar. Man muss aber eine gewisse Offenheit zeigen zu den positiven Dingen, die in der Vergangenheit geleistet worden sind. Man muss ein bisschen Mut für die Zukunft zeigen, nämlich wirklich Mut! Die Großprojekte, die in Kärnten in nächster Zeit ablaufen werden,

die sind ja taxativ dargestellt worden. *(Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)* Wenn die ersten Menschen Grüne gewesen wären, dann müssten wir heute wahrscheinlich *(Vorsitzender: Bitte keine weiteren Steigerungen mehr, sondern sich auf das Schlusswort zu konzentrieren! – Abg. Mag. Lesjak: Villacher Fasching ist wo anders! – Lärm im Hause.)* noch mit Steinen Feuer machen. So. Okay! *(Vorsitzender: Am Wort ist Herr Abgeordneter Willegger! Ich bitte um das Schlusswort!)*

Ich verzichte jetzt auf das Schlusswort und beantrage das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! – Danke, das ist einstimmig so beschlossen. Ich darf jetzt noch einmal innigst bitten: Die Abstimmung ist ein Vorgang im Kärntner Landtag, der große Bedeutung hat. Vielleicht kann man das mit größerer Aufmerksamkeit verfolgen! Darum bitte ich!
Bitte, Herr Abgeordneter!

Berichterstatter Abgeordneter **Willegger** (FPÖ):

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:
Der gemäß § 33 Abs. 4 des Wirtschaftsförderungsgesetzes durch die Kärntner Landesregierung vorgelegte Jahresbericht des Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds für das Jahr 2003 wird zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme.

(Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 6. Es wurde in der Obmännerkonferenz vereinbart, dass wir die Punkte 6 und 7 zusammen diskutieren.

Ferlitsch

**6. Ldtgs.Zl. 90-3/29:
Bericht und Antrag des Ausschusses
für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruk-
tur, Wohnbau und Verkehr zur Re-
gierungsvorlage betreffend den Wirt-
schaftsbericht Kärnten 2002**

Berichterstatter ist Abgeordneter Willegger. Ich erteile Ihnen das Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Willegger**
(FPÖ):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Hier liegt uns der Wirtschaftsbericht Kärnten des Jahres 2002 vor. Er wurde erstellt vom Institut für Höhere Studien Kärnten.

Ich ersuche um das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch**
(SPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet. Ich schließe diese wieder und gehe gleich weiter zum Tagesordnungspunkt 7:

**7. Ldtgs.Zl. 90-4/29:
Bericht und Antrag des Ausschusses
für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruk-
tur, Wohnbau und Verkehr zur Re-
gierungsvorlage betreffend den Wirt-
schaftsbericht Kärnten 2003**

Berichterstatter ist Abgeordneter Willegger. Ich erteile Ihnen das Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Willegger**
(FPÖ):

Es liegt uns der Wirtschaftsbericht des Jahres 2003 vor. Er wurde ebenfalls erstellt vom Institut für Höhere Studien Kärnten. Ich ersuche um das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch**
(SPÖ):

Die Generaldebatte ist damit zu den Tagesordnungspunkten 6 und 7 eröffnet. Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gunzer. Ich erteile dir das Wort!

Abgeordneter **Gunzer** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Zum Wirtschaftsbericht 2002 und 2003 möchte ich folgendes anmerken. Es hat eine Konjunkturabschwächung bereits seit 1999 gegeben, die sich dann fortgezogen hat. Gott sei Dank hat es in den letzten Jahren dann wieder eine Verbesserung der Konjunktur gegeben. Das erklärt auch, Frau Kollegin, Ihre Aussage auf Grund dieser Abschwächung, wo wir dann aber stark aufgeholt haben wegen der Investitionen in Kärnten, punktgenauen Investitionen. Wir haben jetzt tatsächlich eine Steigerung von 1,5 Prozent im Vergleich zum Rest in Österreich von 0,8 Prozent.

Ich möchte zum Ausdruck bringen, dass diese vielen Fördermittel, Investitionen und vor allem Aufträge, die nach Kärnten geholt wurden, nun letztendlich greifen. Ich gebe zu bedenken: Wir haben investiert in eine Technologie-Milliarde, seinerzeit. Mit dieser Technologie-Milliarde wurde sehr viel in die Forschung investiert. Wir haben gewaltig aufgeholt in der Forschung. Vor allem ist es so, dass wir nicht stehen bleiben dürfen, sondern wir werden schwerpunktmäßig weiter daran arbeiten, Investitionen auch in den Lakeside-Software-Park zu tätigen, der ja zum Teil schon eröffnet wurde und wo es bereits zur Betriebsansiedelung gekommen ist.

Auf Grund dieses Strukturwandels, den wir in Kärnten jetzt auch haben, als hoch qualifiziertes Land mit hoch qualifizierten Arbeitsplätzen, wo wir vor allem sehr viel auch in die Ausbildung investiert haben, hat es das jetzt beschert, dass wir eine niedrigere Arbeitslosenrate haben als im restlichen Österreich, im Vergleich zu Wien vor allem, und vor allem auch die Kaufkraft gestiegen ist. Das hat die letzte „Kaufkraft-Studie“ ergeben. Ich bin hoch erfreut, muss ich wirklich sagen, auch über den letzten Bericht in einer „Kärntner Tageszeitung“: „Die Kärntner holen auf“.

Wir können uns endgültig einmal verabschieden,

Gunzer

dass es heißt, wir wären das Schlusslicht in Österreich, sondern wir sind mittlerweile von der Kaufkraft her gesehen im Mittelfeld. Ich sage aber dazu, dass es für uns ein Auftrag ist, dass wir dementsprechend diesen Weg fortsetzen werden. Der gesamte Landtag ist meiner Meinung nach eingeladen, dass wir gemeinsam daran arbeiten, um nicht im Mittelfeld stehen zu bleiben, sondern in einigen Jahren dann ganz vorne mit dabei zu sein!

Schwerpunktmäßig wurde in den letzten Jahren sehr viel in den Tourismus investiert. Im Tourismus müssen wir in Zukunft verstärktes Augenmerk legen, damit wir – wie ich schon heute erwähnt habe – zum Ganzjahrestourismus kommen. Vor allem ist in den letzten Jahren der Qualitätstourismus gefragt. Hier muss noch ausgebaut werden. Viele Betriebe haben hier Handlungsbedarf. Denen muss geholfen werden. Denn im Zuge der EU-Erweiterung haben wir den großen Vorteil, dass jetzt auch Gäste aus dem Osten zu uns herkommen. Das ist einmal das Eine. Das Andere ist, dass Kärnten als Sprungbrett für geschäftlichen Aufbau im Süden Europas genützt wird. Aufgrund dessen, dass Kärnten eine Stabilität hat, dass wir die qualifizierten Mitarbeiter haben, nützen diese Möglichkeit sehr viele ausländische Betriebe. Das haben wir bei den Betriebsansiedlungen gesehen. Ich gebe schon zu bedenken, dass wir hier einen riesigen Markt vor uns haben: im Süden Europas. Der Süden Europas hat einen Markt von mehr als 60 Millionen Einwohnern. Hier appelliere ich an alle, dass wir diesen Markt von Kärnten aus noch verstärkt zusätzlich betreuen! Das ist aber auch der Grund, liebe Kollegin, dass wir mit der Brutto-Wertschöpfung mittlerweile nach vorne gekommen sind und nicht mehr hinten nachhinken.

Ich bin über diese Entwicklung sehr, sehr froh! Ich hoffe, dass wir gemeinsam diesen Strukturwandel weiter vollziehen können, wobei ich hier nochmals betone, dass ein ganz wichtiger Bereich vor allem die klein- und mittelständischen Unternehmungen in Kärnten sind. Ich sage es noch einmal: Wir haben 23.000 Betriebe, davon zirka 18.000 KMUs (klein- und mittelständische Unternehmen), und die unterteilen sich wieder in 11.000 Kleinbetriebe, wo der Chef selber arbeitet und mit wenigen Angestellten auskommt, aber der verlässlichste Steuerzahler ist und am meisten dazu beiträgt, auch mit seinen Abgaben

im sozialen Bereich.

Hier noch einmal mein Appell, es freut mich ganz besonders, von dir auch zu hören, Herr Kollege Markut, dass auch du in die gleiche Richtung denkst, dass wir die Förderkulisse dahingehend ändern sollten, dass gerade diese klein- und mittelständischen Betriebe, vor allem die Kleinstbetriebe, auch einen entsprechenden Förderzugang in Zukunft bekommen. Herunter mit den Investitionshürden auf 10.000 Euro und einen vereinfachten Förderantrag für alle Branchen, dass man nicht einige ausschließt! Noch einmal: Der Handel gehört genauso dazu! Wenn wir das schaffen, haben wir einen sehr großen Beitrag für unser Land geleistet! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Markut das Wort.)

Abgeordneter **Markut** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Es liegt uns heute der Wirtschaftsbericht der Jahre 2002 und 2003 zur Diskussion und zur Annahme vor. Den Erläuterungen dazu ist zu entnehmen, dass in verschiedenen Bereichen unserer Wirtschaftspolitik in Kärnten, erforscht vom Institut für Höhere Studien, die Zielsetzungen erreicht wurden. *(Den Vorsitz übernimmt um 14.29 Uhr 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag.)*

Im Besonderen sind die Hauptziele daraus zu entnehmen, dass die konjunkturelle Entwicklung und deren Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung Kärntens hier besonders durchleuchtet wurde, dass Leistungs- und Strukturindikatoren gegeben sind, an Hand deren wirtschaftliche Veränderungsprozesse abzulesen und auch durchaus dingfest zu machen sind. Vor allem die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in unserer Alpen-Adria-Region ist ein sehr weiter Bereich, dem dieser Wirtschaftsbericht seine Aufmerksamkeit schenkt. Die Wirtschafts- und Technologiepolitik Kärntens, unter Berücksichtigung aktueller wirtschaftspolitischer Aktivitäten unserer Regierung ist auch hier im Besonderen festgeschrieben. Es wird wiederum, wie ich bereits vorhin erwähnt habe, der Tourismus als wesentlicher Bestandteil der Kärntner Wirtschaft hier hervorgehoben.

Dem Arbeitsmarkt, die Ausbildung unserer Mit-

Markut

arbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Betriebe brauchen, müsste in Zukunft mehr und verstärkt der Schwerpunkt gewidmet sein, weil wir gerade in diesem Bereich in strukturellen Bereichen einiges nachzuholen haben.

Es ist durchaus erfreulich, wenn man feststellt, dass die Stagnation selbst in Kärnten im Jahre 2003 auf Grund der Daten, die hier angegeben sind, und die Quellen daraus, überwunden wurde. Eine positive Entwicklung und eine Erholung auf dem Sektor der Sachgüterproduktion ist durchaus auch nachzulesen. Insgesamt ist aber der Bereich der Dienstleistungen am stärksten gestiegen.

Wenn hier mein Vorredner ausgeführt hat, die Kaufkraft wurde besonders unterstützt und sie ist gestiegen, dann muss man schon sagen, dass das manchmal nur kurzfristige konjunkturelle Erscheinungsbilder sind. Denn kürzlich haben wir vernommen, dass uns, dem Finanzminister, im Jahre 2004 der größte Entfall der Steuereinnahmen im Bereich der Mehrwertsteuer passiert ist, und zwar deshalb, weil die Kaufkraft der Österreicherinnen und Österreicher gesunken ist, weil der private Konsum zurückgegangen ist.

Und dies ist im unmittelbaren Zusammenhang mit der Einkommenssituation unserer Bürger zu sehen. Und sind wir jetzt in Zeiten wie diesen. Und ich möchte hier nicht die Wirtschaftskammerwahl erwähnen in wenigen Wochen, sondern einfach jahreszeitlich bedingt haben die Unternehmer mehr Zeit nachzudenken und vor allem auch ihre Vertretungen, was geändert werden könnte, um in Zukunft Investitionen leichter durchführen zu können; dass diesem großen Segment, der kleineren und mittleren Unternehmen in unserem Bundesland, die mehr als 85 Prozent unserer gesamten Kärntner Arbeitsplätze anbieten, hier Erleichterungen zugänglich gemacht werden. Und so ist es durchaus von unserem Wirtschaftsverband, dem Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband, eine langjährige Forderung, dass die Maßnahmen die es den Selbstständigen in unserem Land schwer machen, zurückgenommen werden; und zwar von Bundesseite. Da muss man schon sagen, dass hier im Großen und Ganzen der Wirtschaftsstandort insgesamt in Österreich unter Druck gerät und die Wettbewerbsfähigkeit in Summe sinkt.

Und man kann auch durchaus sagen, dass die Einzelpersonenunternehmen, die Klein- und Mittelbetriebe, in diesem Bereich auf alle Fälle

die Steuern für die Selbstständigen, die nicht entnommenen Gewinne, die hier noch immer einer sehr hohen Versteuerung unterliegen, dass auch hier Änderungen kommen müssen. Auch die Mindestkörperschaftssteuer macht gerade diesen Unternehmen (*Zwischenruf von Abg. Mitterer.*) ... naja, aber das ist noch immer ein großer Brocken im Vergleich dazu, was sich Großbetriebe im Zusammenhang mit der Gruppenbesteuerung hier an Erleichterungen machen. (*Vorheriger Zwischenruf von Abg. Lobnig.*) Naja, ich orte daraus in Österreich durchaus einen großen Steuerentfall international tätiger Konzerne. Und es ist Faktum, dass einer der weltgrößten Konzerne in Europa, nämlich Siemens, allein mit 165.000 Beschäftigten in Deutschland, in der Bundesrepublik Deutschland, keinen einzigen Euro an Steuern bezahlt. Durch die Gruppenbesteuerung und der internationalen Tätigkeit ist das möglich. Und es hat auch keinen Sinn, Steuergeschenke, wie dies vor allem der ÖVP-Wirtschaftsbund gerne tut, für Großkonzerne und gut verdienende Unternehmen sorgt. Und vor allem, dass es viele Konzerne gibt und es immer mehr Konzerne, immer mehr Konzerne in Österreich gibt, die keine Steuern zahlen. Und das, muss ich sagen, müssen wir zum Schutz jener Unternehmer hier auf alle Fälle anprangern, die pünktlich ihre Steuern abliefern. Und mein Vorredner der Vizepräsident der Wirtschaftskammer hat soeben gesagt, dass sind die pünktlichsten und die verlässlichsten Steuerzahler in Österreich. Und, da glaube ich, gehört auch in der Wirtschaftspolitik – und das nicht nur auf Landesebene, vor allem auf Bundesebene – auf diesem Sektor eine Veränderung herbeigeführt. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. - Abg. Lutschounig: Bei der Wirtschaftspolitik habts nicht immer die glücklichste Hand gehabt!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es liegt keine weitere Wortmeldung zu den Tagesordnungspunkten 6 und 7 vor. Der Berichterstatter hat das Schlusswort zu ... (*Da in den Bänken laute Zwiegespräche abgehalten werden und den Worten des Herrn Vorsitzenden keine Aufmerksamkeit geschenkt wird, gibt der Vorsitzende das Glockenzeichen.*) hat das Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Willegger**
(FPÖ):

Ich bitte um das Eingehen in die Spezialdebatte!

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Das Eingehen in die Spezialdebatte ist beantragt.
- Ich bitte, die Plätze einzunehmen! *(Der Vorsitzende wiederholt die Aufforderung die Plätze einzunehmen und wartet zu, bis Abg. Tauschitz seinen Platz einnimmt.)* Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so beschlossen.
Ich bitte zu berichten!

Berichterstatter Abgeordneter **Willegger**
(FPÖ):

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:
Der gemäß § 38a Abs. 4 des Wirtschaftsförderungsgesetzes durch die Kärntner Landesregierung vorgelegte Jahresbericht zur Wirtschaftslage des Landes für das Jahr 2002 wird zur Kenntnis genommen.
Ich beantrage die Annahme.
(Der Antrag wird einstimmig so beschlossen.)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist der Tagesordnungspunkt 6 erledigt.
Wir kommen zum Schlusswort zum Tagesordnungspunkt 7. – Bitte!
(Der Berichtstatter verzichtet auf das Schlusswort und ersucht um das Eingehen in die Spezialdebatte. – Dieser Antrag wird einstimmig beschlossen.)

Berichterstatter Abgeordneter **Willegger**
(FPÖ):

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:
Der gemäß § 38a Abs. 4 des Wirtschaftsförderungsgesetzes durch die Kärntner Landesregierung vorgelegte Jahresbericht zur Wirtschaftslage

des Landes für das Jahr 2003 wird zur Kenntnis genommen.

Ich beantrage die Annahme.

(Der Antrag wird einstimmig beschlossen.)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Danke, damit ist der Tagesordnungspunkt 7 erledigt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

8. Ldtgs.Zl. 118-2/29:

Anfragebeantwortung durch 2. Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ambrozy zur schriftlichen Anfrage von Abgeordneten der Grünen betreffend retardierte Morphine; gesundheitliche Gefährdung durch intravenösen Konsum

Ich ersuche den Schriftführer um Verlesung!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

Die Anfragebeantwortung lautet wie folgt:
Sehr geehrter Herr Präsident! Bezugnehmend auf Ihr im Betreff angeführtes Schreiben vom 22.10.2004 wird nach Abklärung des Sachverhaltes und Vorlage der Stellungnahme der Abteilung 12 zu den einzelnen Fragestellungen Folgendes festgehalten:
Bevor auf diese im Detail eingegangen wird, erscheint ein kurzer Abriss über die Substitutionsbehandlung vorab zweckmäßig:

Retardierte Morphine gehören zu Substanzgruppe der Opiate und werden sowohl in der Substitutionsbehandlung als auch in der Schmerzbehandlung eingesetzt. Die Verwendung in der Schmerzbehandlung ist ungleich breiter als in der Substitutionsbehandlung.

Die Substitutionsbehandlung ist eine fachlich anerkannte unverzichtbare und wirksame Methode der Behandlung der Opiatabhängigkeit. Es ist evident, dass rund 25 Prozent der unbehandelten Patienten innerhalb von zehn Jahren an den Folgen der Erkrankung versterben. Im Rah-

Mag. Weiß

men der Substitutionsbehandlung kann dieser Anteil um die Hälfte gesenkt werden.

Die Langzeitwirkung retardierter Morphine beruht darauf, dass das Morphin aus Mikrokapseln gleichmäßig über 24 Stunden vom Körper aufgenommen wird. Die Einnahme ist daher nur ein Mal täglich notwendig. Retardierte Morphine erhöhen somit die Qualität und Sicherheit in der Schmerz- und Substitutionstherapie.

Zu den Fragestellung im Einzelnen:

Todesfälle und Gesundheitsschäden durch retardierte Morphine

Bisher sind im Jahr 2004 in Kärnten sechs Menschen im Zusammenhang mit Suchtgiften verstorben. Gemäß § 24 Suchtmittelgesetz erfolgt die Auswertung der Todesursachen auf der Grundlage gerichtsmedizinischer Befunde durch das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen.

Die Todesursachenstatistik wird erst im Laufe des Folgejahres veröffentlicht. Dieser Umstand ist unbefriedigend, da eine Analyse der Begleitumstände der einzelnen Todesfälle wesentliche Schlüsse für die Behandlung Suchtkranker zulassen und daraus gezielte Maßnahmen im Sinne der Optimierung der Gesundheitsversorgung Drogenkranke ableitbar wären. Die Drogenkoordinationsstelle des Gesundheitsreferates hat daher die Staatsanwaltschaft Klagenfurt ersucht, mit der Begründung des öffentlichen Interesses, diese Daten für eine Analyse durch Suchtexperten zur Verfügung zu stellen.

Bisher ist bekannt, dass von den sechs verstorbenen Personen vier Personen nicht in Behandlung waren.

In einem Fall wurde als Todesursache eine Methadon-Überdosierung festgestellt, in einem Fall eine Morphin-Überdosierung, in einem Fall eine Überdosierung von Benzodiazepinen (kein Suchtgift). Bei allen drei Fällen waren Alkohol und weitere psychotrope Substanzen beteiligt.

In drei Fällen liegt noch kein endgültiges Ergebnis vor.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass bei Morphinüberdosierungen nicht mit Sicherheit zwischen Heroin und retardierten Morphinen unterschieden werden kann, da auch Heroin im Körper zu Morphin umgebaut wird.

Im Sinne der Versachlichung der Diskussion wird darauf hingewiesen, dass die festgestellten Todesursachen der drei untersuchten Fälle, nur in einem Fall mit der aufgrund von Indizien angenommenen Todesursache „retardierte Morphine“ übereinstimmen.

Gesundheitsschäden durch retardierte Morphine entstehen durch den nicht bestimmungsgemäßen intravenösen Gebrauch (Verabreichung durch Injektion). Bei intravenöser Verabreichung besteht akut das Risiko der Überdosierung, da die für 24 Stunden bestimmte Menge unmittelbar zur Wirkung kommt.

Bei langdauerndem intravenösen Gebrauch über Jahre sind in der wissenschaftlichen Literatur Organschäden durch den Talkumgehalt der Mikrokapseln beschrieben. Talkum ist ein in der Medikamentenherstellung häufig verwendeter Zusatzstoff und bei bestimmungsgemäßen Einsatz der Medikamente (schlucken, nicht spritzen) unschädlich. Seit 2004 weist die Herstellerfirma Mundipharma in der Fachinformation zu Substitol R auf diese Gefahr der Granulombildung in Organen hin.

Mit der wissenschaftlichen Bewertung der Talkumproblematik ist das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen befasst.

Einsatz der retardierten Morphine in der Substitutionsbehandlung in Kärnten

In Kärnten erfolgt der Einsatz der retardierten Morphine in der Substitutionsbehandlung gemäß fachlicher Richtlinien, die das Missbrauchspotential retardierter Morphine berücksichtigen. Die Behandlung erfolgt streng auf der Grundlage des Suchtmittelgesetzes und des Substitutionserlasses.

Die Kärntner Drogenkoordinationsstelle hat mit den behandelnden Ärzten umfangreiche Qualitäts- und detaillierte Sicherheitsstandards erarbeitet. Eckpunkte sind:

Entscheidungskriterien für eine abstinenzgestützte oder substitutionsgestützte Behandlung; Einsatz der verschiedenen Substitutionsmittel; begleitende psychosoziale Betreuung; Abgabevorschriften; Schnittstellenmanagement, Kontrolle der Sicherheitsstandards.

Der Anteil der Substitutionspatienten, welche mit retardierten Morphinen behandelt werden, liegt in den letzten Jahren konstant bei rund 30

Mag. Weiß

Prozent. 50 Prozent der PatientInnen werden mit Methadon, 20 Prozent mit Buprenorphin behandelt. Von insgesamt 170 PatientInnen sind 50 mit retardierten Morphinen substituiert, der jüngste Patient ist 20 Jahre alt.

Eine absolute Kontraindikation für retardierte Morphine besteht bei intravenösem Beikonsum. Die Verabreichung sämtlicher Substitutionsmittel erfolgt unter kontrollierten Bedingungen in der Apotheke unter Sicht.

Substitutionspatienten kommen aus allen sozialen Schichten. Circa ein Drittel sind beruflich und sozial gut integriert. Um in diesen Fällen die Berufstätigkeit zu erhalten, sind teilweise Vorausgaben zur Einnahme des Substitutionsmittels zu Hause notwendig.

Aus Sicherheitsgründen gelten für Vorausgaben folgende Regelungen:

Patienten in Krisen erhalten bis zur Stabilisierung auch an Sonn- und Feiertagen das Substitutionsmittel unter kontrollierten Bedingungen an Krankenanstalten; Mitgaben für einzelne Tage unter der Woche sind an die Verlässlichkeit des Patienten und an den Nachweis eines berücksichtigungswürdigen Grundes geknüpft: Berufstätigkeit, Berufsausbildung, Amtswege und Erkrankung; Urlaubsmitgaben erfolgen unter der Bedingung des erfolgreichen Behandlungsverlaufes mit therapeutischer Begründung.

Die Einhaltung der Sicherheitsstandards werden vom Amtsarzt kontrolliert. Behandler, Amtsärzte und Apotheker arbeiten eng vernetzt.

Missbrauch retardierter Morphine

In Bezug auf retardierte Morphine ist festzustellen, dass diese mittlerweile in der Schmerzbehandlung unter anderem bei chronischen Erkrankungen des Bewegungsapparates sehr breite Anwendung finden und somit auch wesentlich leichter als noch vor wenigen Jahren breiten Kreisen zugänglich sind. Hier wären seitens des Bundes Vorkehrungen zu treffen, dass die Verschreibung retardierter Morphine auch in der Schmerzbehandlung ausschließlich über Suchtgiftdauererschreibungen erfolgt, da diese der gesundheitsbehördlichen Kontrolle unterworfen sind.

Was die Substitutionsbehandlung betrifft, ist davon auszugehen, dass aufgrund der Kärntner Sicherheitsstandards keine relevanten Mengen

an retardierten Morphinen und anderen Substitutionsmitteln auf den Schwarzmarkt gelangen.

Aus der Drogenszene ist jedoch bekannt, dass unbehandelte Opiatabhängige ihren Bedarf an Opiaten auch in Kärnten vermehrt durch retardierte Morphine decken. Als eine Bezugsquelle gelten Ärzte anderer Bundesländer, welche nicht lege artis behandeln. Es kommt vor, dass dort retardierte Morphine und andere Substitutionsmittel unkritisch in ganzen Wochen- und Monatsdosen abgegeben werden. Andere, weitere Bezugsquellen sind nicht auszuschließen.

Die Zahl gesundheitsbehördlich bekannter DrogenkonsumentInnen mit der Leitdroge Opiate ist in Kärnten in den letzten Jahren von unter ein Prozent auf drei Prozent angestiegen.

Geeignete Maßnahmen, um den Abfluss von Substitutionsmittel aus der Substitutionsbehandlung in den Schwarzmarkt zu stoppen, wären die Implementierung entsprechender Qualitäts- und Sicherheitsstandards in allen Bundesländern. Das Modell regional zuständiger Schwerpunktambulanzen, welche in Kooperation mit dem stationären, dem niedergelassenen und dem amtsärztlichen Bereich die Substitutionsbehandlungen durchführen, hat sich in Kärnten seit nunmehr zwei Jahren außerordentlich bewährt und könnte beispielgebend für andere Bundesländer sein.

Kärnten unterstützt daher die geplante Novellierung der Suchtgiftverordnung, welche die Mitgaben von Substitutionsmitteln reglementiert.

Als begleitende Maßnahme erfolgt in Kärnten die zielgruppenspezifisch aufbereitete Information und Aufklärung von DrogenkonsumentInnen hinsichtlich des Gefahrenpotenzials des intravenösen Konsums retardierter Morphine.

Weiters geplant sind Schulungen über lebensrettende Sofortmaßnahmen bei Suchtgiftintoxikationen über Streetwork und die Drogenambulanz.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Danke! (Abg. Holub: Zur Geschäftsbehandlung!) Bitte, zur Geschäftsordnung!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Laut § 23 der Geschäftsordnung stelle ich den Antrag auf Abstimmung über Diskussion dieser Anfragebeantwortung in der nächsten Sitzung.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Sie haben den Antrag gehört. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! – Dieser Antrag ist in der Minderheit geblieben.

Wir kommen daher zum nächsten Tagesordnungspunkt:

**9. Ldtgs.Zl. 134-1/29:
Anfragebeantwortung von Landesrat
Ing. Rohr zur schriftlichen Anfrage
von Abgeordneten der Grünen betref-
fend Vollzug Wasserrechtsgesetz**

Ich ersuche den Schriftführer um Verlesung!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Die Anfragebeantwortung lautet wie folgt:

Zu Frage 1:

Vermutet wird, dass hier gefragt worden ist, welche Maßnahmen gesetzt werden, um wie beim Verfahren betreffend die Kanallösung in Penk Verfassungskonformität sicherzustellen. Dies insbesondere auch bei dezentralen und genossenschaftlichen Lösungen im ländlichen Raum. Dazu ist auszuführen, dass seitens der Wasserrechtsbehörde – sei es auf Ebene der Bezirksverwaltungsbehörden, sei es auf Ebene des Landeshauptmannes – immer darnach getrachtet wird, das Wasserrechtsgesetz, welches seinerseits jedenfalls verfassungsgemäß ist, ordnungsgemäß anzuwenden. Sollte ein Wasserrechtsverfahren Mängel in verfahrensrechtlicher bzw. inhaltlicher Hinsicht aufweisen, sodass Rechtswidrigkeiten vorliegen, hat jede Partei des Verfahrens die Möglichkeit, sich an die im Instanzenzug übergeordnete Behörde in Form eines Rechtsmittels zu wenden.

Dies bedeutet, dass die Wasserrechtsbehörden unter Bezug auf das Wasserrechtsgesetz jedenfalls verfassungskonform arbeiten und dass

rechtsstaatliche Prinzipien im wasserrechtlichen Verfahren, nachdem sich dieses nach den Vorgaben des Wasserrechtsgesetzes und des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes richtet, jedenfalls gewährleistet sind.

Zu Frage 2:

Die Wasserrechtsbehörde ist von Gesetzes wegen zur amtswegigen Ermittlung verpflichtet, dies bedeutet, dass ohne auf einen Antrag angewiesen zu sein der jeweilige Sachverhalt zur Gänze geklärt werden muss. Dies ist im wasserrechtlichen Bewilligungsverfahren regelmäßig nur durch Ermittlungen seitens von Amtssachverständigen der verschiedenen Fachbereiche möglich. Die Beiziehung dieser Amtssachverständigen erfolgt selbstverständlich in jedem Bewilligungsverfahren. Die Amtssachverständigen der Abteilungen 15 und 18 gewährleisten durch laufende Fort- und Weiterbildung, dass die anerkannten Grundsätze naturwissenschaftlicher Arbeit und der Stand des technischen Wissens in den Bewilligungsverfahren berücksichtigt werden.

Zur Frage 3:

Das Reinigungspotenzial des ländlichen Raumes hängt von seinen hydrogeologischen Voraussetzungen bzw. von der Situation der Vorfluter im jeweiligen Bereich ab. Auf die Ausführungen der Unterabteilung Hydrogeologie und Bodenschutz hinsichtlich der Möglichkeit von konzentrierten Versickerungen darf hier verwiesen werden.

Zu Frage 4:

„Kostenansätze in der Siedlungswasserwirtschaft“ sind für die vergleichende Berechnung von verschiedenen Entsorgungssystemen für volkswirtschaftliche Variantenuntersuchungen erforderlich, und es bestehen hiezu als Hilfestellung für die Projektanten in einzelnen Bundesländern Vorgaben. Diese Kostenansätze sind jedoch nur bei Variantenuntersuchungen über große Einzugsgebiete vor konkreten Planungsleistungen anzuwenden.

In Kärnten wurden hiefür derartige Kostenansätze erstmals 1995 erarbeitet und für die Abwassertrahmenkonzepte der einzelnen Gemeinden verwendet. Diese Kostenansätze sind längst überholt und werden von den Planern für Detailuntersuchungen – wie im Falle Penk – nicht mehr verwendet. Eine Aktualisierung durch das Land ist daher nicht erforderlich.

Mag. Weiß

Nach den Richtlinien Siedlungswasserwirtschaft sind Variantenuntersuchungen für konkrete Projekte mit Kostenansätzen aus aktuellen Ausschreibungen für die betreffende Region durchzuführen. Gerade im Bereich Feistritz ob Bleiburg laufen derzeit drei große Kanalbauvorhaben, und es ist daher Aufgabe des Projektanten, für einen Variantenvergleich Penk die Ausschreibungsergebnisse dieser Bauvorhaben heranzuziehen.

Zu Frage 5:

Nachdem zum Projekt Penk bisher weder ein Detailprojekt ausgearbeitet wurde noch eine wasserrechtliche Bewilligung beantragt ist und auch die für eine Beantragung von öffentlichen Förderungsmitteln erforderliche volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Variantenuntersuchung bisher nicht vorgelegt wurde, kann über konkrete Einsparungspotenziale bei öffentlichen Förderungsmitteln bzw. über die Kosten einer

ordnungsgemäßen Abwasserentsorgung für die einzelnen Haushalte in Penk derzeit nicht informiert werden.

Zu Frage 6:

Durch die Kommission Siedlungswasserwirtschaft ist bisher jedes zur Förderung eingereichte Projekt nach den geltenden Rechtsvorschriften und Richtlinien genau geprüft worden. Die Förderungsabwicklung Siedlungswasserwirtschaft in den Ländern und beim Bund wurde vom Rechnungshof im Jahre 2002 geprüft und keine wesentlichen Mängel festgestellt.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Danke schön! – Damit ist die Tagesordnung beendet. Wir kommen nun zum Einlauf der Dringlichkeitsanträge.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

A. Dringlichkeitsanträge:

1. Ldtgs.Zl. 187-1/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Erhaltung der Bezirksgerichte, mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, dass die derzeitige Gerichtsstruktur, wie sie im Bundesland Kärnten besteht, nicht geändert wird.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Als Redner zur Begründung der Dringlichkeit der Antragsteller hat sich Herr Abgeordneter Mag. Ragger gemeldet. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Mag. Ragger** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hauses! Wir haben heute diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Er ist notwendig geworden, weil es offensichtlich im Justizministerium Bestrebungen gibt – trotz der Standhaftigkeit der Justizministerin -, die gut funktionierende Gerichtsstruktur in Kärnten zu zerschlagen.

Ich nenne ihn beim Namen: Es ist Ministerialrat Dr. Fellner, der mittels seiner Hartnäckigkeit versucht, diese Gerichtsstruktur in ganz Österreich umzusetzen. Das würde schlussendlich dazu führen, dass wir unsere Bezirksgerichte verlieren würden, das Landesgericht verlieren würde und es lediglich vier Eingangsgerichte noch in Kärnten geben würde. Diese würden hier verbleiben.

Wenn wir uns ein bisschen zurück erinnern: Im Jahre 1973 war Kärnten Vorbild und Vorreiter einer Gerichtsstrukturreform. Letztendlich wurden für die zehn Bezirke elf Bezirksgerichte eingeführt. Elf deswegen, weil es unter anderem auch drei zweisprachige Bezirksgerichte gibt, nämlich in Ferlach, in Bleiburg und in Eisenkappel, wo der Staatsvertrag nach Art. 7 des Bundes-Verfassungsgesetzes erfüllt wurde.

Mag. Ragger

Weiters darf man darauf verweisen, dass im Jahre 1920 ein Überleitungsgesetz geschaffen wurde. Dieses Überleitungsgesetz sieht vor, dass – sollte eine Gerichtsstruktur geändert werden – das letztendlich der Zustimmung durch die Landeshauptleute bedarf. Das heißt, eine Aufhebung der Gerichtsstruktur ist nur dann möglich, wenn die Landeshauptleute dem zustimmen würden.

Wir können über alle möglichen Varianten diskutieren, wir können auch über eine etwaige Neustrukturierung der Oberlandesgerichte diskutieren, wir können diskutieren vielleicht über eine Verengung, Einsparung oder Strukturänderung im Justizministerium – aber das, was wir nicht diskutieren wollen, ist letztendlich eine weitere Strukturschädigung im Land Kärnten und die Schließung auch nur eines einzigen Bezirksgerichtes!

Daher ist es für uns wichtig gewesen, dass wir diesen Antrag heute stellen. Dieser Antrag soll gleichzeitig eine Absage sein gegen eine weitere Zentralisierung im Justizbereich. Wir haben auch vor kurzem mit Ministerin Miklautsch ein Gespräch gehabt, wo wir dies erörtert haben. Unseres Erachtens ist es notwendig, dass von Kärnten aus und vom Kärntner Landtag aus ein Impuls gesetzt wird - so wie es auch die anderen Bundesländer getan haben -, dass es zu keiner Strukturänderung kommt.

Ich darf Sie daher ersuchen, diesen Antrag heute zu unterstützen, dass hier keine weitere Struktur zerschlagen oder zerstört werden könnte! Danke! *(Beifall von der FPÖ- und von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mock das Wort.)

Abgeordneter **Mock** (SPÖ):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! An sich ist es eine unendliche Geschichte, also es wiederholt sich ja ständig. Wenn man das Revue passieren lässt und sich das in der Vergangenheit genau angeschaut hat, hat man ja nicht nur einmal darüber diskutiert, dass man die Bezirksgerichte schließen will. Man hat den Protest von Seiten der Bürgermeister immer wieder gehört: Das kann ja nicht sein! Wir reden auf der einen Seite – und Präsident Ferlitsch hat das in einer Presseaussendung so richtig gesagt – von der Abwanderung oder vom Stopp der Abwan-

derung des ländlichen Raumes, und auf der anderen Seite schließt man ganz einfach ein Bezirksgericht oder man redet über ein Finanzamt, das man eventuell schließen könnte. Im Endeffekt, meine Damen und Herren, ist es eine Diskussion, die lächerlich ist. Wir wissen – und das ist für mich das Kuriose an der Geschichte -, dass die Bezirksgerichte in den letzten Jahren mit x-Millionen Euro modernst hergerichtet worden sind. Richtig wunderschöne Bezirksgerichte draußen!

Auf der anderen Seite wissen wir in Kärnten – und das hat der Antragsteller ja gesagt -, dass der Landeshauptmann bei der Landeshauptmannkonferenz mit einem Strich das verhindern kann. Noch dazu, das muss man schon sagen: Die FPÖ hat ja die Justizministerin, eine Kärntnerin, dort hingeschickt. *(Abg. Lutschounig: So ist es! Haben sie kein Vertrauen zu der?)* Also ich bitte euch, dass diese Diskussion erstens einmal nicht die Bevölkerung gewaltig verunsichern soll und die sieben Bezirksgerichte, die es betrifft, also die Mitarbeiter dort nebenbei, dass die Problematik entstehen würde, die Fahrzeiten, wo die Leute überall hinfahren müssen. Meine Damen und Herren, es wäre diese Diskussion also mit einem Strich beendet, weil man verunsichert ja nicht nur die Mitarbeiter in den Gerichten, verunsichert nicht nur die Anwaltskammer, die ja auch heftigen Protest eingelegt hat, es verunsichert in erster Linie, meine Damen und Herren, die vielen Menschen in den Bezirken!

Ich ersuche höflichst den Herrn Landeshauptmann, endlich von seiner Macht Gebrauch zu machen und bei der Landeshauptmannkonferenz das endlich so zu formulieren, dass das kein Thema mehr ist! *(Beifall von der SPÖ- und der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Mag. Grilc das Wort.)

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Kompliment meinem Vorredner! Man kann dem nur zustimmen. Noch einmal möchte ich hervorheben: Der Landeshauptmann hat es in seiner Macht, das zu verhindern. Andererseits sage ich: Im Grunde genommen wäre es an der Zeit, dass er die Frau

Mag. Grile

Justizministerin nicht nur als optischen Aufputz zu einem Go-cartrennen einlädt, sondern vielleicht mit ihr auch einmal inhaltlich diese Dinge bespricht.

Wir haben aber mit dem Antrag als solchem kein Problem, weil wir sowieso gegen die Schießung von Bezirksgerichten sind! (*Beifall von der ÖVP- und von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich darf ersuchen, die Geschäftsordnung ein bisschen zu studieren und mich nicht immer (*scherzend:*) mit Attacken zu verunsichern, (*Heiterkeit im Hause*) denn es wäre ja möglich gewesen, dann in der Debatte, falls eine solche stattfindet, sich zu melden. Bitte schön!

Nachdem keine Wortmeldungen mehr notwendig und möglich sind, komme ich zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer dieser die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig so passiert. Jetzt komme ich, nachdem keine Wortmeldung mehr vorliegt, zur Abstimmung über den Antrag. Wer dafür ist, den bitte ich um Zustimmung! – Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich darf noch einen kleinen Nachhilfeunterricht gegeben: Es wäre ja für den Abgeordneten Holub möglich gewesen, sich nach der Zustimmung zur Dringlichkeit zu Wort zu melden. Also aufpassen, das nächste Mal! Danke!

Jetzt bitte ich um den weiteren Bericht!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

**2. Ldtgs.Zl. 188-1/29:
Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Kelag-Strompreissenkung,** mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, ihren Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass die Kelag die vorgeschriebene Reduktion des Netztarifes um 13,5 % an ihre Privat- und Geschäftskunden zur Gänze weitergibt.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Es liegt mir keine Wortmeldung vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Handzeichen! – Damit ist die Dringlichkeit nicht gegeben. Ich weise diesen Antrag dem Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen zu. Ich bitte um den weiteren Bericht des Einlaufes!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

B) Dringlichkeitsanfragen:

Ldtgs.Zl. 50-6/29:

Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des ÖVP-Klubs und der Grünen an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Pfeifenberger betreffend Vertragsauflösung Renato Zanella mit folgender Frage:

Wieviel Geld musste von den Kärntnerinnen und Kärntnern direkt oder indirekt aufgebracht werden, um Renato Zanellas Vertrag aufzulösen bzw. abzuändern?

(*Es wird über die weitere Vorgangsweise beraten.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Ich lasse über die Dringlichkeit dieser Anfrage abstimmen. Wer damit einverstanden ist, bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen! – Das ist die Mehrheit. (*Schriftführer Direktor Mag. Weiß: Zur Begründung!*) Zur Begründung der Dringlichkeit ist niemand da; damit wird sie zur Beantwortung innerhalb der Frist weitergeleitet, nachdem der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter nicht hier ist.

Ich bitte, weiter zu berichten!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

C) Anträge:

1. Ldtgs.Zl. 189-1/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend künstlerische Gestaltung bei Hochbauvorhaben des Landes durch ausgegliederte Rechtsträger mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, im Kärntner Landtag eine Änderung des Kärntner Kulturförderungsgesetzes 2001 vorzulegen, welche sicherstellt, dass auch bei der Verwirklichung von Hochbauvorhaben des Landes (die öffentlichen Zwecken dienen) durch ausgegliederte Rechtsträger (Landesimmobilien-gesellschaft) ein angemessener Teil des Bauaufwandes für die künstlerische Gestaltung verwendet wird.

Zuweisung: Ausschuss für Bildung Kultur und Schule

2. Ldtgs.Zl. 191-1/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Europahaus Klagenfurt; Sicherstellung der finanziellen Mittel mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Landeshauptstadt Klagenfurt sicherzustellen, dass der finanzielle Beitrag der Stadt Klagenfurt für das Europahaus in Höhe von 14.000,- Euro jährlich auch weiterhin zur Auszahlung gelangt.

Zuweisung: Ausschuss für Bildung Kultur und Schule

3. Ldtgs.Zl. 112-4/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Pilgermuseum Globasnitz (als Außenstelle des Landesmuseums) mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, die Übernahme des archäologischen Pilgermuseums in Globasnitz als Außenstelle des Landesmuseums zu ermöglichen und die dafür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Zuweisung: Ausschuss für Bildung Kultur und Schule

4. Ldtgs.Zl. 192-1/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Gemeindegrund-Benützungsabgabe-Novelle mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Kärntner Landtag eine Novelle zum Landesgesetz über die Abgaben für die Benützung öffentlichen Gemeindegrundes und des darüber befindlichen Luftraumes durch Gemeindeunternehmen, LGBI.Nr. 2/1959, in der Fassung der Gesetze LGBI.Nr. 39/1969, 90/2001, vorzulegen, welche folgendes beinhaltet:

Erhöhung der Benützungsabgabe auf 6 Prozent der Roheinnahmen; Ausweitung der Bemessungsgrundlage auf Anlagen der Telekomeinbauten und Wegfall der Benützungsabgabe auf die „eigenen“ Verkehrsbetriebe.

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr

5. Ldtgs.Zl. 193-1/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Kärnten als Europäische Region 2006 mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, sich als Europäische Region des Jahres 2006 zu bewerben.

Zuweisung: Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa

Mag. Weiß

6. Ldtgs.Zl. 194-1/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Zweckwidmung der Motorbootsteuer für den Ankauf von Ufergrundstücken mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Kärntner Landtag eine Novelle zum Kärntner Motorbootabgabegesetz vorzulegen, welche eine Zweckbindung der Einnahmen aus der Motorbootabgabe für den Ankauf von Ufergrundstücken an Kärntner Gewässern beinhaltet.

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr

7. Ldtgs.Zl. 119-7/29:

Antrag von Abgeordneten der Grünen betreffend Konzept Gesamtschule mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend ein Konzept zum Projekt „Gesamtschule“, mit dem eine Schulreform an eine wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung gebunden ist, vorzulegen.

Zuweisung: Ausschuss für Bildung Kultur und Schule

8. Ldtgs.Zl. 194-2/29:

Antrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Änderung des Motorbootabgabengesetzes – Zweckwidmung für den Ankauf von Ufergrundstücken an Kärntner Gewässern mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dem Kärntner Landtag einen Entwurf eines Gesetzes, mit welchem das Motorbootabgabengesetz geändert wird vorzulegen, welches zum Inhalt hat, dass die Abgabenerträge wieder für den Ankauf von Ufergrundstücken an Kärntner Gewässern zweckgewidmet verwendet werden sollen.

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr

9. Ldtgs.Zl. 150-4/29:

Antrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Maßnahmen zur Eindämmung der Feinstaubproblematik – Förderungsaktion des Landes für Partikelfilter für Dieselfahrzeuge anstatt Billigtankstellen mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, entsprechend dem Vorbild der steirischen Landesregierung zur Eindämmung der Feinstaubproblematik den Einbau von Partikelfilter für Dieselfahrzeuge mit zumindest 300,- Euro zu fördern.

Gleichzeitig sollte von der Fortführung der vom Land Kärnten betriebenen Billigdieseltankstellen Abstand genommen werden.

Zuweisung: Ausschuss für Gemeinden und ländlichen Raum, Föderalismus und Umwelt

10. Ldtgs.Zl. 135-2/29:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend abgestufte Kennzahlen zur Förderungswürdigkeit von Abwanderungsgemeinden mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Kärntner Gemeindebund, gestaffelte Kennzahlen zur Förderungswürdigkeit von Abwanderungsgemeinden zu schaffen.

Zuweisung: Ausschuss für Gemeinden und ländlichen Raum, Föderalismus und Umwelt

D) Petitionen:

1. Ldtgs.Zl. 195-1/29:

P e t i t i o n vom 3.2.2005 betreffend

Mag. Weiß

Volksbefragung EM Stadionbau und künftige Durchführung von Großprojekten nach vorheriger Befragung der Bevölkerung überreicht durch Abg. Holub

2. Ldtgs.Zl. 196-1/29:

P e t i t i o n vom 3.2.2005 betreffend Waldorfschule Klagenfurt überreicht durch die Abg. Mag. Trodt-Limpl, Mag. Dr. Kaiser, Mag. Grilc und Mag. Lesjak

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Damit

haben wir unser Arbeitspensum für heute erledigt. Ich möchte nur folgendes in Erinnerung rufen; dass es bei dringlichen Anfragen möglich ist, dass die Anfrager – und in dem Fall waren es zwei Fraktionen – jede Fraktion einen Redner zur Begründung der Dringlichkeit melden hätte können. Nur, damit das auch bekannt wird. Da der angefragte Landeshauptmann-Stellvertreter nicht hier war, habe ich ihn geschäftsordnungsgemäß diese Anfrage zur rechtzeitigen Beantwortung zu übermitteln.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung. Ich erinnere noch, dass wir unmittelbar nach Ende dieser Sitzung die Konstituierung des Untersuchungsausschusses im Kleinen Wappensaal vornehmen.

Ich danke für die Mitwirkung an dieser Sitzung, für die Beiträge und schließe die 11. Sitzung des Kärntner Landtages.

Ende der Sitzung: 15.08 Uhr